A1 Natur- und Umweltschutz

Antragsteller*in: Katrin Lögering

Text

Grün ist...

... Natur und Umweltschutz in den Vordergrund stellen

Natur- und Umweltschutz in den Vordergrund

Wir schützen die Umwelt, um Dortmund zu einer noch lebenswerteren Stadt zu machen.
Deswegen kämpfen wir für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt.
Sowie für Lebensräume, den Schutz von Tieren und für nachhaltig erzeugte Lebensmittel.
Die letzen Hitzesommer haben gezeigt, es ist höchste Zeit für grüne Ideen.
Natur- und Umweltschutz dürfen nicht nur begleitend mitgedacht werden, sondern müssen die Grundlage jeder Entscheidung sein.
Es ist Zeit Industrie, Wirtschaft und Umwelt nicht weiter als Widerspruch zusehen, sondern mit modernen grünen Konzepten zusammenzuführen.
Gemeinsam können wir, die vielfältige Natur und Umwelt in Dortmund auch für die Zukunft erhalten!

... Mehr Grün für Dortmund

Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt. Da sie wichtige Lebensstätten für Tiere und Pflanzen sind und als Erholungsraum entscheidend zur Lebensqualität beitragen. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des Naturschutzes allen Menschen möglichst fußläufig zugänglich sein.

Daher setzten wir uns für den Erhalt von Flächen wie Rhader Hof, Wickede-West, Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im Landschaftplan als Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als Freiraum dargestellt werden.

Wir kämpfen gemeinsam mit Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663, einer Umgegehungsstraße die quer durch eine der wenigen unzerschnittenen Grünflächen geführt werden soll, obwohl die Fläche entscheidend zum lokalen Klima beiträgt.

Im Straßenraum braucht es mehr grüne Inseln, statt versiegelter Fläche um Dortmund den Anforderungen des Klimawandels anzupassen. Es benötigt mehr Fassaden- und Dachbegrünung, mehr Pflanzen auf Parkplätzen und in Gewerbegebieten statt grauem Beton. Natürliche und naturnahe Flächen tragen wesentlichen zu einem guten Stadtklima bei, sie können Schadstoffe aus der Luft filtern, den Energieverbrauch senken und wirken dem Insektensterben entgegen.

Daher wollen wir Grünzüge weiter vernetzen und ausbauen, Flächen für den Naturschutz reservieren und Teilflächen sich selbst überlassen. Verbundkorridore zwischen Naturschutzgebieten müssen verbindlich definiert und in den Landschaftsplan aufgenommen werden.

Dortmund benötigt ein ökologisches Grünflächenkonzept für städtische Flächen im Siedlungs- und Straßenraum. Hierzu gehören neben Erhalt und Ausbau von artenreichen Wildblumenwiesen auch mehr Streuobstwiesen und naturnahe Parkanlagen. Für Gartenbesitzer*innen soll im Umweltamt ein Beratungsangebot geschaffen werden, um die Einrichtung von ökologischen Gartenflächen zu fördern.

Wir wollen ein Grünordnungskonzept, dass Unternehmen unterstützt die ihre Gewerbeflächen und Gebäude begrünt. Ein*e im Umweltamt angesiedelte Gewerbegebietsmanager*in kann Unternehmen über die Veränderungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit beraten, sowie Lösungen zusammen mit den Fachämtern der Verwaltung entwickeln.

... Saubere Luft für alle

Feinstaub tötet jährlich mehrere hunderttausend Menschen und kann zu Allergien und Lungenerkrankungen führen. Die Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte ist nicht nur eine Frage des Umweltschutzes sondern auch eine der sozialen Gerechtigkeit, da häufig Menschen mit niedrigen Einkommen in besonders belasteten Gebieten wohnen. Wir kämpfen gegen jede Art von gesundheitsschädigenden und Krebsfördernden Schadstoffemissionen.

Dazu fordern wir mehr Grünflächen im Innenstadtbereich und einen konsequenteren Baumschutz gegenüber Baummaßnahmen, sowie die Neubepflanzung von leeren Baumscheiben.

Die vorhanden Frischluftschneise müssen erhalten und erweitert werden. Neben der Bedeutung für die Gesundheit sind diese auch entscheidend für das Stadtklima. Dies muss bei Bauvorhaben zwingend berücksichtigt werden.

Feuerwerksfreie Zonen müssen ausgeweiteten und die Anzahl der jährlichen Feuerwerke reduziert werden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur Reduzierung der CO2- und Feinstaubbelastung.

... Sauberes Wasser zu schützen

Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle, Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein, damit dies so bleibt. Wir setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere Aufklärung von Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein. Die Einführung der 4. Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen erfolgen. Um gegen illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen über die renaturierten Bäche.

... Damit es Nachts auch dunkel wird

Viele Menschen empfinden nachts eine Belästigung durch zu viel unruhiges und zu buntes Licht, dies kann sich negativ auf den Schlaf und somit auf die Gesundheit auswirken. Dazu schadet grelle Beleuchtung vielen Tier- und Insektenarten. Wir möchten grelle Leuchtreklamen und die Beleuchtung von Gebäuden reduzieren und Insektenfreundlich Straßenbeleuchtung einführen, die eine ausreichende Beleuchtung von Gehwegen gewährleistet.

... Nachhaltigkeit zum mitmachen

Beim Umwelt- und Naturschutz können alle mitmachen, schon mit kleinen Maßnahmen können große Verbesserungen erzielt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bereits Kinder und Jugendliche Natur vor der Haustür erleben können, um einen positiven Bezug zu ihrem Schutz zu gewinnen. Neben dem auf GRÜNE Initiative hin beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen Zentrum setzen wir uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein.

Wir brauchen mehr Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekte. Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und ökologischen Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte Orte als Bürger*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen und Hilfestellungen für Bürger*innen bei der Koordination und Einrichtung von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von Quartiersmanagement sein. Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am Herzen. Wir unterstützen deshalb Projekte wie die „UrbanOase" im Unionviertel und Permakultursysteme wie den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die SoLawi, Kleingärten und Grabeland.

Um einen einfachen Einstieg für alle Bürger*innen zu schaffen wollen wir Dortmund zu einer „essbaren Stadt" gestalten. Aus Parkanlagen sollen durch die Bepflanzung mit essbaren Pflanzen begehbare Obst- und Gemüsegärten werden. Dies fördert Bürger*innenbeteiligung und schafft einen einfachen Zugang für jede*n zu frischen, regionalen und gesunden Lebensmitteln.

... Artenvielfalt bewahren

Vor dem Hintergrund des Insektensterbens und der daraus resultierenden abnehmenden Vielfalt von Vögeln müssen umgehend wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Zum Erhalt der biologischen Vielfalt braucht es ein umfassendes Konzept. Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie beschlossen. Dazu gehört unter anderem der vollständige Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen sowie die Neuanlage von Kleingewässern. Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen und der Beschluss gegen Schottergärten in Neubaugebieten – beides GRÜNE Erfolge – sind ein Anfang. Doch das Thema muss auch im Landschaftsplan verstärkt berücksichtigt werden.

Forstwirtschaft muss nachhaltiger werden um den Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten zu sichern. Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an „natürlichen Waldgesellschaften" orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder anpassungs- und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische Baumarten durch natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an unbedenklichen Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald zu fördern, ist die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum zahlloser Insekten und Pilze im Wald belassen wird. Besondere Belastungen des forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch Hitzeschäden müssen bei anstehender Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig Berücksichtigung finden. Ebenso sollen möglichst bodenschonende Ernteverfahren genutzt werden. In diesem Sinne muss das Waldpflegekonzept unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und der Öffentlichkeit der Stadt von 1993 überarbeitet werden.

Auch im Stadtbereich benötigen wir mehr an den Klimawandel angepasste Laubbäume, um Lebensräume für Vögel und Insekten zu bieten, hinzu kommt das Bäume Schatten

spenden und CO2 binden können. Durch konsequente Umgestaltung der Straßenzüge wollen wir neuen Platz für Bäume finden.

... Klimawandelanpassung

Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung sind notwendig. Starkregen, überflutete Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde deshalb ein Konzept mit verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen. Solche Konzepte müssen für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt werden. Ein wichtiges Thema für die Zukünftige Stadtentwicklung ist hierbei auch ein vorbeugender Überflutungsschutz um sowohl die Natur als auch die Siedlungsflächen langfristig vor den Klimaauswirkungen zu schützen.

... Nachhaltige Landwirtschaft - Gute Lebensmittel

Wir wollen den Umbau der Landwirtschaft fördern. Die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Nahversorgung mit Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Insbesondere in Randbereichen von Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt Ackerrandstreifen als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden und das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden. Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden werden. Sie ist ein wichtiger Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder

Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern. Wir fordern, dass an Schulen, in öffentlichen Kantinen und beim Klinikum vermehrt regionale und saisonale Lebensmittel auf dem Speiseplan stehen.

... ist Müllvermeidung und Weg mit dem Müll

Müll in der Stadt muss reduziert werden. Wir produzieren immer mehr Müll, nicht nur global, sondern auch in Dortmund. Deshalb haben wir uns schon vor langer Zeit für Pfandsysteme bei Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für die Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben wir uns stark gemacht. Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin schuldig. Auf Flächen der Stadt und bei ihren Beteiligungen wie den Westfalenhallen muss zukünftig auf Einweggeschirr verzichtet werden. Wir setzen uns weiterhin für Pfandsysteme bei Stadtfesten und Coffee-to-go Bechern ein.

Eine Stadt ohne Sperrmüll auf der Straße ist lebenswert, deswegen möchten wir eine kostenlose Sperrmüllentsorgung.

Ein weiteres Problem sind weggeschmissene Lebensmittel. Wir möchten aus diesem Grund, dass städtische Betriebe Verboten wird, dass keine Lebensmittel mehr verschwendet werden und hier Kooperationen, wie z. B. mit Foodsharing oder der Dortmunder Tafel.

Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder der Natur entsorgt wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt. Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettenstummel) sind ergänzende Maßnahmen. Nicht verwendete gute Lebensmiteln aus den städtischen Betrieben dürfen nicht im Müll landen. Hier wollen wir dafür sorgen, dass diese an gemeinützige Organisationen wie FoodSharing oder die Dortmunder Tafel übergeben werden.

Es ist Zeit für...

- den Erhalt und konsequenten Ausbau von Grünflächen zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen
- Saubere Luft für alle - Maßnahmen gegen Feinstaub müssen ergriffen werden
- Konsquente Überwachung und bessere Reinigung des Abwassers
- Mehr Umweltschutzangebote zum mitmachen: Urban Gardening, "Essbare Stadt" Dortmund, Naturpädogische Initiativen
- Den Schutz der Artenvielfalt durch Nachhaltige Forstwirtschaft, mehr Bäumen in der Stadt und ein konsequentes Biodiversitätskonzept
- ein stadtweites Konzept zur Klimawandelanpassung
- Nachhaltige Landwirtschaft und gute, regionale Lebensmittel
- weniger Müll

A4 A1: GRÜN IST… KONSEQUENTER KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

GRÜN IST… Konsequenter Klima- und Umweltschutz!

… wie wir eine klimaneutrale und ökologische Stadt werden wollen…

Inhalt

1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)
1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt
1.2 Sauber Autofahren
1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt
1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV
1.5 Regionaler Verkehr

2. Energie und Klimaschutz
2.1 Raum für regenerative Energie
2.2 Energiewende vor Ort

3. Natur- und Umweltschutz
3.1 Natur und Arten schützen
3.2 Naturschutz ist Klimaschutz
3.3 Umweltschutz für jede*n

4. Tierschutz

1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

Im Frühjahr 2019 wurden die Dortmunder*innen zum dritten Mal befragt, wie sie sich hauptsächlich in der Stadt fortbewegen. Das Ergebnis ist enttäuschend: Zwar hat sich der Anteil des Radverkehrs seit der letzten Befragung 2013 erhöht, doch insgesamt hat die Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsarten abgenommen, während der Anteil des Autoverkehrs sogar gestiegen ist.

Wir wollen Mobilität, die sauber, sicher, energie-, ressourcen- und platzsparend ist. Dazu wollen wir die Nutzung des Autos verringern und den Verkehr auf Fahrräder, Busse und Bahnen verlagern. Außerdem müssen Autos energieeffizienter werden, um die Klimaziele zu erreichen. 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos, das heißt solche ohne Verbrennungsmotor, neu zugelassen werden. Doch es reicht nicht, Verbrennermodelle durch Autos mit alternativen Antrieben zu ersetzen, weil wir damit die Platzprobleme auf der Straße nicht lösen können. Unser Ziel ist: Weniger Autoverkehr in der Stadt – mehr Platz für die Menschen. Dazu können autofreie Quartiere beitragen, in denen nicht nur erfahrbar wird, dass Mobilität auch ohne das eigene Auto möglich, sondern auch, welcher Zugewinn an Lebensqualität im Wohnviertel damit verbunden ist.

Die autozentrierte Verkehrspolitik ist ein Relikt von gestern. Der Straßenraum muss neu aufgeteilt werden und den Fußgänger*innen, den Radfahrer*innen und dem ÖPNV den nötigen Platz einräumen.

Unser Ziel für eine neue und in der Metropole Ruhr vernetzte Mobilität ist nicht nur der notwendige Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt.

1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

Der Anteil der Radfahrer*innen in unserer Stadt liegt gerade einmal bei 10 Prozent. Unser Ziel ist es, diesen Anteil zu verdreifachen und mehr Autofahrer*innen im Stadtgebiet zum Umstieg aufs Rad zu bewegen. Der Radverkehr sollte in Zukunft mindestens 30 Prozent betragen und in der Stadt- und Verkehrsplanung eine vorrangige Rolle spielen.

Grün wählen für:

Grüne Welle für den Radverkehr
Die Verkehrsplanung in Dortmund braucht einen Paradigmenwechsel. Nicht der Autoverkehr muss attraktiver gestaltet werden, sondern die umweltfreundliche Mobilität muss in Zukunft Vorfahrt haben. Eine grüne Welle für Radfahrende fördert den Radverkehr und macht ihn sicherer. Radfahrer*innenwerden hierzu beim Anfahren auf die Ampel frühzeitig erkannt und ein entsprechendes Programm zur schnellen Grünschaltung initialisiert.

Mehr Straßen zu Fahrradstraßen
Fahrradstraßen sind ein sinnvolles Mittel, um die Radinfrastruktur zu verbessern. Daher muss es deutlich mehr als die bisherigen vier in Dortmund geben. Gleichzeitig müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einrichtung von Fahrradstraßen deutlich erleichtert werden. Der Wall muss fürs Rad in beide Richtungen komfortabel und sicher befahrbar werden. Die jetzige Ausweisung eines kurzen Stück Radwegs am Ostwall ist für uns nur ein Einstieg. Außerdem ist eine attraktive Querung der City für den Radverkehr sowohl in Ost-West- als auch Nord-Süd-Richtung einzurichten.

Gute und sichere Radanbindung der Außenbezirke
Um die Verbindung von Innenstadt und Außenbezirken für Radfahrende attraktiv zu machen und als Alternative zum Auto zu etablieren, müssen die Dortmunder Stadtteilzentren mit guten Radwegen ausgestattet und über sichere Verbindungsrouten auch untereinander verbunden werden. Dazu kann auch das regionale Radwegenetz des Regionalverbands Ruhr (RVR) dienen.

Zügige Umsetzung des RS1
Vor allem Pendler*innen soll der RS1 durchs Ruhrgebiet eine Alternative für die tägliche Fahrt zur Arbeit bieten. In Dortmund warten Fahrradfahrer*innen – und alle die es werden wollen – auf die Fertigstellung des RS1 und auf den damit verbundenen Ausbau der lokalen Zubringerstruktur. Radwege dürfen nicht mehr nur ein Nebenprodukt des Straßenbaus sein.

Sichere Radwege durch farbliche Markierungen und Protected Bike Lanes
Um den Radverkehr sicherer zu gestalten, sind an vielen Stellen ein sichtbarer Schutzraum und eine räumliche Trennung vom Pkw- und Lkw-Verkehr wichtig. Sinnvolle Instrumente sind eine farbliche Markierung der Radwege, vorgezogene Aufstellflächen und dort geschützte Radfahrstreifen, sog. Protected Bike Lanes, wo Tempo 30 nicht umsetzbar ist. Auch Vorfahrtsregelungen oder vorgezogene Grünphasen für Radfahrer*innen an Kreuzungen machen das Radfahren sicherer. Die Einrichtung von Umleitungen an Baustellen auch für den Radverkehr muss konsequent umgesetzt werden.

Ausreichend Fahrradparkhäuser und Fahrradabstellanlagen
Stadtweit müssen Fahrradabstellanlagen dem steigenden Radverkehrsanteil angepasst werden. Ihre Zahl muss deshalb in den nächsten Jahren deutlich erhöht

werden – ohne dabei den Fußgänger*innenverkehr zu behindern. Dafür brauchen wir weitere Fahrradparkhäuser und Flächen mit Ladestationen zum sicheren Abstellen auch von E-Bikes und Lastenrädern. Neben dem Bau von Fahrradgaragen in Wohngebieten wollen wir in bestehenden Autoparkhäusern solche Abstellmöglichkeiten einrichten. Wichtig dabei ist eine konfliktfreie Ein- und Ausfahrt für Radfahrer*innen.

Die Förderung der Leihinfrastruktur
Wir wollen stadtweite und regional vernetzte Sharing-Angebote für Fahrräder, Lastenräder, Elektroroller usw. Im Rahmen der Stellplatzsatzungen können fördernde Regelungen für Leihangebote verankert werden. Als weiteres Angebot zur Mikromobilität einer Großstadt gehören auch Elektroroller. Wie alle anderen Sharing-Angebote auch, benötigen sie gute Abstellmöglichkeiten, damit sie weder Fußgänger*innen noch Radfahrer*innen gefährden. Diese Möglichkeiten wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anbietern schaffen. Carsharing soll im Rahmen von Konzeptvergaben auch beim Wohnungsbau berücksichtigt werden.

1.2 Sauber Autofahren

Der Autoverkehr nimmt immer noch einen großen Platz in Dortmund ein. Doch der Diesel-Skandal und die Diskussion über zu hohe Stickstoffdioxid-Grenzwerte in Dortmund zeigen, dass sich beim Autoverkehr in Dortmund einiges ändern muss: Für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und für das Klima. Wir wollen nachhaltige und ökologische Möglichkeiten des Autofahrens schaffen und die Nutzung effizienter gestalten. Dabei soll jedoch der Anteil des Autoverkehrs deutlich gesenkt werden, indem wir umweltfreundliche Verkehrsträger fördern.

Grün wählen für:

Die Erleichterung der Kombination verschiedener Verkehrsmittel
Mobilitätsstationen sind ein zentraler Baustein des multimodalen Verkehrs, das heißt der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für eine Wegstrecke. Sie ermöglichen eine sinnvolle Kombination der Verkehrsarten durch die Verknüpfung von Bussen und Bahnen mit Carsharing, Bikesharing, Taxen oder auch Elektrorollern und dem eigenen Fahrrad. Auf unseren Antrag hin wurde 2019 der Bau von 12 Mobilitätsstationen mit Ladestationen beschlossen. Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau dieser Knotenpunkte klimafreundlicher Verkehrsmittel einsetzen.

Tempo 30 in der ganzen Stadt
Bei Tempo 30 passieren weniger und weniger schwere Unfälle als bei Tempo 50. Der Lärm geht zurück, die Belastung der Luft mit Schadstoffen ebenfalls. Dies zeigen entsprechende Pilotversuche u. a. in Berlin. Deshalb wollen wir innerorts Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit. Über ein flächendeckendes Tempo 30 kann nur der Bund befinden, weil die Straßenverkehrsordnung Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit innerorts festlegt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung ein und wollen bis dahin alle kommunalen Spielräume für die Ausweisung von Tempo 30 nutzen.

Veränderungen beim Parkplatzangebot für Autos
Der Autoverkehr insbesondere in der Innenstadt muss weiter reduziert werden. Dafür wollen wir die Anzahl der Parkplätze weiter verringern und die Preise fürs Parken deutlich anheben. Mehreinnahmen durch höhere Parkgebühren möchten wir dabei in den Ausbau und Finanzierung des ÖPNV-Angebots investieren. Öffentlicher

Raum ist ein knappes Gut, und ein knappes Gut hat einen Wert. Seit über 20 Jahren sind die Gebühren an den Parkautomaten unverändert: Immer noch kostet die erste Stunde nur 1,50 Euro. Mit diesen Preisen werden kostbare Cityflächen unter Wert bereitgestellt. Das bietet keinerlei Anreiz zum Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs vor allem in den Stadtbezirken deutlich mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Parkmöglichkeiten sollen möglichst flächensparend (z. B. Parkhäuser) oder über Park-&-Ride-Angebote realisiert werden. Mithilfe der Digitalisierung, z. B. der Informationen zur Auslastung, kann die Nutzung verbessert werden.

Neue Anreize für eine GRÜNE Logistik
Die kontinuierliche Zunahme von Lieferverkehren führt insbesondere in dicht bebauten Innenstadtquartieren zu großen Belastungen. Lieferfahrzeuge, die in der zweiten Reihe, auf Gehwegen, auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen parken, gefährden andere Verkehrsteilnehmende. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung anbieterübergreifender Mikro-Depots ein, die eine lärmarme und emissionsfreie Belieferung durch E-Autos und Lastenrädern auch zu Neben- und Nachtzeiten ermöglichen. Dafür sollen öffentliche Stellplatzflächen zu vergünstigten Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden.

1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

In der Umfrage 2019 zur Verkehrsnutzung in Dortmund beträgt der Anteil des Umweltverbundes und damit der umweltfreundlichen Verkehrsarten zusammen nur 51 Prozent – und damit drei Prozentpunkte weniger als bei der letzten Befragung (53 Prozent). Der Anteil der Fußgänger*innen verringerte sich deutlich von 27 Prozent auf aktuell 19,2 Prozent. Das wollen wir ändern.
Dortmund ist seit einigen Jahren Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS). Es wird Zeit, dass die Stadt im Rahmen der notwendigen Verkehrswende auch dem Fußverkehr mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Grün wählen für:

Neuaufteilung des Straßenraums
Wir kämpfen für die Rückeroberung des Straßenraums durch Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Dafür muss der zur Verfügung stehende Straßenquerschnitt zukünftig anders verplant werden: Breite Bürgersteige, sichere Radwege, Platz für ÖPNV und Baumreihen gehören für uns ebenso dazu, wie barrierefreie und sichere Querungen (s. auch Kapitel Lebenswerte Stadt).

Barrierefreie Infrastruktur für den Fußverkehr
Der Fußverkehr muss bei der Stadtplanung als eigenständige Mobilitätsart betrachtet und berücksichtigt werden. Um das Zu-Fuß-Gehen attraktiver zu machen, müssen sinnvolle Wegenetze mit entsprechender Ausschilderung zur Verknüpfung wichtiger Ziele erarbeitet werden. Mit dem Anspruch, auch zu Fuß Ziele zügig und direkt zu erreichen, müssen Gehwege mit einer ausreichenden Mindestbreite zur Verfügung stehen, die nicht durch Verkehrsschilder, Straßenlampen oder parkende Fahrzeuge wieder zugestellt werden.
Neben den Leitsystemen für Sehbehinderte und abgesenkten Bordsteinen können zusätzliche Zebrastreifen oder Fußgängerampeln mit kurzen Wartezeiten die Situation verbessern. Auch die Zugänge zu oberirdischen Stadtbahnhaltestellen (z. B. Haltestelle Funkenburg) müssen fußgängerfreundlicher gestaltet werden.

Eine bessere Überwachung des ruhenden Verkehrs
Zukünftig kann das Parken auf Radwegen bis zu 100 Euro kosten. Doch falsch geparkte Autos behindern nicht nur Radfahrer*innen, sondern bilden insbesondere auch für Fußgänger*innen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität gefährliche Hindernisse. Um dem Falschparken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen wirkungsvoll begegnen zu können, fordern wir deutlich mehr Personal für die kommunale Verkehrsüberwachung.

Ausweitung des Projekts „So läuft das“
Das Konzept zur Förderung der Kinder- und Jugendmobilität „So läuft das“ verfolgt das Ziel, die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Konzepterstellung für weiterführende Schulen ist Teil des Programms „Emissionsfreie Innenstadt“. Mit einer zusätzlichen Stelle konnten wir den Ausbau des Projekts zunächst bis 2022 verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm dauerhaft und über den derzeitigen Geltungsbereich (nur innenstadtnahe Schulen und Kitas) hinaus weitergeführt und die Akzeptanz gefördert wird.

1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, müssen die Infrastruktur und das Angebot ausgeweitet werden. Dafür braucht es insgesamt mehr Geld im System ÖPNV, aber nicht über höhere Ticketpreise. Wir wollen Autofahrer*innen vom Umstieg auf Busse und Bahnen überzeugen. Doch dafür darf die Fahrt mit dem Auto nicht der bequemste und preiswerteste Weg sein. Dafür brauchen wir ein auf Wachstum ausgerichtetes, bezahlbares ÖPNV-Angebot, eine Verringerung der Parkplätze sowie mehr Busspuren und Fahrradstreifen.
Der gültige Nahverkehrsplan, Grundlage der Dortmunder Planungen für den ÖPNV, ist aus dem Jahr 2014 und geht noch von sinkenden Einwohner*innenzahlen aus. Auch das Klimaziel von 1,5 °C ist noch nicht berücksichtigt. Wir wollen deshalb, dass der Nahverkehrsplan an die veränderten Herausforderungen angepasst wird.

Grün wählen für:

Freie Fahrt für junge Menschen
Für Schüler*innen und Azubis wollen wir die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel freigeben. So verbinden sich für uns soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und das Bedürfnis junger Menschen nach Unabhängigkeit. Darum möchten wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

Mobilitäts-Flatrate
Der ÖPNV als klimafreundliches Verkehrsmittel muss attraktiver werden. Er soll einfach und komfortabel genutzt werden können, ohne dass man sich mit Verkehrsverbundgrenzen und der Frage nach dem richtigen Ticket lange beschäftigen muss. Gleichzeitig müssen die Ticketpreise deutlich gesenkt werden. Daher wollen wir – in Abstimmung mit den Verkehrsverbänden – eine Mobilitäts-Flatrate für ganz NRW einführen: Mit dieser Mobilitäts-Flatrate möchten wir allen Dortmunder*innen für 1€ pro Tag ein attraktives Angebot machen. Gleichzeitig zur Preissenkung müssen der Ausbau des Angebots und die Steigerung der Kapazitäten vorangetrieben werden.

Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient
Solange es keinen grundsätzlich kostenlosen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen

gibt, sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen auf ein Sozialticket angewiesen, das diesen Namen auch verdient. Das aktuelle Sozialticket des VRR wird diesem Anspruch nicht gerecht, es ist mit inzwischen fast 40 Euro viel zu teuer. Immer weniger einkommensschwache und arme Menschen können sich ein Sozialticket zu diesem Preis leisten. Die Landesregierung aus CDU und FDP weigert sich beständig, die Bezuschussung von jährlich 40 Millionen Euro endlich angemessen zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird und mehr Gelder zur Verfügung stellt. Sollte das absehbar nicht passieren, wollen wir gemeinsam mit DSW 21 ein Konzept entwickeln, wie mit kommunalen Mitteln der Preis des Sozialtickets so gesenkt wird, dass er höchstens dem Anteil für Verkehrsdienstleistungen im ALG-II-Regelsatz entspricht.

Den konsequenten Ausbau und eine Taktverdichtung bei Stadtbahn und Buslinien
Wir wollen eine Verbesserung bei der Taktung und den Anschlüssen von Stadtbahn, Bussen und Regionalverkehr sowie eine deutliche Kapazitätserweiterung durch zusätzliche Fahrzeuge, um ein ÖPNV-Grundangebot rund um die Uhr, auch unter der Woche, zu ermöglichen. Das Stadtbahnbaukonzept muss an die aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen angepasst werden. Das schließt eine sinnvolle Erweiterung des Stadtbahnnetzes und der H-Bahn ein – auch um Neubau- und Gewerbegebiete optimal anzubinden.

Vorfahrt für den ÖPNV
Damit Busse eine attraktive Alternative zum Autoverkehr werden, brauchen wir an besonders belasteten Straßen sowie an wichtigen Knotenpunkten (wie z. B. Barop-Parkhaus) separate Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln. Sie stellen sicher, dass Busse und Bahnen pünktlich an- und abfahren und Anschlüsse gerade im Berufsverkehr funktionieren. Infotafeln mit Livedaten an allen Haltepunkten gehören für uns zum Standard eines kundenorientierten ÖPNV.

Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen
Immer noch ist rund ein Drittel der Bus- und Bahnhaltestellen nicht barrierefrei. Wir wollen eine zügige Umsetzung der bestehenden Planungen. An der B1 setzen wir uns für mehr niveaugleiche Ampelüberwege zur Stadtbahn anstelle teurer Brücken und reparaturanfälliger Aufzuglösungen ein. Unser Ziel sind kurze (Umsteige-)Wege, die die Erreichbarkeit der Haltestellen und Haltepunkte insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen verbessern. Auch für sehbehinderte Fahrgäste wollen wir die Installation von akustischen Informationsquellen (Lautsprecheransagen) an Bus- und Bahnhaltestellen, die die eintreffende Linie und das Fahrtziel nennen.

Anbindung neu erschlossener Flächen
Bei neuen Baugebieten, Gewerbegebieten oder neu gestalteten Arealen wie HSP-Gelände, Phoenix-West, Hafenquartier u. ä. muss die ÖPNV- und Radanbindung von Beginn an mitgeplant und auch durch Ausbau und Verlängerung von Stadtbahn-Strecken umgesetzt werden (s. auch Kapitel Wirtschaft).

Umrüstung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe und autonome Systeme
Die Umrüstung der Busse und Bahnen auf emissionsarme Antriebsarten ist Teil der Clean-Vehicle-Richtlinie der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass DSW21 umgehend die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung schafft und zeitnah ein Betriebskonzept zur Anschaffung entsprechender Busse und zur Errichtung der notwendigen Ladekapazität vorlegt. Gemeinsam mit den benachbarten

Verkehrsverbünden sollen langfristig auch Strategien für das autonome Fahren auf Straße und Schiene entwickelt werden. Für uns ist entscheidend, dass eine solche Umstellung in enger Abstimmung mit den Mitarbeitenden und deren Vertretungen erfolgt.

Rückbau des Flughafens
Der Dortmunder Flughafen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar. Seit dem Ausbau im Jahr 2000 haben die Dortmunder Stadtwerke DSW21 den Flughafen insgesamt mit mehr als 300 Millionen Euro subventioniert, um dessen Verluste auszugleichen. Damit ist die Unterstützung der DSW21 für Fluggäste pro Kopf deutlich höher als für die Nutzer*innen von Bus und Bahn. Denn während die Stadtwerke für jeden Fahrgast im klimafreundlichen ÖPNV nur rund 40 Cent drauflegen, wird jeder Fluggast mit über 6 Euro subventioniert. Neben den wirtschaftlichen Gründen halten wir GRÜNE einen Ausbau des Flughafens auch klimapolitisch für unverantwortlich. Abgesehen von den CO2-Emissionen verursachen Flugzeuge auch in den höheren Schichten der Atmosphäre gravierende Schäden. Zudem ist für die Anwohner*innen eine Verlängerung der Betriebszeiten nicht hinnehmbar. Fluglärm ist Lärm, der in besonderer Weise stresst und Krankheiten verursacht, wie durch Untersuchungen belegt ist.
Wir fordern deshalb den Rückbau des Airports und eine Umnutzung des Flughafengeländes. Dadurch wird der Stadt eine große Freifläche zurückgegeben – und damit die Chance auf eine ökologisch wertvolle nachhaltige Neuentwicklung.

1.5 Regionaler Verkehr

Die hohen Pendler*innenzahlen zeigen, wie wichtig es für Dortmund ist, die verschiedenen Verkehrsmittel des Umweltverbunds ruhrgebietsweit miteinander zu vernetzen. Dazu gehören für uns mehr Mobilitätsstationen, aber auch ein Ticket für alle Verkehrsmittel und möglichst ein Tarif in der gesamten Metropole Ruhr. Außerdem müssen die Nahverkehrspläne der einzelnen Städte aufeinander abgestimmt und Linien über die Stadtgrenzen hinweg ohne Brüche weitergeführt werden. Das regionale Mobilitätskonzept des RVR bietet gute Lösungsansätze für die regionalen Herausforderungen.

Grün wählen für:

Die Überwindung der Tarif- und Stadtgrenzen
Für die Kunden des öffentlichen Verkehrs hat es keine Bedeutung, von welchem Unternehmen sie gefahren werden oder in welchem Verkehrsverbund sie gerade unterwegs sind. Um vor allem tägliche Pendler*innen stärker zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, setzen wir uns dafür ein, dass Kunden in NRW Verbundgrenzen nicht mehr als Tarifgrenzen erleben und durchgehende Verbindungen über Stadtgrenzen hinweg eingerichtet werden. Dafür wollen wir kommunale Verkehrspläne zu einem regionalen Nahverkehrsplan verknüpfen und mit NRW-weiten Tarifen die Mobilität erleichtern.

Den Ausbau der Schieneninfrastruktur
Die schienengebundenen Verkehrssysteme müssen über die Stadtgrenzen hinaus ausgebaut und verdichtet werden. Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Lünen – Münster mit Modernisierung des Signalsystems gehört ebenso dazu wie die Weiterentwicklung des RRX-Netzes. Die Emschertalbahn als wichtige Ost-West-Verbindung zwischen den Städten des Lippe- und Emscherraums soll durch die Sanierung der Trassen und durch kürzere Verbindungsintervalle wieder attraktiver werden. Um die Akzeptanz der notwendigen Arbeiten zu verbessern, muss über

anstehende Baustellen und den eingerichteten Ersatzverkehr frühzeitig und umfassend informiert werden.

Die Anbindung der regionalen Schnellbusse an das Umland
Da, wo die Anbindung an das Dortmunder Stadtzentrum über den Schienenverkehr langfristig nicht umzusetzen ist, wollen wir den Einsatz regionaler Schnellbusse mit alternativen Antrieben prüfen. So soll der ÖPNV auch für Pendler*innen aus dem Umland attraktiver werden.

2. Energie und Klimaschutz

Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser Klimaschutzziele noch erreichen. Die Stadt Dortmund muss mit gutem Beispiel vorangehen. Sie muss zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, z. B. mit sinnvollen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen, die den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern, statt ihn abzuwürgen, mit einfachen Bedingungen für Mieterstrommodelle oder mit mehr Anreizen für eine energetische Sanierung von Bestandsgebäuden.

Das jüngst beschlossene Klimaschutzgesetz bleibt stattdessen weit hinter den Erwartungen zurück, das „Entfesselungspaket“ der schwarz-gelben Landesregierung hat alle zuvor erzielten Regelungen pro Klimaschutz wieder zurückgedreht. Umso wichtiger sind die Anstrengungen, die wir in unserer Stadt unternehmen.
In Dortmund wollen wir den Ausbau der regenerativen Energien voranbringen und unabhängig werden von fossilen Energieträgern. Wir wollen, dass die Stadt schon 2035 klimaneutral wird, nicht erst 2050, und wir wollen, dass die Bürger*innen auf diesem Weg mitgenommen werden.

2.1 Raum für regenerative Energie

Das Potenzial für Windenergie und Photovoltaik (PV) ist in Dortmund noch längst nicht ausgeschöpft. Nach Aussage der Landesregierung auf eine GRÜNE Anfrage werden nur 20,4 Prozent der möglichen Windkraftleistung und nur 2,9 Prozent des Potenzials der Photovoltaik auf Dortmunds Dächern aktuell genutzt. Bei den PV-Freianlagen sind es sogar nur 0,3 Prozent.
Unser Ziel: Den im Quartier verbrauchten Strom auch im Quartier zu erzeugen. Dafür bedarf es eines zielgerichteten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Ganze Quartiere könnten ihren Strombedarf mit Photovoltaikanlagen decken und die gleiche Strommenge zusätzlich ins Netz einspeisen. Das sind Ergebnisse der „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop, einem Projekt, das sich mit dem klimagerechten Umbau eines industriellgeprägten Stadtquartiers befasst und Modell für alle Ruhrgebietsstädte werden soll.

Grün wählen für:

Mehr Solarenergie für Dortmund
Wir wollen den Ausbau von Photovoltaikanlagen sowohl auf Eigenheimen als auch auf Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter forcieren. Wir unterstützen Privatpersonen, Genossenschaften und Mietergemeinschaften, die auf Mieterstrommodelle umsteigen möchten. Ohne weitere Flächenversiegelung ist es so möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten zur Auflage einer Solarsatzung prüfen. Damit wollen wir erreichen, dass auf jedem neu gebauten Gebäude mit entsprechendem Potential eine

Solaranlage errichtet wird. Für Bestandsgebäude wollen wir die DEW21 beauftragen, mit einem Beratungsangebot aktiv auf die Wohnungseigentümer*innen zuzugehen, die laut Solarkataster das Potenzial für Photovoltaik haben, und ihnen einen wirksamen Anreiz zur Errichtung einer Solaranlage geben. Freiflächen-Solaranlagen sollen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden.

Grünschnitt und Lebensmittelabfällen für Biomasseanlagen nutzen
Außer für die Nutzung der Abwärme müssen Biomasseanlagen technisch so ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn als einzige erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende Einspeisung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren. Wir wollen deshalb die Errichtung einer Biogasanlage zur Verwertung des Bioabfalls in Dortmund. Den Zukauf und den Transport von Biomasse aus der Massentierhaltung lehnen wir dazu jedoch ab.

Die Förderung von Energiesparen
Die Landesregierung NRW fördert über die NRW.BANK Maßnahmen zur Energieeffizienz. Das Förderprogramm des Landes soll auf kommunaler Ebene unterstützt werden. Wir wollen, dass die Stadt in Kooperation mit der DEW21 einkommensschwache Haushalte zusätzlich mit Gutscheinen beim Tausch alter stromfressender Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte unterstützt. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Dogewo21 soll zudem bei energetischen Modernisierungen mit der Verbraucherzentrale NRW zusammenarbeiten, um über den „Basis-Check Energie“ kostenlose Vor-Ort-Beratungen für Mieter*innen zum optimalen Heizen und Lüften zu ermöglichen.

Die Unterstützung von Unternehmen, die benötigte Energie selbst zu produzieren
In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung wollen wir Unternehmen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen oder Nutzung von Wasserstofftechnologien zur Versorgung hochenergetischer Produktionsprozesse aktiv beraten und bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen (s. auch Kapitel Wirtschaft).

Parkplätze in begrünte Solarflächen umwandeln
Städtische Park-&-Ride-Parkplätze oder Parkplätze von Sporthallen und Schwimmbädern, die sich nicht für eine Überbauung mit Wohnungen eignen, bieten die Möglichkeit einer regenerativen energetischen Nutzung. Wir wollen große Stellplatzflächen, die nicht überbaut werden können, in Solarparkplätze mit Dachbegrünung umwandeln. Dabei werden sie mit Photovoltaikanlagen überdacht, die regenerativen Strom für Ladesäulen erzeugen und zugleich Schatten spenden.

Energiekonzepte im Quartier umsetzen
Mit den Instrumenten der Bauleitplanung kann die Kommune festlegen, ob und welche erneuerbare Energieform – z. B. eine solarthermische Wärmeversorgung – an welcher Stelle und in welchem Umfang im Stadtgebiet genutzt werden soll. Wir wollen für die Umsetzung solcher Modelle die rechtlichen Möglichkeiten der Bauordnung ausschöpfen und baugebietsbezogene Energiekonzepte erarbeiten, um den Anteil der erneuerbaren Energien in der Stadt deutlich zu erhöhen.

2.2 Energiewende vor Ort

Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen und die Energie effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-,

sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und Aufeinander abgestimmt werden. Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte dafür optimale Voraussetzungen: besonders die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie die Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus und für Produktionsprozesse in der Industrie. Projekte, wie die von der DEW21 jetzt angestoßene Umstellung der Dortmunder Wärmeversorgung auf dezentrale Wärmenetze („Innovative Quartierslösungen Nahwärme"), gehen in die richtige Richtung und müssen weitergedacht werden. Auch die Umstellung der Fernwärme von Dampf auf Heißwasser durch die DEW21 hat zum Ziel, ein Wärme-Verbundnetz zu schaffen. Dadurch können 45.000 Tonnen CO2 im Jahr eingespart werden.
Die Stromversorgung der Zukunft soll nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen, sondern aus vielen kleinen Stromproduzent*innen bestehen. Die Bürger*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger*innen der Zukunft und holen die Wertschöpfung in die Stadt.

Grün wählen für:

100 % DEW21 in städtischer Hand
Wir wollen, dass zukünftig kein börsennotiertes Unternehmen bei der städtischen Energieversorgung mitbestimmt. Die DEW21 muss zu 100 Prozent der Stadt gehören, um den Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen voranzutreiben, die energetische Modernisierung des Dortmunder Wohnungsbestands zu fördern, eine wirksame Energieberatung sicherzustellen und bei Neubauvorhaben nachhaltige Energieversorgungskonzepte umzusetzen.
Im Jahr 2015 – 20 Jahre nach Gründung der DEW21 – wurde die Chance zur Kommunalisierung der Energieversorgung nicht genutzt. RWE blieb mit 39,1 Prozent, diesmal sogar unbefristet, an DEW21 beteiligt. Der aktuelle Deal zwischen RWE und EON ermöglicht wegen des Besitzerwechsels der RWE-Anteile die Anwendung der „Change-of-Control-Klausel" (Klausel zur Sonderkündigung). Dies bietet womöglich zum letzten Mal die Möglichkeit, dass die Stadt die Anteile des börsennotierten Partners übernimmt. Über die Zukunft von DEW21 muss eine öffentliche Debatte geführt werden.

Die Beteiligung der Dortmunder*innen an der Energieversorgung
Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien dezentral unter Beteiligung von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften gezielt vorantreiben und so Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammenbringen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieter*innenstrommodelle unbürokratisch möglich werden. Auch auf Bundesebene kämpfen wir GRÜNE für die notwendigen gesetzlichen Änderungen, um die Umsetzung solcher Modelle einfacher zu gestalten.
Wir brauchen auch eine grundlegende Stärkung der Windenergie. Dortmund ist eine dicht besiedelte Stadt. Durch die neuen Abstandsregelungen der schwarz-gelben Landesregierung gibt es vor Ort nur noch wenige Flächen, wo der Bau von Windrädern möglich ist. Deshalb wollen wir öffentliche Potenzialflächen zum Ausbau der Windenergie mit Bürger*innenbeteiligung vorhalten und gezielt Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden, Deponien) entstehen könnten. Gleiches gilt für Projekte auf Infrastrukturflächen sowie in Gewerbe- und Industriegebieten.

Öffentliche Gelder in nachhaltig handelnde Unternehmen investieren
Dortmund soll keine Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen.

Deshalb fordern wir GRÜNE, dass Verwaltung und städtische Töchter öffentliche Gelder nur in solche Unternehmen investieren, die auf nachhaltige und klimafreundliche Energiegewinnung setzen und sich grundlegenden ethischen Mindeststandards verpflichtet fühlen (Divestment). Dortmund setzt sich mit seinem Handlungsprogramm Klima Luft 2030 für umweltfreundliche Energieerzeugung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein. Dazu gehören auch die Finanzanlagen und Beteiligungen der Stadt und ihrer Töchter. Vor diesem Hintergrund fordern wir den Verkauf der RWE-Aktien und den Ausstieg aus der STEAG-Beteiligung.

3. Natur- und Umweltschutz

Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab. Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen, der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe Gestaltung der Wasserläufe ein. Damit schaffen wir die Grundlagen, um im städtischen Raum das Artensterben zu verlangsamen und aufzuhalten. Wir sorgen für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben den Schutz des Klimas im Blick. Der Klimawandel schreitet immer weiter voran, auch wenn das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollte. Deshalb fordern wir neben Klimaschutzmaßnahmen auch gute Klimaanpassungskonzepte.

Wir kämpfen gemeinsam mit den Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663 n, einer Umgehungsstraße quer durch ein Gebiet zwischen Kurl, Brackel, Asseln und Wickede, das der neue Landschaftsplan der Stadt Dortmund als besonders erhaltenswert bezeichnet, weil es einer der wenigen unzerschnittenen und lärmarmen Räume ist und das lokale Klima schützt.

Wir setzen uns für den Erhalt von ökologisch wertvollen Flächen wie Rhader Hof, Wickede-West, Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als Freiraum dargestellt werden.

Und wir wollen Naturschutzprojekte weiterentwickeln. Dazu gehören Blühflächen auf Dortmunds Dächern – nicht nur in Hitzeinseln –, in unseren Grünanlagen und am Straßen- und Ackerrand.

3.1 Natur und Arten schützen

Biologische Vielfalt und die Schaffung leistungsfähiger Grünstrukturen zur Reduktion von Feinstaub, zur Kühlung des städtischen Klimas und für eine bessere Versickerung von Regenwasser sind wichtige Funktionen von Grünflächen in der Stadt. Urbanes Grün übernimmt aber auch vielfältige soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Aufgaben und leistet einen zentralen Beitrag für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität. Insbesondere in den Quartieren, wo Menschen mit geringem Einkommen leben, wo die Verdichtung größer ist, muss in den Aufbau und die Pflege von Grünflächen investiert werden. Dieser soziale Aspekt muss bei der Umsetzung bedacht werden. Dazu bedarf es nicht nur weiterer, verstärkter Aktivitäten im Dortmunder Naturschutz, sondern auch der Festlegung von mehr Wald- und Grünflächen im Flächennutzungsplan.

Grün wählen für:

Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung
Starkregen, überflutete Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde

deshalb ein Konzept mit verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen. Solche Konzepte müssen für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Erhaltung siedlungsnaher Freiräume
Freiflächen dienen nicht nur Menschen als Erholungsraum, sondern sind wichtige Lebensstätten für Tiere und Pflanzen. Der Erhalt von Freiflächen wie Wickede-Westoder Rhader Hof ist ein wichtiger weicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Stadt. Zusätzliche Bauflächen sollen deshalb möglichst auf ehemals genutzten Brachflächen realisiert werden. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des Naturschutzes für die Menschen nutzbar und als Erholungsräume möglichst fußläufig erreichbar sein.

Die Vernetzung und den Ausbau unserer Grünzüge
Dafür werden wir den Schutz zusammenhängender Freiräume vorantreiben und den Biotopverbund erhalten und stärken. Dazu gehört auch, Flächen für den Naturschutz zu reservieren und Teilflächen sich selbst zu überlassen. Verbundkorridore zwischen den Naturschutzgebieten müssen zudem räumlich verbindlich definiert und in den Landschaftsplan aufgenommen werden.

Den Erhalt der biologischen Vielfalt
Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie beschlossen. Damit wollen wir die Ziele der Kommunen für biologische Vielfalt, deren Gründungsmitglied Dortmund ist, vorantreiben. Vor dem Hintergrund des massiven Rückgangs von Insekten und der daraus resultierenden abnehmenden Vielfalt bei Vögeln müssen umgehend wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um mehr Flächen naturverträglich zu nutzen. Dazu gehört unter anderem der vollständige Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen sowie die Neuanlage von Kleingewässern. Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen und der Beschluss gegen Schottergärten in Neubaugebieten – beides Grüne Erfolge – sind ein Anfang. Doch das Thema muss auch im Landschaftsplan, der aktuell neu aufgestellt wird, verstärkt berücksichtigt werden.

Die Forderung nach einem ökologischen Grünflächenkonzept
Wir wollen die Artenvielfalt von Flora und Fauna in der Stadt fördern. Dortmund wendet bereits für 30 Prozent der öffentlichen Wiesenflächen ein ökologisches und die Artenvielfalt steigerndes Pflegeprogramm an. Das neue Grünflächenamt soll in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden – analog zum „Label Stadtgrün“ – auch für städtische Flächen im Siedlungs- und Straßenraum ein naturnahes Grünflächenkonzept aufstellen. Dazu gehören neben Erhalt und Ausbau zusammenhängender Grünzüge und artenreicher Wildblumenwiesen auch mehr Streuobstwiesen und naturnahe Parkanlagen. Mit privaten Gartenbesitzer*innen und mit dem Verband der Kleingartendaueranlagen wollen wir in einen Dialog kommen und in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt Beratungsangebote zur ökologischen Gartengestaltung auflegen.

3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt durch viele unterschiedliche Maßnahmen: grüne Inseln im Straßenraum, an Gebäuden und in

Höfen, begrünte Dächer und Parkplätze in Gewerbegebieten, Fassadenbegrünung und mehr Bäume in den Straßen.

Grün wählen für:

Den Erhalt und die Erweiterung der vorhandenen Frischluftschneisen
Die Hitzesommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine gute Belüftung der Stadt ist. Dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine fehlende Durchgrünung sowie Abgase oder Abwärme erhöhen die Schadstoffe in der Luft.
Frischluftkorridore sind deshalb für das Stadtklima und die Gesundheit der Menschen besonders wichtig. Bei Bauvorhaben muss deshalb der Erhalt von Belüftungsschneisen berücksichtigt werden.

Kein Weiterbau der OW III a/L 663
Wir wollen lärmarme und ungeteilte Landschaftsräume erhalten und vor weiteren Zerschneidungen durch Umgehungsstraßen schützen. Das gilt insbesondere für das Planungsgebiet der OW III a, das vom Umweltamt als wertvoll eingestuft und im Umweltplan der Stadt als Fläche mit der geringsten Belastung durch Straßenverkehrslärm ausgewiesen ist.

Mehr Bäume für unsere Stadt
Die Pflanzung standortgerechter und an den Klimawandel anpassungsfähiger Laubbäume ist eine effektive Maßnahme zur Begrünung von Straßen und kommunalen Grünflächen. Bäume spenden Schatten, bieten Nistplätze für Vögel und tragen durch ihre Fähigkeit zur CO2-Bindung entscheidend zur Verbesserung des Klimas bei. Deshalb wollen wir die Zahl der Bäume in der Innenstadt erhöhen. Durch die Umgestaltung des Straßenraums und zusätzliche Standorte für Baumscheiben sollen zukünftig deutlich mehr Bäume Platz finden.

Die Förderung von Fassaden-, Dach- und Gartenbegrünung
Begrünte Flächen sollen nicht nur in Hitzeinseln auf Dächern geplant werden, sondern in allen Bereichen der Stadt, auch in Gewerbegebieten.
Hausbesitzer*innen wollen wir mit einer Informationskampagne von der energiesparenden und klimaschützenden Begrünung der Dächer oder Fassaden ihrer Häuser überzeugen. In Neubaugebieten sollen Gründächer im Sinne der Klimafolgeanpassung grundsätzlich verbindlich werden, um für eine bessere Versickerung des Regenwassers und zur Verbesserung des Mikroklimas zu sorgen.

Mehr naturpädagogische Initiativen
Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen die Natur vor der Haustür erfahren können, um einen positiven Bezug zu ihrem Erhalt zu gewinnen. Neben dem auf GRÜNE Initiative hin beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen Zentrum setzen wir uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein (s. auch Kapitel Bildung).

Den Ausbau von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten
Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und ökologischen Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte Orte als Bürger*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen und Hilfestellungen für Bürger*innen bei der Koordination und Einrichtung von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von Quartiersmanagement sein.
Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am Herzen. Wir unterstützen deshalb Projekte wie die „UrbanOase" im Unionviertel und Permakultursysteme wie

den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die SoLawi, Kleingärten und Grabeland.

Die Begrünung von Gewerbegebieten und Gewerbeflächen
Gewerbeflächen bieten große Potenziale für eine ökologische Aufwertung. Durch eine naturnahe Gestaltung des Firmengeländes lassen sich Bereiche mit einer hohen Aufenthaltsqualität für Mitarbeitende und zur Verbesserung des Stadtklimas schaffen. Zusätzliche Baum- und Heckenpflanzungen filtern Luftschadstoffe, insektenfreundliche Beleuchtung kann die Lichtverschmutzung minimieren, Fassadenbegrünung den Energieverbrauch senken. Die Anlage von Grünzügen innerhalb von Gewerbegebieten eröffnet zudem die Möglichkeit, die entsprechenden Maßnahmen in ein gesamtstädtisches Grünordnungskonzept einzubinden. Unternehmen, die ihre Gewerbeflächen und Gebäude zum Beispiel durch den Bau von Anlagen zur Rückhaltung bzw. zur Versickerung von Niederschlagswasser aufwerten, wollen wir unterstützen. Sie können bei den Kosten für die Abwassergebühr entlastet werden. Ein*e im Umweltamt angesiedelte Gewerbegebietsmanager*in kann Unternehmen über die Veränderungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit beraten sowie Lösungen zusammen mit den Fachämtern der Verwaltung entwickeln.

Nachhaltige Forstwirtschaft
Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an „natürlichen Waldgesellschaften“ orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder anpassungs- und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische Baumarten durch natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an unbedenklichen Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald zu fördern, ist die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum zahlloser Insekten und Pilze im Wald belassen wird. Der „Urwald-Anteil“ im städtischen Wald muss deshalb auf mindestens 10 Prozent erhöht werden.
Besondere Belastungen des forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch Hitzeschäden müssen bei anstehender Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig Berücksichtigung finden. Ebenso sollen möglichstbodenschonende Ernteverfahren genutzt werden. In diesem Sinne ist unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und der Öffentlichkeit das Waldpflegekonzept der Stadt von 1993 zu überarbeiten.

Nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
Die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Nahversorgung mit Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Insbesondere in Randbereichen von Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt Ackerrandstreifen als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden und das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden.
Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden werden. Sie ist ein wichtiger Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern.

3.3 Umweltschutz für jede*n

Die Umwelt, in der wir leben, wird durch unser Verhalten beeinflusst. Ob Wasserqualität, Lärm- und Luftbelastung oder auch der zunehmende (Plastik-)Müll: Wir können auch als Einzelne etwas dafür tun, dass die Belastungen in unserem direkten Umfeld geringer werden, indem wir zum Beispiel nicht verbrauchte Medikamente in die Apotheke bringen oder auch beim Coffee-to-go auf Mehrweg setzen.

Grün wählen für:

Den Schutz von sauberem Wasser
Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle, Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein. Wir setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere Aufklärung von Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein.
Die Einführung der 4. Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen erfolgen. Um gegen illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen für die renaturierten Bäche.

Die Reduzierung von Müll in der Stadt
Wir produzieren immer mehr Müll, nicht nur global, sondern auch in Dortmund. Deshalb haben wir uns schon vor langer Zeit für Pfandsysteme bei Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für die Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben wir uns stark gemacht. Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin schuldig.
Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder in der Natur entsorgt wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt.
Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettenstummel) sind ergänzende Maßnahmen.

Reduzierung von Feuerwerken und die Ausweitung von Feuerwerksfreien Zonen
Dortmund hat schon jetzt Bereiche am Hauptbahnhof und auf dem Westenhellweg an Silvester zur feuerwerksfreien Zone erklärt, um die Sicherheit für Besucher und Besucherinnen der Dortmunder Innenstadt zu erhöhen. Wir setzen uns für die Ausweitung dieser Zonen auf besonders sensible Bereiche der Stadt, wie zum Beispiel den Zoo, ein. Insgesamt sollen zukünftig weniger Feuerwerke stattfinden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur Reduzierung der CO2- und Feinstaubbelastung.

4. Tierschutz

Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Dennoch spielt Tierschutz gerade in der Kommunalpolitik oft eine nachrangige Rolle. Das hat sich auch in der langjährigen Diskussion um eine Katzenschutzverordnung gezeigt, die inzwischen dank der Hartnäckigkeit von Tier- und Katzenschutzvereinen mit unserer Unterstützung eingeführt worden ist. Wir wollen in Dortmund den Schutz von Nutztieren sowie von Wild- und Haustieren stärken.

Grün wählen für:

Rettet die Insekten - Lebensraum schützen
Der Lebensraum von Wildtieren, insbesondere von Vögeln und Insekten, wird auch in Dortmund immer kleiner. Auch in Dortmund sind Tier- und Pflanzenarten bereits in ihrem Bestand deutlich zurückgegangen. Besonders Insekten sind davon stark betroffen. Dieser Rückgang geht einher mit dem Rückgang blühender Wiesen und anderer natürlicher Lebensräume, die Insekten für Nahrung und Fortpflanzung benötigen. Darunter leiden auch alle Insektenfresser, allen voran viele Vogelarten.Dieser Rückgang ist ein Verlust unserer Lebensqualität und eine konkrete Gefahr fürunsere Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, den Rückgang der Arten mit geeigneten Maßnahmen aufzuhalten. Auf städtischen Flächen wollen wir einen vogel- und insektenfreundlichen Gartenbau stärken.

Artenschutzfachliche Berater*innen
Viele Flächen sind von Baumaßnahmen bedroht, gerade auch durch dringend notwendigenWohnungsbau. Das führt zu weiterem Verlust notwendiger Flächen für die Artenvielfalt. Wir wollen künftig bei städtebaulichen Wettbewerben artenschutzfachliche Berater*innen hinzuziehen, um bei der Neugestaltung von städtischen Flächen auch den Tierschutz angemessen zu berücksichtigen.

Dortmunder Zoo
Im Dortmunder Zoo setzen wir auf eine artgerechte Haltung aller Tierarten. Im Rahmen der Bildungsaufgabe des Zoos wollen wir Tierschutz, Biodiversität und Artenschutz stärken.

Dortmunder Tierschutzzentrum
Über 1.000 Tiere werden jährlich im Dortmunder Tierschutzzentrum / Tierheim aufgenommen. Viele Tiere werden gefunden, aber nicht wieder abgeholt. Steigend ist die Zahl von Tieren, die zur Notpflege abgegeben werden, sowie die Zahl der Welpen,die illegal im Ausland gekauft wurden. Sie haben oft keine Impfungen oder ungültige Gesundheitszertifikate und müssen aus tierseuchenrechtlichen Gründen in Quarantäne genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Tierheim ein tragfähiges Konzept bekommt, das auf die stetig wachsenden Herausforderungen wie die Zunahme der Abgabetiere und den Welpenhandel besser reagieren kann.

Wildtiere schützen
Wildtiere gehören nicht in die Zirkusmanege, denn sie stellen besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung und Unterbringung. In einem Zirkusunternehmen ist eine verantwortbare Haltung von Wildtieren grundsätzlich nicht möglich. In Deutschland sind Elefanten, Tiger, Bären und viele andere Wildtiere weiterhin gezwungen, fragwürdige Kunststücke in der Manege vorzuführen – ein unhaltbarer Zustand, den andere Länder längst verändert haben. Wir setzen uns für kommunale Regelungen ein, damit Zirkusse in Dortmund künftig nur wildtierfreie Shows zeigen.

Keine Werbung für Trophäenjagden
Legale Trophäenjagden sind ein wesentlicher Faktor für den Rückgang bestimmter Wildtierarten. Selbst die Tötung bedrohter und international geschützter Arten wie Löwen, Leoparden, Eisbären, Nashörner oder Elefanten ist Teil solcher Angebote. Allein in Afrika erlegen 18.000 Großwildjäger aus dem Ausland jedes Jahr über 100.000 Wildtiere und reduzieren damit die Tierwelt in erheblichem Ausmaß. Wir unterstützen das Anliegen von Tierschutzorganisationen, zukünftig auf der Messe „Jagd & Hund“ oder bei anderen Messeprogrammen in den Westfalenhallen keine Anbieter mehr von Trophäenjagden zuzulassen.

Kommunale/r Tierschutzbeauftragte/r
Um den Tierschutz in Dortmund weiter zu stärken und die Arbeit der im Tierschutz tätigen Organisationen und Behörden besser zu vernetzen, setzen wir uns für die Ernennung eines/einer Tierschutzbeauftragten ein. Der/Die Tierschutzbeauftragte steht außerdem in Tierschutzfragen als Ansprechpartner*in für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung und soll durch gezielte Informations- und Aufklärungskampagnen mehr Bewusstsein für die Bedeutung des Tierschutzes schaffen.

A5 A2: GRÜN IST… VIELFALT UND TEILHABE FÜR ALLE!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

GRÜN IST… Vielfalt und Teilhabe für alle!

… Wie wir gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen schaffen wollen!

Inhalt

1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke
1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten Miteinanders
1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien
1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle
1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft
1.6. Gerechte Verteilung der Kosten der Integration

2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen
2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben
2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen
2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen
3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen
3.2 LSBTTIQ-Leben in Dortmund

4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen Rechts

1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt mit über 600.000 eigenständigen Geschichten. Jung oder alt, weiblich, männlich oder divers, geboren am Borsigplatz oder am Bosporus, Hetero oder LSBTTIQ, Atheist*in oder religiös – Vielfalt ist unsere Stärke. Wir begreifen Vielfalt als Bereicherung und als Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Dazu zählt auch die Vielfalt durch Zuwanderung.
Die Dortmunder Geschichte ist immer auch die Geschichte von Migration gewesen: Von der Einwanderung vieler Menschen und Familien aus Osteuropa gegen Ende des 19. Jahrhunderts über die Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter*innen“ in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis hin zu den Geflüchteten und Eingewanderten der letzten Jahre. Aktuell haben über ein Drittel der Dortmunder Bürger*innen eine Migrationsgeschichte. Viele leben seit vielen Jahrzehnten in Dortmund, viele sind hier geboren, zur Schule gegangen, leben und arbeiten hier. Dortmund ist unser gemeinsames Zuhause.

Das gilt auch für die große Anzahl der seit 2015 aus ihren Heimatländern nach Dortmund geflüchteten Menschen. Sie stießen auf eine überwältigende Willkommenskultur und die Solidarität vieler Dortmunder*innen. Viele der in diesen Jahren mit großem Engagement aufgebauten Strukturen zur Unterstützung der Geflüchteten bestehen bis heute.

1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten Miteinanders

Grün wählen für:

Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt
Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre ist die Stärkung einer Kultur der Vielfalt in Dortmund. Denn Vielfalt ist die Stärke einer lebendigen, offenen und demokratischen Stadt - die Vielfalt der Lebensformen, der Kulturen, der unterschiedlichen Herkunft. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dieser Vielfalt mit der Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt auch in der Verwaltung eine ganz eigene und starke Stimme zu geben.
In ein solches Amt soll auch das Kommunale Integrationszentrum MIA-DO als ein wichtiger Akteur bei der Erarbeitung und Umsetzung integrationsfördernder Maßnahmen integriert werden. Wir wollen die Arbeit des Integrationszentrums weiter stärken und fortsetzen und den dort federführend bearbeiteten „Masterplan Integration“ in Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

Serviceorientierung der Ausländerbehörde
Durch eine Aufstockung des Personals wollen wir Mitarbeiter*innen und Migrant*innen entlasten sowie Wartezeiten verkürzen. Transparenz, Respekt und Kundenorientierung sollen den Beratungscharakter der Behörde stärken. Gegenüber allen Antragsteller*innen und Ratsuchenden muss die Achtung der Menschenwürde höchste Priorität haben.

Einrichtung eines kommunales Flüchtlingsforums
Wir unterstützen die Forderung der Träger in der Flüchtlingshilfe in Dortmund nach Einrichtung eines kommunalen Flüchtlingsforums. Damit soll ein ständiger Dialog zwischen Ausländerbehörde und Hauptberuflichen institutionalisiert werden, um kommunale Konzepte und Maßnahmen, wie das Bleiberechtsprogramm u.a.zu entwickeln.

Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe
Die Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sind in den letzten Jahren wichtige Bausteine bei der Unterstützung Geflüchteter geworden. Sie leisten für die gesamte Stadt eine unverzichtbare Arbeit bei der schrittweisen Integration vieler Menschen, bei Beratung, Betreuung und konkreter Unterstützung. Wir wollen diese Initiativen weiter stärken und setzen uns dafür ein, den Dialog zwischen der Ausländerbehörde und Ehrenamtlichen zu verstetigen und die ehrenamtliche Arbeit intensiv zu unterstützen.

Dezentrales Auszugsmanagement für geflüchtete Menschen
Seit der Ankunft vieler Geflüchteter 2015/16 haben sich die kommunalen Aufgaben für geflüchtete Menschen grundsätzlich verändert. Ging es zunächst um die reine Versorgung und Unterbringung, geht es heute insbesondere um die dauerhafte Integration in die Dortmunder Stadtgesellschaft. Ein wesentlicher Bestandteil der Integration ist dabei neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt ein eigener und

bezahlbarer Wohnraum. Wir halten an dem Ziel fest, möglichst schnell möglichst viele Geflüchtete dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen. Durch ein kommunal unterstütztes Auszugsmanagement sollen Geflüchtete auf der Suche nach Wohnraum unterstützt werden. Zur Unterstützung wollen wir das Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ in den Stadtbezirken weiter ausbauen. Sofern im Ausnahmefall auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zurückgegriffen werden muss, sind insbesondere die Bedarfe von Frauen und weiteren besonders schutzbedürftigen Personengruppen zu berücksichtigen.

Gründung eines Museums für Migration
Wir werden uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes festes Museum der Migration bekommt. Damit soll die Geschichte der Zuwanderung dauerhaft dokumentiert und der Beitrag der zugewanderten Menschen bei der Entwicklung der Stadt gewürdigt werden.

Gerechte Verteilung der Kosten für kommunale Aufgaben der Integration
Dortmund wird seit langem seiner Aufnahmeverpflichtung für Geflüchtete gerecht. Aber: Ob bei den Monatspauschalen für Geflüchtete oder der Erstattung der Kosten für Geduldete – Land und Bund finanzieren die anfallenden Kosten an vielen Stellen bisher nur unzureichend. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Land ihre Verantwortung und die tatsächlich entstehenden Kosten übernehmen.

1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

Grün wählen für:

Erarbeitung eines kommunalen Bleiberechtsprogramms
Mehr als tausend Menschen leben seit vielen Jahren als Geduldete und damit ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Dortmund. Sie sind formal ausreisepflichtig, ihre Abschiebung ist aber ausgesetzt, weil sie zum Beispiel aus humanitären Gründen nicht durchgeführt werden kann. Eine Duldung wird dabei immer nur für eine begrenze Zeit erteilt und muss dann erneuert werden. Für die Betroffenen sind eine wirkliche Integration und eine gesicherte Perspektive kaum möglich. Auch Zugänge zu Arbeitsstellen und Wohnungen sind erschwert. Geduldete haben keinen Zugang und Sprach- und Integrationskursen. Wir wollen hier kommunal zusätzliche Möglichkeiten schaffen.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vorhandene Ermessensspielräume konsequent nutzt, um für möglichst viele Geduldete, ihre Familien und Kinder ein dauerhaftes Bleiberecht zu schaffen. Zusätzlich wollen wir ein separates kommunales Bleiberechtsprogramm entwickeln, um mit und für Geduldete eine Bleiberechtsperspektive aufzubauen. Das gilt auch für Geflüchtete, die sich als ehemalige unbegleitete minderjährige Geflüchtete in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden oder bereits einen Arbeitsplatz haben.
Petitionsausschuss und Härtefallkommission des Landes sind darüber hinaus für viele Menschen oft die letzte Hoffnung hinsichtlich einer Bleibeperspektive. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung positiven Beschlüssen und Ersuchen von Petitionsausschuss und Härtefallkommission folgt.

Verbesserung der rechtlichen und soziale Situation für Menschen ohne Papiere
Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gehören auch in Dortmund zur gesellschaftlichen Realität. Viele von ihnen sind abgelehnte Asylsuchende, ehemalige Geflüchtete, Studienabbrecher*innen – Menschen, die ihr Aufenthaltsrecht verloren haben und trotzdem bleiben. Sie alle leben in ständiger Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Sie sind nicht

krankenversichert, leben oft in überbelegten und unwürdigen Wohnungen und sehen sich Vermieter*innen oftmals schutzlos ausgeliefert. Viele von ihnen arbeiten schwarz ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Absicherung zu inakzeptablen Bedingungen und Löhnen. Unter den Menschen ohne Papiere befinden sich auch Kinder. Wir setzen uns dafür ein, die Situation der betroffenen Menschen zu verbessern und Wege aus der Illegalität in den gesicherten Aufenthalt zu schaffen.

Dortmund als „Sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen
Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Dortmund sich zum Sicheren Hafen für aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete erklärt. Der Rat hat im Sommer 2019 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir wollen erreichen, dass der Beschluss des Rates mit Leben gefüllt und durch die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen zukünftiger bundesweiter Aufnahmeproramme umgesetzt wird. Das betrifft zum Beispiel die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus südosteuropäischen Flüchtlingslagern oder auch die Beteiligung Dortmunds am Aufnahmeprogramm „NeSt – Neustart im Team".

1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

Grün wählen für:

Förderung der Migrant*innen-Selbstorganisationen
Wir möchten die politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus Einwandererfamilien fördern. Wir wollen das Engagement von und für Migrant*innen sichtbarer machen. Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) sind dabei ein wichtiger Baustein – bei der Integration von Neuzugewanderten, aber auch von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon lange hier leben. Sie unterstützen den interkulturellen Dialog, fördern den Zusammenhalt und nehmen eine Brückenfunktion zwischen zugewanderten Menschen und der Mehrheitsbevölkerung ein. Wir wollen die Arbeit der vorhandenen MSO weiter stärken und die Selbstorganisation und soziale Teilhabe neuer Zuwanderungsgruppen fördern. Das betrifft zum Beispiel Initiativen von geflüchteten Menschen oder von Zugewanderten aus Südosteuropa. Mit dem Haus der Vielfalt gibt es bereits ein Zentrum für Selbstorganisationen von Migrant*innen. Wir setzen uns dafür ein, bei steigendem Bedarf zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen.

Stärkung des Integrationsrates
Wir wollen den Integrationsrat als eine starke kommunale Interessenvertretung von Migrant*innen stärken. Der Integrationsrat tritt für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Migrant*innen ein und berät über viele Inhalte der Dortmunder Kommunalpolitik mit. Damit ist er eine wichtige Unterstützung für Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Leider hat er nur eine beratende Funktion. Wir wollen seine Rolle in der Dortmunder Kommunalpolitik stärken und setzen uns für die Prüfung zusätzlicher Kompetenzen und Rechte ein.

Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle
Migrantinnen und Migranten dürfen keine Bürger*innen zweiter Klasse sein. Nach wie vor sind aber viele Eingewanderte, die nicht aus der EU kommen, von kommunaler Mitbestimmung ausgeschlossen. Viele von ihnen leben und arbeiten seit

Jahrzehnten in Dortmund, können aber bei der Wahl eines/einer Oberbürgermeister*in sowie über die Zusammensetzung des Rates und der Bezirksvertretungen nicht mitbestimmen. Für uns ist eine gleichberechtigte Mitbestimmung eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration. Deshalb treten wir ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden nichtdeutschen Einwohner*innen und werden uns dafür auf Landes- und Bundesebenen stark machen.

1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

Grün wählen für:

Integrative Stadtentwicklung
Wir wollen eine auf Dauer angelegte soziale und ethnische Abgrenzung in unserer Stadt verhindern. Deshalb müssen Integration und Stadtentwicklung für uns Hand in Hand gehen. Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Stadtentwicklung ein, die eine stadtweite Integration fördert und eine Armuts- oder ethnische Separierung in den Stadtbezirken verhindert.

Kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege
Soziale und kulturelle Angebote für Senior*innen sollen immer auch auf die Bedarfe von älteren Migrant*innen abgestimmt werden. Finanzielle Sicherung im Alter, der Wunsch nach Teilhabe sowie eine kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege im Alter müssen insbesondere auch für ältere Migrant*innen sichergestellt werden. Wir setzen uns für eine soziale Infrastruktur ein, die den verschiedenen Lebensbiografien gerecht wird.

Programm „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“
In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus Südosteuropa als EU-Bürger*innen legal nach Dortmund gezogen. Fast 3.000 von ihnen arbeiten inzwischen sozialversicherungspflichtig oder als geringfügig Beschäftigte. Für viele der Zugewanderten gestaltet sich die Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme nach wie vor schwierig. Die intensiven Bemühungen einer differenzierten und fachlich fundierten Beratung bei Arbeitssuche, -aufnahme und beruflicher Bildung sind deshalb verstärkt fortzusetzen.
Da viele der Eingewanderten weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch eine Krankenversicherung besitzen und größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen ausgeschlossen sind, ist ein Teil von ihnen zunehmend von Armut und Verelendung betroffen oder bedroht, lebt in prekären Wohnverhältnissen oder ist obdachlos.
In dieser existenziellen und sozialen Notlage sehen insbesondere einige Frauen die Prostitution als einzigen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit. Das existierende Netz von Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten reicht absehbar nicht aus. Wir setzen uns deshalb für ein gesondertes städtisches Programm „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“ ein. Bestandteil eines solchen Programms muss insbesondere auch die medizinische Versorgung sein.
Die bestehenden Unterstützungsstrukturen sind personell aufzustocken, um Projekte zu begleiten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Zusätzlich halten wir die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Akquise von Finanzmitteln zur Co-Finanzierung von Projekten und Programmen für notwendig. Damit sollen Lücken geschlossen werden, die durch das vorhandene Unterstützungsangebot noch nicht abgedeckt werden.
Anders als Geflüchtete haben EU-Zuwander*innen keinen Rechtsanspruch auf die Teilnahme an Integrationskursen. Das erschwert eine schnellere Integration. Wir

wollen deshalb entsprechende Angebote schaffen.Wir unterstützen die Bemühungen, möglichst viele Menschen in die gesetzliche Regelversorgung der Krankenversicherung aufzunehmen. Zusätzlich braucht es ausreichende Angebote für Nichtkrankenversicherte. Die Angebote für Kinder in Kitas und Schulen insbesondere bei der Sprach- und Integrationsförderung sind weiter auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dauerhafte Wohnungslosigkeit von Eingewanderten von Beginn an verhindern. Im Rahmen einer Notunterbringung muss eine gemeinsame geschützte Unterbringung von Familien in Männer- und Frauenübernachtungsstellen möglich sein. Wir wollen das Projekt „Boarding-House" entwickeln und umsetzen. Dort können aus einer Hand kurzzeitiges Wohnen und Sozialberatung und Vermittlung in Maßnahmen angeboten werden.

1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

Grün wählen für:

Aufstockung der Mittel für die kommunale Bildungsarbeit
Deutschland ist längst zur Einwanderungsgesellschaft geworden. Und auch in Dortmund haben Zuwander*innen, Migrant*innen und Geflüchteten eine neue Heimat gefunden. Wir setzen uns dafür ein, ihnen persönliche und berufliche Perspektiven zu eröffnen und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Die Unterstützung bei Bildung und Qualifizierung ist dabei die wichtigste Aufgabe. Wir wollen die Mittel für kommunale Bildungsarbeit, insbesondere für die Unterstützung der Elternarbeit bei Migrant*innen, aufstocken.

Passgenaue Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche haben eine Recht auf Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in regulären Schulen und Klassen unterrichtet werden und durch passgenaue Unterstützungsangebote im Spracherwerb und darüber hinaus gefördert werden. Schon in der Kinderbetreuung können Grundsteine für ein gelingendes Ankommen in Dortmund gelegt werden. Dafür sind Betreuungsplätze für alle Kinder – unabhängig ihrer Herkunft – sicherzustellen. Dabei ist die Förderung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen ein wichtiger Baustein. Wir setzen wir uns für die Einführung eines bilingualen Zweigs mindestens in einer weiterführenden Schule in jedem Stadtbezirk ein.Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde ihre Ermessensspielräume nutzt, um für junge Geflüchtete in Ausbildung ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

Wir treten dafür ein, Zeit, Macht, Geld und Chancen zwischen Frauen und Männern gerecht zu teilen. Wir GRÜNE praktizieren das in unseren eigenen Strukturen mit quotierten Vorständen und Fraktionen von Beginn an. Die Hälfte der Macht den Frauen – das heißt auch Aufwertung der sozialen Berufe, mehr Frauen als Chef*innen und eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern. An vielen Stellen unseres Programms finden sich dazu themenübergreifend Anmerkungen und Forderungen.
Wir sagen zudem deutlich: Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen! Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein gleichbleibend großes gesellschaftliches Problem. Nach wie vor sind vor allem Frauen Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt. In diesem Zusammenhang ist das eigene Zuhause oft der gefährlichste Ort für sie. Wir wollen diese Gewalt entschieden bekämpfen.
Männer, Frauen und Diverse haben unterschiedliche Lebensbedingungen, Ansprüche und Bedürfnisse. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Perspektiven der

Menschen in allen Politikbereichen und innerhalb der Stadtverwaltung unter den Leitzielen von Gleichstellung und gleicher Teilhabe für alle Geschlechter wahrgenommen und berücksichtigt werden. Für uns ist die konsequente Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes selbstverständlich: Niemand darf wegen seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität diskriminiert werden.

2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

Grün wählen für:

Mehr Frauen in Führungspositionen
Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft die Perspektiven und Lebens- und Berufserfahrungen von Frauen braucht. Die Stadt Dortmund ist Arbeitgeberin: In ihrer Verwaltung und in den Betrieben mit städtischer Beteiligung arbeiten viele Frauen; in einigen Arbeitsbereichen überwiegt ihr Anteil. Aber in Führungspositionen sind sie noch immer erheblich unterrepräsentiert. Wir wollen Frauen ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Dies geschieht z. B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir wollen, dass die Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen geschlechterstereotype Berufswahl aufgelegt werden.

Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“
Seit Jahrzehnten verdienen Frauen im Durchschnitt 20 % weniger als Männer: 2019 erhielten Frauen 17,72 brutto Stunde, Männer dagegen 22,16 €. Die wesentlichste Ursache für diesen „Gender Pay Gap“ liegt darin, dass Frauen häufiger in Berufen und Branchen arbeiten, die geringer bezahlt werden; das hat v.a. mit der Bewertung von Arbeit zu tun. Diese ist nach wie vor von einer Geringschätzung von Berufen geprägt. Vor allem frauendominierte Berufe in personennahen sozialen Dienstleistungen (Pflege, Erziehung, Betreuung, Soziale Arbeit, Beratung) werden nicht ihren Anforderungen entsprechend gerecht bewertet und damit auch nicht gerecht bezahlt. Weiter erhalten Frauen nach einer Berufsunterbrechung wegen Erziehungs- bzw. Pflegearbeit ein geringeres Entgelt. Frauen sind seltener in Führungspositionen; aber auch die Frauen in den Chefetagen werden oft geringer bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag, um auf den „Gender Pay Gap“ aufmerksam zu machen. In Deutschland markiert der Aktionstag symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen ohne Lohn arbeiten. Wir unterstützen die Aktionen zum Equal Pay Day in Dortmund. Auf Bundesebene fordern wir ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz.

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Wir wollen Rahmenbedingungen verändern, damit Beruf und Familie besser vereinbar sind, insbesondere auch für alleinerziehende Frauen. Dazu gehört maßgeblich der weitere und vermehrte Ausbau qualitativ guter Ganztags-Kitas und Ganztags-Schulen. Eine gute, zeitlich flexible und verlässliche Betreuung und Bildung von Kindern schafft Freiraum für berufliche Ansprüche. Wir setzen uns dafür ein, die Anzahl der Plätze insbesondere für unter dreijährige Kinder sowie in der Offenen Ganztagsschule so auszubauen, dass jedes Kind bei Bedarf einen entsprechenden Platz erhält.

2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

Grün wählen für:

Unterstützung der Arbeit des Dortmunder Frauenhauses
Gewalt gegen Frauen bleibt ein alarmierendes gesellschaftliches Problem. Bundesweit haben im Jahr 2018 über 140.000 Frauen Gewalt durch ihre Partner und Ex-Partner zur Anzeige gebracht. Gleichzeitig gibt es für betroffene Frauen nicht ausreichend Plätze in Frauenhäusern, um ihnen und ihren Kindern Schutz, Unterkunft und Beratung zu gewährleisten. Es gibt weder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe noch eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung. Die Frauenhäuser und Beratungsstellen sind noch immer auf freiwillige Leistungen des Landes und der Kommune angewiesen, was jegliche Planung erschwert. Auf Bundesebene wollen wir GRÜNE deshalb einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt gesetzlich verankern, um die Finanzierung und die Arbeit der Frauenhäuser dauerhaft zu sichern.
Das Dortmunder Frauenhaus verfügt zurzeit über 32 Plätze: 16 für Frauen und 16 für Kinder. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Landes, mit Spenden sowie mit jährlichen Zuwendungen der Stadt. Auf GRÜNEN Antrag sind zusätzlich 40.000 Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Besetzung der Pforte zumindest bis 23 Uhr und an den Wochenenden zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, die städtischen Gelder bei Bedarf weiter zu erhöhen und verbindlich zu verstetigen. Sollte der Bedarf an Plätzen steigen, muss eine Erweiterung der Angebote geprüft werden. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Aufnahme von Frauen mit Behinderungen gewährleistet werden kann. Dazu ist zu prüfen, ob Gelder aus dem Investitionsprogramm des Bundes für einen Umbau des Frauenhauses beantragt werden können.
Neben der Unterbringung der Frauen ist eine entsprechende Beratung zur weiteren Planung wichtig. Dafür braucht es teilweise auch mehrsprachige Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, diese Angebote auszubauen und zu finanzieren. Eine professionelle psychosoziale Beratung braucht Kommunikation in der Muttersprache. Deshalb sind Fachkräfte mit vielfältigen Sprachkenntnissen notwendig. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung und Fortbildung von Honorarkräften und Dolmetscherinnen zu sichern, um nicht deutschsprachige Bewohnerinnen angemessen zu unterstützen.
Wir unterstützen Initiativen einer konzeptionellen Weiterentwicklung des Frauenhauses. Das betrifft insbesondere die Unterbringung in sicheren Wohnungen nach der Zeit im Frauenhaus mit intensiver Begleitung und Beratung, um den Übergang in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei muss der Schutz der Frauen, Kinder und Mitarbeiterinnen gewährleistet sein.
Viele Frauen bringen ihre Kinder mit ins Frauenhaus. Wir setzen uns dafür ein, dass Angebote, die den Kindern dort gemacht werden, durch die Jugendhilfe passgenau und längerfristig auch nach dem Aufenthalt im Frauenhaus fortgesetzt werden. Jungen können nur dann mit ihren Müttern im Frauenhaus aufgenommen werden, wenn sie maximal 14 Jahre alt sind. Hier braucht es Lösungen für Frauen mit älteren Kindern.

Intensivierung der Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt
Das Projekt „Echte Männer reden“ des SKM berät Männer, die gegenüber ihren Partnerinnen gewalttätig geworden sind. Dabei können Männer lernen, die Hintergründe ihrer Krise zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und ihr Verhalten zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Projektes zum Schutz von Frauen intensiviert wird. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen bei Einsätzen und Ermittlungen gegen gewalttätige Männer über dieses Projekt informieren.

2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

Grün wählen für:

Gendersensible Stadtplanung
Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt unserer Stadt auch in der Gestaltung unserer Quartiere und Stadtteile widerspiegelt. Stadtplanung und Stadtentwicklung müssen ebenfalls ihren Beitrag zu Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit leisten und die Interessen aller Bürger*innen adäquat berücksichtigen.

Förderung von Frauen-Wohnprojekten
Wohnen wird auch in Dortmund immer teurer. Dabei ist gerade für Frauen preiswerter Wohnraum von besonderer Bedeutung. Sie sind häufiger alleinerziehend oder von Altersarmut betroffen als Männer. Und deshalb sind sie und ihre Kinder besonders auf günstige Wohnungen angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass gezielt Wohnprojekte für Frauen gefördert und unterstützt werden.

Unterstützung wohnungsloser Frauen
Frauen ohne Unterkunft und ohne finanzielle Mittel können in der neuen Frauenübernachtungsstelle der Diakonie in Hörde jederzeit eine Unterkunft finden. Die dabei vorgenommene Ausweitung der Plätze ist die Antwort auf den steigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten. Der Aufenthalt ist allerdings auf ein halbes Jahr begrenzt. Wir unterstützen alle Ansätze, um ausreichend Wohnraum nach dem Aufenthalt in der Frauenübernachtungsstelle zur Verfügung stellen zu können

3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

Dortmund ist eine offene Stadt mit einer bunten Stadtgesellschaft. Dazu gehört die Anerkennung jeder sexuellen Identität und sexuellen Orientierung. Wir wollen Diskriminierungen in allen Bereichen verhindern und bestehende Diskriminierungen beseitigen. Geschlechtliche Vielfalt kann gelebt werden; lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ) gehören zu unserer vielfältigen Stadt. Wir stehen für eine (Stadt-)Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein und ihre Verschiedenheit selbstbewusst und selbstbestimmt leben können.

3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

Grün wählen für:

Unterstützung von SLADO und Sunrise
Ob SLADO als Dachverband der zahlreichen Dortmunder Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen- und Transidentenvereine und -initiativen, ob das KCR als Lesben- und Schwulenzentrum, ob der Gesundheitsladen Pudelwohl oder die Jugendbildungs- und Beratungseinrichtung Sunrise – die Dortmunder LSBTTIQ-Landschaft ist vielfältig. Für uns ist jede einzelne Gruppierung und Organisation eine Bereicherung der Stadtgesellschaft. Mit SLADO gibt es eine starke Stimme, die die Interessen bündelt und vertritt. Wir setzen uns dafür, die Arbeit der Initiativen zu fördern und zu unterstützen. Das gilt insbesondere für Beratungsangebote für Jugendliche.
Die Jugendbildungs- und Beratungseinrichtung Sunrise im Fritz-Henßler-Haus bietet queeren Jugendlichen und junge Erwachsenen einen Schutzraum, in dem sie offen mit Gleichaltrigen über ihre Erfahrungen sprechen können. Zusätzlich gibt

es Angebote für Angehörige sowie pädagogische Kräfte. Wir unterstützen die weitere Förderung von Sunrise durch das Jugendamt.

Förderung des Antidiskriminierungsprojekts SCHLAU
Das von SLADO durchgeführte SCHLAU-Projekt ist ein Antidiskriminierungsprojekt, bei dem es um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Jugendlichen geht. Das Projekt läuft an Schulen und in Jugendzentren. Die jeweiligen Workshops vor Ort werden von Ehrenamtlichen durchgeführt. Um die vielen Anfragen und die Anzahl der durchgeführten Workshops bewältigen zu können, reichen die vorhandenen Strukturen nicht mehr aus. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion hat der Rat beschlossen, das SCHLAU-Projekt für die Jahre 2020 und 2021 mit jeweils 70.000 Euro zu bezuschussen. Wir setzen uns dafür ein, diese Förderung auch darüber hinaus zu verstetigen.

Feiern des Christopher Street Day
Bei den Aktionen und Demonstrationen zum Christopher Street Day machen auch in Dortmund tausende Menschen selbstbewusst sexuelle Vielfalt und ihre Forderungen sichtbar. Wir GRÜNE werden die Aktionen zum CSD sowie zum Trans*CSD weiterhin unterstützen.

3.2 Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders

Grün wählen für:

Weiterentwicklung „Runder Tisch“ und „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente“
Seit vielen Jahren gibt es in Dortmund sowohl einen Runden Tisch zur Förderung der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transidenten als auch eine städtische Koordinierungsstelle. Sie kümmert sich um die Belange von LSBTTIQ-Beschäftigten in der Verwaltung und ist das Bindeglied zwischen Verwaltung und der Community. Wir setzen uns dafür ein, den Runden Tisch und die Koordinierungsstelle auch in den kommenden Jahren fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Erarbeitung eines Aktionsplans zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
Viele lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen erleben Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bis hin zu körperlichen Angriffen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stadt einen Aktionsplan zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erarbeitet. Der Aktionsplan soll ein kommunales Handlungskonzept gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, intersexuellen und queeren Menschen sein. Ziel ist es, sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch die Chance auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu fördern.

Austausch mit Partnerstädten
Auch in den Dortmunder Partnerstädten gibt es Szenen lesbischer, schwuler, bisexueller, transsexueller, transgender, intersexueller und queerer Menschen, die auch aufgrund des jeweiligen kulturellen Hintergrunds Diskriminierungen erleben. Wir regen an, dass unter Beteiligung von SLADO ein internationaler Austausch mit LSBTTIQ-Aktivist*innen initiiert und gefördert wird –auch um die politische Teilhabe und Akzeptanz in den Partnerstädten zu verbessern.

„Lebensort Vielfalt“ in Senioren*innenheimen
Mit dem Wohn- und Begegnungszentrum Zehnthof der Städtischen Seniorenheime gibt es das erste Dortmunder Seniorenheim, das besonders gute Voraussetzungen für lesbische, schwule, bisexuelle oder transgender Bewohner*innen schafft. Es ist sogar das erste dieser Art in NRW und hat das Qualitätssiegel "Lebensort Vielfalt" der Schwulenberatung Berlin verliehen bekommen. Das Siegel erhalten Einrichtungen, die besonders gute Voraussetzungen für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten schaffen und die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ihrer Bewohner*innen als wesentlichen Aspekt ihrer Persönlichkeit berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, weitere Einrichtungen für Senior*innen zum „Lebensort Vielfalt“ zu machen.

Unterstützung für Geflüchtete
Auch unter den in den letzten Jahren nach Dortmund Geflüchteten gibt es lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen. Zum Teil mussten sie gerade wegen ihrer sexuellen Orientierung fliehen. Sie sind aufgrund ihrer Herkunft oft mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt, Wir setzen uns für zusätzliche Unterstützungsangebote ein.

4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

Die Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft steht für uns GRÜNE im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Inklusion ist ein Menschenrecht, das vielen Menschen noch viel zu häufig verwehrt wird. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention wird Behinderung als individuelle Beeinträchtigung gesehen, die erst durch psycho-soziale Faktoren und gesellschaftliche wie räumliche Barrieren zur Behinderung wird. Dies erleben Menschen mit Handicaps täglich, wenn Fahrstühle auf den Bahnhöfen fehlen, wenn die realen Kosten für Gebärdensprachdolmetscher*innen nicht übernommen werden oder die Kita bzw. Schule nicht barrierefrei ist. Wir setzen uns für einen barrierefreien öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Und trotz aller Fortschritte und Bemühungen: Auch Dortmund befindet sich noch am Beginn der Entwicklung zu einer inklusiven Stadt.
Deshalb wollen wir GRÜNE Inklusionsbedarfe in allen Politikbereichen von Beginn an mitdenken und mitplanen. Wichtige Unterstützer*innen sind dabei das Behindertenpolitische Netzwerk und der Inklusionsbeirat. Ihre Expertise wollen wir noch besser in die Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen sowie der Verwaltung einbinden.

Grün wählen für:

Inklusion im Arbeitsmarkt
Ein wichtiger Aspekt sozialer Teilhabe ist die Inklusion im Arbeitsmarkt. Ideal wäre ein inklusiver erster Arbeitsmarkt, so dass keine Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigung und kein sozialer Arbeitsmarkt benötigt werden. Wir wollen Impulse setzen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, der auch Menschen mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen Chancen ermöglicht. Den Aufbau eines inklusiven Arbeitsmarktes, die weitere Gründung von Integrationsbetrieben oder Integrationsabteilungen begrüßen und unterstützen wir.

Gewährleitung der Mobilität
Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit mehrfach die Einführung eines

Begleitservice bei Fahrten mit Bussen und Bahnen in die politische Diskussion gebracht. Ein solcher Service richtet sich an Fahrgäste, die einen Rollstuhl, Rollator oder eine Gehhilfe nutzen, an seheingeschränkte, blinde oder gehörlose Menschen sowie an Fahrgäste, die sich bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln unsicher fühlen. Wir werden uns weiterhin für ein solches Angebot zur Sicherstellung der Mobilität vieler Menschen in Dortmund einsetzen. Ebenso werden wir uns weiterhin für einen gut funktionierenden Fahrdienst für Menschen mit Behinderung einsetzen. Das Angebot des Fahrdienstes muss die Teilhabe von Menschen mit besonders schweren Mobilitätseinschränkungen sicherstellen. Wir haben uns bei der Neukonzeptionierung des Behindertenfahrdienstes an der Seite des Behindertenpolitischen Netzwerks gegen eine gleichzeitige Kürzung der Mittel eingesetzt. Ob der geänderte Fahrdienst den gestiegenen und weiter steigenden Ansprüchen gerecht wird, werden wir kritisch beobachten und bei Bedarf gegensteuern.

Ausbau öffentlicher Toiletten
Gerade für Menschen mit Beeinträchtigung sind ausreichende, barrierefreie und qualitativ gute öffentliche Toiletten von großer Bedeutung. Ansonsten sind ihre Mobilität und ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt. Die vorhandene Anzahl öffentlicher Toiletten mit jeweils einer pro Stadtbezirk reicht nicht aus. Wir setzen uns für ein Konzept zum Ausbau öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des Projekts „Nette Toilette“ ein.

Inklusive städtische Veranstaltungen
Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Veranstaltungen grundsätzlich inklusiv sind. Städtische Räumlichkeiten müssen mit induktiven Höranlagen ausgestattet bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen problemlos teilnehmen können. Und auch die Anwesenheit von Gebärdendolmetscher*innen muss bei Bedarf gewährleistet sein.

Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung
Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen haben in der Regel eine doppelte Herausforderung zu bewältigen und oft einen unzureichenden Zugang zu Hilfesystemen. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist groß und steigt. Wir unterstützen deshalb die Beratungs- und Kontaktstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung als erste Anlaufstelle für Begegnungen, Information und Hilfestellungen.

5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

Kunst und Kultur prägen nachhaltig das Gesicht und das Image einer Stadt. Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE in erster Hinsicht die Sicherung der kulturellen Infrastruktur und Vielfalt in den Stadtteilen für alle Bürger*innen. Dabei müssen insbesondere die besonderen Herausforderungen der Inklusion und Integration berücksichtigt werden. Gerade in Zeiten zunehmender rechtsextremistischer Tendenzen und neuer populistischer Bewegungen steht Kultur für eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in unserer Stadt. Kultur tritt sichtbar für eine offene Gesellschaft ein.
Sie braucht deshalb Freiräume, um Werte- und Grundsatzfragen jenseits ökonomischer und ideologischer Zwänge behandeln zu können. Der Zugang zu Kultur und kultureller Bildung darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort. Kultur ist ein Gemeinschaftsgut, dessen Infrastruktur zu großen Teilen

öffentlich finanziert wird – und das muss so bleiben.
In Dortmund existiert eine bunte Landschaft aus etablierten Kultureinrichtungen. Neben der sog. Hochkultur gibt es eine starke freie Kulturszene sowie vielfältige sozio- und interkulturellen Einrichtungen. Es ist unser Ziel, diese Angebote zu erhalten und Zusammenarbeit zu fördern. Gerade die nicht institutionalisierte Kunst- und Kulturszene liegt uns GRÜNEN am Herzen.

Grün wählen für:

Gewährleistung kultureller Teilhabe
Bei der Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen ist stärker darauf zu achten, dass die Einrichtungen vermehrt für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet und sie damit als Besucher*innen gewonnen werden. Das kann z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige Lesungen, Puppenspiele usw. geschehen.
Um eine uneingeschränkte Nutzung der Dortmunder Kultureinrichtungen auch für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, halten wir ein umfassendes Konzept zur Barrierefreiheit für erforderlich.
Kultur soll in allen Stadtteilen stattfinden und sich nicht auf die Innenstadt beschränken. Gemeinnützige Vereine sorgen dafür, dass kulturelle Teilhabe nicht an ein gewisses Einkommen gebunden ist. Orte wie das Kulturhaus Lütgendortmund, Balou, Musik- und Kulturzentrum Güntherstraße und viele weitere leisten einen wertvollen Beitrag zur Stadtgesellschaft. Wir wollen diese Vereine unterstützen und insbesondere bestehende und neue Vereine bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstützen.
Wir wollen soziokulturelle Zentren strukturell besser fördern, da gerade sie das Prinzip „Kultur für alle“ umsetzen und die Teilhabe vieler ermöglichen.
Und wir machen uns stark für die Einführung eines „Kombitickets Kultur“, das eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu den Veranstaltungen aller Dortmunder Kultureinrichtungen ermöglicht.

Stärkung der freien Kulturszene
Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft für eine einfallsreiche, vielfältige und zeitgemäße Ausrichtung der Dortmunder Kulturszene einsetzen. Zu einer städtischen Kultur in einer Stadt unserer Größenordnung gehören neben einer lebendigen Kunstszene mit Ausstellungs-, Konzert-, Atelier- und Veranstaltungsräumen auch Feste, Gastronomie sowie eine Club- und Kneipenlandschaft.
Wir GRÜNE werden weiterhin darauf achten, dass Nischen für Kultur gefunden und verteidigt werden können. Zwischennutzungen wollen wir ausdrücklich fördern, auch gemeinsam mit Gesellschaften, an denen die Stadt Dortmund beteiligt ist.
Wir unterstützen die temporäre Nutzung des öffentlichen Raums für Kulturevents.

Erhalt der Kinder- und Jugendangebote
Angebote wie die Kunstkurse des Museums Ostwall oder anderer Museen für Kinder und Jugendliche oder das Kindermuseum mondo mio ermöglichen interkulturelle Entdeckungsreisen und bieten bereits Kindern einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis unterschiedlicher Kulturen. Wir wollen diese Angebote unterstützen und für die Zukunft sichern.
Auch die Familienkonzerte, Konzerte für junge Leute und die Sitzkissenkonzerte der Dortmunder Philharmoniker sowie die Familienkonzerte des Domizils wollen wir erhalten und fördern.

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen
Wir wollen die Zusammenarbeit der freien Szene, der Kulturvereinen und der Bildungseinrichtungen stärken und ausbauen, um kreative Freiräume für gestalterische Mitbestimmung zu schaffen.
Eine Wirkung der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 ist die Kooperation von Kunstmuseen und öffentlich getragenen Bühnen im Ruhrgebiet und die Einführung einer RuhrKultur.Card. Die Kooperationen sind Teil der regionalen Kulturplanung vonseiten des RVR und der Kultur Ruhr GmbH. Diese Form der Zusammenarbeit von Kulturträger*innen in der Region unterstützen wir und setzen uns für eine Ausweitung auch auf andere Kulturbereiche ein.

Förderung des Zugangs zu Museen
Die städtischen Museen sind Orte der Erinnerung, des öffentlichen Stadtraums und zugleich außerschulische Bildungseinrichtungen. Der Eintritt in die meisten Museen ist mittlerweile kostenlos. Das soll auch so bleiben. Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen und ihrer Angebote sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein.
Lernen beinhaltet in allen Altersstufen auch kulturelles Lernen. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit von Museen und Schulen, aber auch Bildungseinrichtungen für Erwachsene zu intensivieren.

Erhalt der Bibliotheken und Büchereien
Büchereien und Bibliotheken sind wichtig für die Leseförderung und tragen dazu bei, dass Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und Einkommen Zugang zu einem breiten Literaturangebot haben. Neben der Stadt- und Landesbibliothek in der Innenstadt gehören auch wohnortnahe Ausleihstellen in den Stadtteilen dazu. In Dortmund gibt es zudem in den Hochschulbibliotheken ein gutes Angebot für den Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Deshalb setzen wir uns für eine zunehmende Kooperation der Stadt- und Landesbibliothek mit den Hochschulbibliotheken ein.
Wir wollen, dass sich die Bibliotheken auch hinsichtlich des sich ändernden Nutzerverhaltens und der Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwickeln, damit sie dem Auftrag der Bildungsgrundversorgung weiterhin gerecht werden können.

Mehr Freiheit für eine lebendige Nachtkultur
Dortmund ist eine der wenigen Städte, die noch an der Sperrstunde festhalten. Dabei gibt es auch hier immer mehr Clubs, Labels und öffentliche Kulturinstitutionen, die experimentelle Formate umsetzen und das urbane Leben prägen. Mit der derzeit gültigen strikten zeitlichen Regelung durch die Sperrstunde, wird diese Entwicklung immer wieder begrenzt. Dabei dient die Sperrstunde nicht dem Lärmschutz, denn die im Umweltrecht verankerten Schallemissionsgrenzen müssen die Clubs ohnehin grundsätzlich einhalten. Wir wollen, dass sich in Dortmund eine kreative, vielfältige und lebendige (Nacht-)Kultur mit jungen Angeboten entwickelt. Die Abschaffung der Sperrstunde gehört für uns zwingend dazu.

Erhalt und Förderung der Erinnerungskultur
In Dortmund gibt es eine lebendige und vielfältige Arbeit gegen Rechts. Dazu gehört auch, das Andenken an die Opfer rechtsextremer Gewalttaten und Naziverbrechen lebendig zu halten. Vorbildliche Beispiele hierfür sind die Stolpersteine und insbesondere die Arbeit der Gedenkstätte Steinwache. Die Steinwache als ehemaliges Gefängnis der Gestapo oder das Mahnmal für

Zwangsarbeiter am Phoenix-See sind Orte in Dortmund, die noch heute die Naziverbrechen nachvollziehbar machen.
Diese Projekte sind wichtiger denn je, erschüttern doch auch heute wieder rechtsextreme Verbrechen unsere Gesellschaft. Die Einrichtung eines „Mehmet-Kubasik-Platzes“ in der Nordstadt dient der dauerhaften und mahnenden Erinnerung an heutige Taten mit nationalsozialistischem Hintergrund (s. auch Kapitel Rechtsextremismus). Wir GRÜNE treten dafür ein, weitere Projekte der Erinnerungskultur zu fördern.

6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft. Schwimmbäder, Turnhallen, Bolzplätze und andere Sportstätten gehören zur kommunalen Daseinsfürsorge. Die Sportförderung wird in Deutschland zu 80 Prozent von den Kommunen getragen. Um die Bewegungsinfrastruktur vor Ort zukunftsfähig gestalten zu können, brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Bund und Land. Denn die Sportentwicklung steht vor vielfältigen Herausforderungen wie ein verändertes Sportverhalten, schulpolitische Entwicklungen, demografischer Wandel, Inklusion und ein spürbarer Sanierungsstau bei der Sportstätteninfrastruktur.
Mit einem „Masterplan Sport“ will die Stadt sich auf diese neuen Gegebenheiten einstellen. In diesen Prozess wollen wir unsere Vorstellungen für den Sport einbringen.
Wir Grüne setzen uns ein für mehr Sport und Bewegung – im Verein, als Leistungssport oder selbstorganisiert. Wir setzen auf soziale Dimensionen des Sports wie Inklusion von Menschen mit Behinderung, Integration der zugewanderten Menschen und das gemeinsame Miteinander von Generationen und unterschiedlichen Milieus.
Vielfalt im Sport ist uns wichtig: Deswegen muss der Sport auf allen Ebenen nachhaltig gefördert werden. Er braucht neben intakten Sportstätten auch eine sport- und bewegungsfreundliche Verkehrs- und Stadtpolitik sowie den Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements. Sporthallen sind nicht der einzige Ort, an dem man Sport treiben kann. Wir wollen die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen – das ist auch auf (Spiel-)Straßen und Plätzen möglich.

Grün wählen für:

Förderung des Breitensports
Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Zu 59 Prozent wird der weitaus größte Teil sportlicher Aktivität in Dortmund privat organisiert. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten Freizeitsportler*innen verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein gleichberechtigter Bestandteil im „Masterplan Sport“ und der generellen Stadtentwicklung werden. Wir treten deshalb dafür ein, mehr Freiflächen kostenlos für Sport, Spiel und Freizeit zur Verfügung zu stellen.
Sporthallen und -stätten müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten möglich sein. Wir wollen ein Konzept, das eine weitestgehende Zugänglichkeit unserer Sportanlagen für jedermann sichert.

Sanierung und Ausbau der Sportstätten
Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen.

Dies wollen wir vor allem durch die Sanierung bestehender Sporthallen und -plätze erreichen. Wir wollen, dass Sportanlagen zukünftig multifunktional nutzbar sind: sowohl für unterschiedliche Sportarten als auch für verschiedene Generationen,. Die vom Land im Rahmen des Sanierungsprogramms „Gute-Sportstätte-2022“ eingebrachten 300 Millionen Euro Fördergelder für ganz NRW reichen dafür nicht aus. Auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass Schule und Sport nicht um ohnehin geringe Finanzmittel streiten müssen. Die Sportpauschale und die Schulpauschale müssen im Gemeindefinanzierungsgesetz wieder als getrennte Töpfe ausgewiesen werden.
Sportanlagen gehören in das Wohnumfeld, denn Wohnortnähe ist das entscheidende Nutzungskriterium von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Wir setzen uns deshalb für einen umfassenden Bestandsschutz und den Ausbau von offenen Sportstätten ein.

Intensive Kooperation von Schule und Sportvereinen
Die Einführung des offenen Ganztags an immer mehr Schulen macht eine zunehmende Kooperation mit Sportvereinen notwendig. Jede Schule soll mindestens einen Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns auf Landesebene für eine leistungsgerechte Vergütung von Vereinsübungsleiter*innen und für die kommunale Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Dies gilt auch für Kitas (s. Kapitel Kinderbetreuung).
Immer weniger Kinder können schwimmen. Wir fordern deshalb mehr Lehrschwimmbecken für Kleinkinder, insbesondere in der Nähe von Kitas und Schulzentren. Die Nutzung solcher Becken auch für den Reha-Sport sorgt für die Rentabilität dieser zusätzlichen Becken.
Für mehr Wassergewöhnung und Schwimmunterricht in Kindergärten und Schulen wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Kitas und Schwimmvereinen fördern. In Kooperation mit dem Stadtsportbund müssen zusätzliche Schulschwimmlehrer*innen finanziert werden, um die notwendige Betreuung zu gewährleisten.

Umsetzung der Inklusion im Sport
Menschen mit Behinderung müssen zum Sport einen gleichberechtigten Zugang haben. Daher wollen wir Grüne inklusive Sportangebote weiterentwickeln und an die speziellen Anforderungen von Menschen mit Behinderung anpassen. Dazu gehören barrierefreie Umkleiden, Sanitäranlagen, Spiel- und Sportflächen. In ausgewählten Hallen sollen behindertengerechte Grundsportgeräte, wie beispielsweise Sport-Rollis, zur Verfügung stehen. Die Vereine leisten hier schon wertvolle Arbeit. Wir wollen sie dabei unterstützen, mehr inklusive Projekte umzusetzen. Dafür müssen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund vermehrt besonders qualifizierte Übungsleiter*innen ausgebildet werden. Kooperationen zwischen den Vereinen bieten die Möglichkeit, Angebote gemeinsam bereitzustellen und Übungsleiter*innen zu teilen.

Wertevermittlung im Sport
Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt und kann Vorurteile abbauen. Insbesondere Sportvereine leisten hierzu einen großen Beitrag. Wir unterstützen daher Projekte, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt im Sport wenden wie z. B. stadtteilbezogene Veranstaltungen und Turniere, die alle Kinder unabhängig von Herkunft und sportlichem Können einladen.
Wir unterstützen die Arbeit des Fan-Projekts Dortmund. Dieses leistet u. a. in Form der politischen Jugendbildung am "Lernort Stadion" und durch interkulturelle Fußballturniere für Kinder/Jugendliche wie auch durch Besuche

von NS-Gedenkstätten einen für die Stadtgesellschaft insgesamt wichtigen Beitrag für Demokratie und Menschenrechte.

Bewegungsorientierte öffentliche Räume
Sport und Bewegung finden im gesamten städtischen Raum statt. Eine große Rolle spielen Räume, die nicht explizit für sportliche Betätigung erbaut wurden, wie z. B. Parkanlagen, Straßen und Wege. Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene müssen sich begegnen, spielen, toben, klettern und an der frischen Luft erholen können. Dafür wollen wir unter Beteiligung der Nutzer*innen und unter Einbeziehung der klimatischen Veränderungen geeignete Standorte festlegen. Skateparks, Bolzplätze, Boule-Bahnen und Basketballanlagen gehören für uns dabei ebenso zur Gestaltung des öffentlichen Raums wie Sportgeräte für Senior*innen. Bei der Planung neuer Quartiere setzten wir deshalb auf eine bewegungsorientierte Infrastruktur. Im Zuge der Umgestaltung unserer städtischen Parks setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeiten für den Freizeitsport zu verbessern, z. B. durch beleuchtete Joggingstrecken oder offene Kleinspielfelder. Und wir wollen, dass alle Sportanlagen sicher und schnell mit dem Rad zu erreichen sind.

7. 365 Tage im Jahr für Menschrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen Rechts

Viele Menschen in Dortmund engagieren sich tagtäglich für Vielfalt und Demokratie und für ein solidarisches Zusammenleben. Ob in unterschiedlichen Initiativen, Einrichtungen und Institutionen, ob in Schulen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien – die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wird an vielen Stellen an 365 Tagen im Jahr geführt. Und das aus guten Gründen. Dortmund ist keine Nazi-Hochburg. Aber Dortmund hat nach wie vor eine gewaltbereite Nazi-Szene, die bundes- und europaweit vernetzt ist und kommunal mit Einschüchterungen, Drohungen und Übergriffen arbeitet. Auch ihre Einbindung in die Planung des Mordes an Mehmet Kubasik durch den NSU ist noch immer nicht abschließend geklärt. Im Gegenteil morden rechte Extremist*innen weiterhin. Das zeigen die Beispiele in Halle, Kassel und Hanau. Viele Menschen auch in unserer Stadt erleben alltäglich Rassismus, Antisemitismus und Abwertung. Den Boden dafür bereiten die Rechtspopulisten der AFD und rechtsextreme Parteien in den Parlamenten, auch im Rat der Stadt Dortmund. Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit versuchen sie die Grenzen des Sagbaren nach Rechts zu verschieben.
Alledem stellen wir GRÜNE uns mit einem klaren Bekenntnis gegen Rassismus und Antisemitismus und für Vielfalt und Demokratie an vorderster Stelle entgegen.

Grün wählen für:

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
Der vor 10 Jahren auch auf Antrag der GRÜNEN erstmals erstellte Aktionsplan gegen Rechtsextremismus ist ein Erfolg. Seine sieben Handlungsfelder sind die Grundlage für die städtischen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Im Laufe der Jahre sind damit zahlreiche Aktivitäten der Stadtgesellschaft für Vielfalt und Demokratie gefördert worden. Zusätzlich sind neue Beratungsstellen und Unterstützungsangebote gegen Rechts entstanden. Wir setzen uns dafür ein, den Aktionsplan kontinuierlich weiter zu entwickeln. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Gruppen und Projekte in der Stadt in ihrem

Einsatz für Vielfalt und Demokratie unterstützt und gefördert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit für den Aktionsplan wollen wir ausweiten. Die dafür benötigten Mittel sind auch in den kommenden Jahren bereitzustellen und bei Bedarf auszuweiten.

Stärkung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
Die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiviert, berät, bündelt und vernetzt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz. Zusätzlich entwickelt sie partizipative Handlungsstrategien auf Basis des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus. Wir fordern, die Arbeit der Koordinierungsstelle weiter zu stärken, insbesondere auch die Funktion der Vernetzung von Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans.

Unterstützung der Ausstiegs- und Opferberatung
Wir unterstützen die Ausstiegs- und Opferberatung BackUp-ComeBack. ComeBack – You are not alone (CoBa-Yana) begleitet, berät und unterstützt Menschen, welche die rechtsextreme Szene verlassen möchten und entwickelt gemeinsam mit ihnen neue Lebensperspektiven. Backup bietet Beratung für Opfer rechter Gewalt, deren Freund*innen und Angehörige und unterstützt bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Wir werden die finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen dauerhaft absichern.

Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteure gegen Rechts
In Dortmund setzen sich unterschiedliche Arbeitskreise und Bündnisse gegen den Rechtsextremismus ein. Ihre jeweilige Arbeit und Sichtweise ist geprägt von der Geschichte der einzelnen Organisationen und der Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Wir unterstützen diese Bündnisse in ihren Aktionen, solange das Prinzip der Gewaltfreiheit gewährt ist. Wir engagieren uns aktiv für eine bessere Vernetzung der Bündnisse, um damit den Widerstand gegen die rechtsextreme Szene und ihre Aktionen zu stärken.
In verschiedenen Stadtteilen haben sich Organisationen, Vereine, Kirchen und Einzelpersonen zu Runden Tisch gegen Rechts zusammengeschlossen. Wir unterstützen diese Ansätze, sich direkt vor Ort gegen Rechtsextremismus einzusetzen und gemeinsam an Konzepten für Vielfalt und Demokratie zu arbeiten. Wir setzen uns dafür ein, in möglichst allen Stadtteilen derartige Runde Tische zu gründen und sie durch die Koordinierungsstelle zu unterstützen und zu vernetzen.

Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche
Der große Widerstand der Stadtgesellschaft im Herbst 2019 gegen die wöchentlichen Aufmärsche der Dortmunder Nazis hat mit dazu geführt, dass die Zahl der größeren rechtsextremen Aktionen in den folgenden Monaten zurückgegangen ist. Wir wollen Aufmärsche und Aktionen der Nazis mit allen rechtlichen Mittel verhindern. Wir unterstützen den Widerstand dagegen mit gewaltfreien Aktionen, insbesondere auch mit Sitzblockaden.
Wir begrüßen, wenn Polizei und Justiz gewalttätige Nazis konsequent verfolgen und verurteilen. Wir fordern aber auch, dass Gegendemonstranten geschützt und ihre Demonstrationen nicht unverhältnismäßig behindert werden.

Vollständige Aufklärung der NSU-Unterstützungsstrukturen
Unvergessen bleibt: Auch in Dortmund ist mit Mehmet Kubasik einer unserer Mitbürger vom NSU ermordet worden. Bis heute sind viele Zusammenhänge dieses

Mordes ebenso wenig geklärt wie die der Morde in anderen Städten. Ungeklärt ist auch, ob und welche Helfershelfer*innen der NSU bei seinem Mord in Dortmund hatte. Vieles deutet darauf hin, dass es sie gab und dass sie noch unter uns leben. Der bisherige NSU-Prozess war deshalb kein Schlussstrich. Wir fordern stattdessen die rückhaltlose Aufarbeitung des NSU-Terrors und die Aufdeckung der Verflechtungen mit der Nazi-Szene in Dortmund.

Bekämpfung des Institutionellen Rassismus
Betroffene erleben alltäglich Rassismus und Diskriminierung. Institutioneller Rassismus meint die strukturell bedingte systematische Herabsetzung und Benachteiligung sozialer Gruppen in Organisationen, Institutionen und Behörden. Dabei wird institutioneller Rassismus häufig geleugnet oder verharmlost. Für uns Grüne ist deshalb notwendig, eine breite Diskussion in Politik und Gesellschaft über institutionellen Rassismus zu führen. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass Konzeptionen für die Sensibilisierung und Weiterbildung der Beschäftigten in der kommunalen Verwaltung erarbeitet und umgesetzt werden. Auch das Land ist aufgefordert, das Thema in der Aus- und Weiterbildung der Polizeibeamt*innen zu verankern.

Konsequente Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD
Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei, deren Grenzen zum Rechtsextremismus fließend sind. Seit Jahren hetzen und agitieren viele ihre Mitglieder gegen Geflüchtete, Migrant*innen und People of Colour und relativieren den Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Die AfD ist eine der geistigen Wegbereiter*innen für die unzähligen Angriffe auf Geflüchtete und Zugewanderte und letztlich auch für die Morde in Halle, Kassel und Hanau. Im Rat und in den Ausschüssen ist das bestimmende Thema der AfD immer wieder die Hetze gegen Geflüchtete in Dortmund. Gleichzeitig will sie die Mittel für alles streichen, was eine offene, freie, pluralistische und demokratische Stadtgesellschaft ausmacht. Diesem Klima der Einschüchterung und Ausgrenzung stellen wir uns nicht nur entschieden entgegen. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD jedweder Art ab und fordern dies auch von den anderen demokratischen Parteien in Dortmund.

A6 A3: GRÜN IST… SOZIALE GERECHTIGKEIT!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

GRÜN IST… Soziale Gerechtigkeit
… wie wir sozialen Zusammenhalt, Fairness und Miteinander stärken wollen…

Inhalt

1. Wohnen und Stadtentwicklung
1.1 Wohnen muss bezahlbar sein
1.2 Grund und Boden sind Gemeingut
1.3 Lebenswertes Dortmund

2. Wohnungslosenhilfe

3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

4. Alt werden in Dortmund
4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen
4.2 Selbstbestimmt alt werden

5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

6. Hilfe für Menschen in Prostitution

7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innenrechte achten
7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken
7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund
7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

Ein Land und auch eine Stadt sind nur dann sozial, wenn sie eine selbstbestimmte Teilhabe für Alle ermöglichen und ihre Bürger*innen wirkungsvoll vor Armut schützen. Das ist unser GRÜNER Anspruch. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft und Stadt, in der alle dazu gehören und niemand ausgegrenzt wird. Die Realität sieht allerdings auch in Dortmund anders aus.

Im Februar dieses Jahres waren über 33.000 Personen arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenquote lag bei 10,5 Prozent. Insgesamt leben ca. 90.000 Menschen in sogenannten Bedarfsgemeinschaften und bekommen Leistungen nach SGB II (Hartz IV) oder Sozialgeld – unter ihnen auch viele Kinder und Alleinerziehende. Dazu kommen ca. 15.000 sogenannte Aufstocker*innen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht leben können und ergänzende Sozialleistungen erhalten. Der gesetzliche Mindestlohn hat an dieser Situation wenig geändert, weil er zu niedrig ist, um die Menschen von Transferleistungen unabhängig zu machen; dies gilt insbesondere für Familien mit mehreren Kindern. Und: Immer mehr Menschen in Dortmund sind neben ihren Altersbezügen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Zahl der Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter stieg innerhalb von zehn Jahren um 43 Prozent und liegt inzwischen ebenfalls bei ca. 15.000 Menschen.

Damit gehört Dortmund nach den Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu den zehn Regionen mit der höchsten Armutsquote: In Dortmund liegt sie konstant bei gut 20 %. Der Sozialbericht 2018 betrachtet die soziale Lage in Dortmund nach Kriterien wie Höhe des Einkommens, Bildungschancen der Kinder, Teilhabe am

Arbeitsmarkt, Wohnsituation, Gesundheit und macht deutlich: Die soziale Ungleichheit ist in bestimmten Sozialräumen sehr groß. Damit können und wollen wir uns nicht zufriedengeben. Der Bericht zur sozialen Lage muss kontinuierlich fortgeschrieben werden und die Grundlage für entsprechende Konzepte zur Armutsbekämpfung sein, die mit anderen Prozessen wie etwa der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie abstimmt werden.

Als GRÜNE wissen wir: Es kann keine ökologische Nachhaltigkeit geben ohne eine soziale Nachhaltigkeit. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Ob in der Kinderbetreuung und in der Schulpolitik, ob bei der Politik für Senior*innen, in der Arbeitsmarktpolitik oder beim bezahlbaren Wohnen – an vielen Stellen unseres Programms finden sich deshalb Vorschläge, um die soziale Situation vieler Dortmunder*innen zu verbessern.

1. Wohnen und Stadtentwicklung

1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

Dortmund wächst. Die Bevölkerungszahl erhöhte sich seit 2014 um rund 13.300 Personen. Der Wohnungsmarkt kommt trotz vieler Neubauten mit diesem stetigen Zuwachs nicht mit. Folge: Die Wohnkosten steigen, Wohnraum für Menschen mit geringem und normalem Einkommen ist zur Mangelware geworden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete stieg seit 2014 um insgesamt 20 Prozent auf aktuell 7,00 €/qm (2019) im Mittel. Bei neu gebauten Wohnungen lag der Mittelwert im Jahr 2019 schon bei 10,50 €/qm. Nur noch 7,5 Prozent des gesamten Dortmunder Wohnungsbestands waren im Jahr 2018 geförderte Wohnungen – und die Entwicklung ist weiterhin rückläufig. Gleichzeitig aber steigt die Zahl der Haushalte, die auf eine Unterstützung durch das Wohnungsamt angewiesen sind. 2018 waren insgesamt 5.000 Haushalte anspruchsberechtigt, rund 2.000 davon standen auf der Warteliste für eine öffentlich geförderte Wohnung.
Alle Dortmunder*innen sollen eine gute Wohnung finden und sich diese Wohnung auch leisten können. Das heißt auch, dass für den Durchschnittshaushalt die Miete nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen sollte. Für alle Dortmunder*innen müssen ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen, die barrierefrei und bezahlbar sind.

Grün wählen für:

Der Anteil von geförderten Wohnungen in jedem Neubaugebiet soll auf mindestens 30 Prozent erhöht werden.
Seit dem Ratsbeschluss vom 10. April 2014 gibt es eine Regelung, die festlegt, dass in jedem Baugebiet mindestens 25 Prozent der entstehenden Wohneinheiten öffentlich geförderte Mietwohnungen sein müssen. Diese Quote reicht aufgrund der steigenden Nachfrage und der wachsenden Bevölkerung heute nicht mehr aus und muss an die neuen Entwicklungen angepasst werden.
In jedem Neubaugebiet sollen mindestens 10 Prozent der Wohnungen im sog. preisgedämpften Segment, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Angebotsmiete und Sozialmiete angeboten werden. Es gibt viele Dortmunder*innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die die durchschnittliche Neubaumiete von 10,50 €/qm in Dortmund nicht aufbringen können. Deshalb muss in den Bebauungsplänen zukünftig festgesetzt werden, dass ein Mindestanteil an Wohnungen für Preise zwischen 6 und 9 €/qm vermietet wird. Eine Sicherung der Quotierung erfolgt zum Beispiel über einen städtebaulichen Vertrag.

Bewahren gewachsener Quartiere durch eine soziale Erhaltungssatzung bzw. Milieuschutzsatzung

Bei zunehmendem Wohnungsmangel findet verstärkt eine bauliche Aufwertung von meist innenstadtnahen Wohngebieten statt. Das ist ein positiver Prozess, solange er nicht zur Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen mit niedrigem Einkommen durch eine neue, finanzkräftige Bevölkerung führt und das Viertel seine soziale Struktur komplett verändert. Durch den Erlass sozialer Erhaltungssatzungen kann die Gefahr der Verdrängung durch Umwandlung in Eigentumswohnungen und Luxusmodernisierungen verringert werden. Zudem kann die Stadt Vorkaufsrechte geltend machen und bebaute oder unbebaute Grundstücke selbst kaufen, um Immobilienspekulationen vorzubeugen. Und sie kann verhindern, dass bisher günstige Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Nach dem Vorbild der Stadt Leipzig sollte zudem die gesamte Stadt Dortmund hinsichtlich von Verdrängung bedrohter Stadtteile und Quartiere untersucht werden.

Förderung von Investitionen im Bestand

Die Stadt Dortmund setzt bei ihren eigenen Liegenschaften hohe Standards bezüglich der Energieeffizienz. Der größte Teil der Gebäude in Dortmund, insbesondere der Wohngebäude, ist jedoch in privater Hand. Für viele Menschen sind gerade die Heizkosten eine enorme Belastung. Diese können durch eine energetische Sanierung deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig bringt eine solche Sanierung viel für den Klimaschutz. Wir wollen, dass die Kosten dafür auch über zusätzliche städtische Fördergelder abgefedert werden, statt über eine Umlage allein von den Mieter*innen finanziert. Ein entsprechendes kommunales Förderprogramm schafft zudem einen zusätzlichen Investitionsanreiz.
Für die Mieter*innen der städtischen Wohnbaugesellschaft Dogewo21 sollen sich Mieterhöhungen aufgrund energetischer Modernisierungen und die sich daraus ergebende Energieeinsparung finanziell ausgleichen.

Verstärkter Bau von geförderten Wohnungen durch Dogewo21 bzw. die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG)

Wohnen ist ein Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge der Stadt. Sie muss durch ihre stadteigene Wohnungsbaugesellschaft dafür Sorge tragen, den Wohnungsmarkt zu entspannen. Dies wird durch den verstärkten Bau von geförderten Wohnungen durch die Stadt erreicht. Dafür muss die Dogewo21 in die Pflicht genommen werden. Dazu gehört auch der strategische Ankauf von Wohnungsbeständen in problematischen Lagen.
Das Ziel ist es, über Dogewo 21 bzw. die DSG in der kommenden Wahlperiode jährlich rund 500 geförderte Wohnungen für alle Generationen und Zielgruppen vom Einpersonenhaushalt bis zu Familien mit Kindern zu errichten. Hierfür sind geeignete Grundstücke an Dogewo21 bzw. DSG zu übertragen und Baurecht zu schaffen.

Begrenzung der Mietenentwicklung

Die Leerstandsquote in Dortmund hat sich in den letzten 15 Jahren halbiert. Während sie im Jahr 2004 noch bei über 4 Prozent lag, betrug sie Ende 2018 nur noch 2 Prozent. Manche Stadtteile erreichen mit einer Quote von 1 Prozent de facto Vollvermietung. Diese Entwicklung zeigt, dass auch in Dortmund Instrumente zur Mietbegrenzung nötig sind. Auf Landesebene machen wir uns deshalb dafür stark, dass Kappungsgrenzen, Mietendeckel und Mietpreisbremse auch in NRW zum Schutz für Mieter*innen eingeführt werden.

Wohnen als Grundrecht
In Dortmund gibt es verschiedene Gruppen von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, eine eigene Wohnung zur finden. Wir wollen allen Einheimischen und Zugezogenen ermöglichen, selbstbestimmte Mieter*innen zu sein. Die Betroffenen benötigen – neben der städtischen Wohnungslosenhilfe – Unterstützung und Hilfe ohne große Hürden. Wir unterstützen deshalb Konzepte wie Housing First, die Wohnungslosigkeit direkt beenden und flexible wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt anbieten.
Menschen, die ALG II, Grundsicherung oder Sozialgeld beziehen, erhalten bei der Berechnung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft einen Klimabonus für energetisch sanierte Wohnungen, angelehnt an die Zuschläge des Mietspiegels.

Barrierefreies Wohnen
Wir unterstützen den (Um-)Bau von barrierefreien und altersgerechten Wohnungen. Dabei wollen wir Wohnungseigentümer*innen von den Vorzügen barrierearmer und -freier Wohnungen überzeugen. In städtebaulichen Wettbewerben sollen barrierefreie Wohnungen eingefordert und bevorzugt werden.

1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

Der Rat hat 2018 auf GRÜNE Initiative die Erarbeitung von Grundsätzen für die Vergabe städtischer Grundstücke verabschiedet. Dazu gehört, dass in Dortmund Baugrundstücke zukünftig über sog. Konzeptverfahren vergeben werden: Nicht allein der Preis ist das entscheidende Kriterium für die Grundstücksvergabe, sondern es fließen auch Kriterien wie zum Beispiel ein Mobilitätskonzept für die künftigen Bewohner*innen, eine klimafreundliche Energieversorgung usw. in die Entscheidung für einen Investor ein. Bei Konzeptverfahren werden außerdem der Anteil geförderten Wohnraums (über die verpflichtende 25-Prozent-Quote hinaus) und verlängerte Bindungsfristen (über die 20 bzw. 25 Jahre hinaus gemäß den aktuellen Förderbestimmungen) berücksichtigt.
Um die künftige Stadtentwicklung ökologisch und nachhaltig steuern zu können, muss die Stadt Eigentümerin des kommunalen Grund und Bodens bleiben und in die Lage versetzt werden, auch Grundstücke dazuzukaufen.

Grün wählen für:

In der öffentlichen Hand Halten städtischer Grundstücke
Städtische Grundstücke sollen nicht mehr verkauft, sondern durch Erbpacht in der öffentlichen Hand gehalten werden. Durch die Vergabe von Erbbaurechten wird die Stadt Dortmund in die Lage versetzt, im Sinne des Gemeinwohls aktiv und steuernd Einfluss zu nehmen auf den Bodenmarkt und seine (städtebauliche) Entwicklung. Denn nach Ablauf des Erbbaurechts fällt das Grundstück wieder an die Stadt zurück und die Stadt kann die weitere Nutzung an den aktuellen Bedarf anpassen. Dies gilt auch für Gewerbeflächen.
Grundstücksvergaben in Erbpacht erhalten nicht nur das kommunale Grundvermögen, sondern durch den Erbbauzins wird auch eine dauerhafte Einnahme erzielt. Das Erbbaurecht kann einen sinnvollen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zur nachhaltigen Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum leisten, indem zum Beispiel für geförderte Wohnungen geringere Erbpachtzinsen und/oder reduzierte Verkehrswerte gemäß Gemeindeordnung angesetzt und längere Bindungsfristen vereinbart werden.

Verhinderung von Bodenspekulation
Gemeinwohl vor Rendite ist unsere Forderung für die städtische Boden- und

Wohnungspolitik. Bauland und Wohnungen dürfen nicht zu Spekulationsobjekten werden. Dagegen können Vorkaufsrechte (zum Beispiel über Bauleitplanung, Sanierungsgebiete und Milieuschutzgebiete) helfen, die sowohl für die Stadt als auch für Genossenschaften festgelegt werden.
Unser Ziel ist es, den Bestand von Wohnungen und Boden im Besitz der öffentlichen Hand mit einer aktiven Ankaufstrategie zu vergrößern. Dazu gehört auch die Verankerung eines kommunalen Vorkaufsrechts für ganze Stadtgebiete (Gebiete mit sozialer Erhaltungssatzung). Akteur*innen wie Genossenschaften oder Stiftungen, die gemeinwohlorientiert handeln, sollen diese kommunale Strategie ergänzen.

Vereinbarungen mit Eigentümer*innen / Investor*innen zu einer nachhaltigen und sozialen Quartiersentwicklung
Um die Stadt und die Quartiere nachhaltig und sozial zu entwickeln, braucht Dortmund die Zusammenarbeit mit engagierten Investor*innen. Über städtebauliche Verträge und Konzeptvergaben wird erreicht, dass – neben dem Kaufpreis – noch weitere Kriterien eine entscheidende Rolle spielen: die Verbesserung des Angebots von Wohnraum im unteren Preissegment, die Förderung alternativer Mobilität (zum Beispiel mit Carsharing-Angeboten, E-Ladestationen, gesicherten Abstellflächen für Fahrräder, Stellflächen für Lastenräder usw.), Quartierskonzepte, Entwicklung des Mikroklimas sowie ökologisches Bauen.

Effizientere Bodennutzung durch flächensparendes Bauen
In der Innenstadt sind die Flächen für den Wohnungsbau begrenzt. In zentralen Neubaugebieten haben Mietgeschosswohnungen deshalb für uns eindeutig Vorrang vor Einfamilienhäusern. Um mit wenig Flächenverbrauch mehr Wohnungen bauen zu können, halten wir sowohl den Ausbau von Dachgeschossen als auch eine höhere Geschossigkeit bei Neubauten für sinnvoll. Angesichts des mit zunehmendem Wachstum immer kostbarer werdenden Bodens wird Dortmund in Zukunft nach oben wachsen müssen. Grüne Hochhäuser, die Arbeiten und Wohnen vereinbaren, können im Innenstadtbereich entstehen. Die „doppelte Innenentwicklung", das heißt die Qualifizierung und Erweiterung von Grün- und Freiflächen, der Erhalt von Frischluftbahnen oder von mikroklimatisch wirksamem Grün ist für uns dabei eine entscheidende Voraussetzung. Das heißt aber auch, dass in Konfliktfällen immer wieder individuell zwischen Nachverdichtung und Erhalt von Grün- und Freiflächen abgewogen werden muss.

Flächenkreislaufwirtschaft: Wiederverwerten von Flächen, statt Versiegelung neuer Flächen
Wir wollen in Dortmund nach Möglichkeit keine neuen Flächen versiegeln. Die Umnutzung und Wiederverwertung bereits erschlossener Grundstücke und die Aktivierung brachliegender Flächen hat absoluten Vorrang vor einer Neuausweisung – sowohl für Baugebiete als auch für Gewerbeflächen.

Effizientere Bodennutzung durch Überbauung von Stellplatz- und Handelsflächen
In Dortmund wird für Supermärkte künftig der mehrgeschossige Bau mit Büros und/oder Wohnungen in den oberen Stockwerken zum Standard. Um weitere schon versiegelte Flächen besser zu nutzen, sollen auch bestehende Stellplatzflächen entsprechend überbaut werden.

Bedarfsgerechte Verteilung des bestehenden Wohnangebots
Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes wollen wir Möglichkeiten schaffen, dass Wohnungen freiwillig, zum vergleichbaren Quadratmeterpreis und möglichst im

Quartier getauscht werden können. Wohnungstauschbörsen beim Wohnungsamt oder bei den Wohnungsbaugesellschaften können helfen, die passenden Wohnungen für die jeweilige Lebenslage zu finden. Lösungsansätze bietet das „Frankfurter Programm zum Wohnungstausch", das auf den festgelegten Mietpreisen im geförderten Wohnungsbau aufsetzt. Auch Vereinbarungen der Stadt mit der Dogewo21 und den großen Wohnbaugesellschaften sind möglich.

Stärkere Förderung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften
Genossenschaftliches Wohnen und Baugemeinschaften zeichnen sich durch Solidarität und gemeinsame Verantwortung aus. So kann nicht nur preiswerter Wohnraum geschaffen werden, sondern es werden auch Chancen für kreatives, vielfältiges und buntes Wohnen und Leben eröffnet. Das hilft, sowohl die soziale Balance in den Quartieren der Stadt zu erhalten als auch die gesellschaftliche Vielfalt zu stärken. Schon jetzt werden auf GRÜNE Initiative hin 10 Prozent der Grundstücksfläche in Neubaugebieten für solche Projekte vorgehalten. Diesen Anteil gilt es zu verdoppeln und zur Verfügung stehende Grundstücke primär genossenschaftlichen, gemeinschafts- und gemeinwohlorientierten Baugemeinschaften anzubieten.
Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass die Stadt durch die Gewährung zinsloser Darlehen auch einkommensschwächeren Haushalten den Eintritt in eine Wohnbaugenossenschaft ermöglicht.

1.3 Lebenswertes Dortmund

Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab. Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen sowie der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe Gestaltung von Wasserläufen ein. Damit schaffen wir die Grundlagen für Artenvielfalt auch im städtischen Raum. Wir sorgen für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben auch den Schutz des Klimas im Blick.
Das Konzept der „autogerechten Stadt" muss abgelöst werden durch das Ziel der „menschengerechten Stadt". Eine dichtere und urbanere Stadt kann nur mit weniger Autoverkehr und höherer Aufenthaltsqualität des Stadtraums funktionieren.
Entscheidend für unsere dynamische Stadt ist es, den öffentlich nutzbaren Raum zu erhalten und ihn zum Bewegungsraum weiterzuentwickeln.
Ziel GRÜNER Politik ist eine Stadt, deren Gestaltung sich an der Gesamtheit der Lebensbedürfnisse der Menschen orientiert statt den Verkehrsfluss der Autos und entsprechende Abstellmöglichkeiten zum alleinigen Maßstab zu machen.
Lebensqualität bedeutet vor allem: weniger Autoverkehr, mehr Ruhe, mehr Freiräume, Parks und Seen, Schatten spendende Bäume, begrünte Dächer und eine sozial durchmischte Stadt ohne abgeschottete Wohnviertel – weder für die Armen noch für die Reichen. Eine GRÜNE Stadt ist kein Selbstzweck. Es geht zuallererst darum, das Leben im Sinne der Menschen zu verbessern, und zwar vor allem für die einkommensschwächeren Dortmunder*innen, die oft diejenigen sind, die beispielsweise an lauten Straßen mit hoher Luftverschmutzung leben müssen. Sie sind auf eine soziale und ökologische Weiterentwicklung der Stadt besonders angewiesen.

Grün wählen für:

Am Gemeinwohl ausgerichtete Quartiersentwicklung
Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere muss der gemeinwohlorientierte Bedarf

des umliegenden Stadtteils stärker berücksichtigt werden: Beispiele sind ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot, soziale Einrichtungen wie Kitas, Begegnungszentren und Pflegeeinrichtungen sowie eine wohnungsnahe Einzelhandelsversorgung. Wir wollen Nutzungsmöglichkeiten und Einrichtungen schaffen, die eine kostenfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und einem guten Quartiersmanagement wollen wir den Einzelhandel stärken und Leerstände insbesondere in den Stadtteilzentren verhindern.

Beteiligung der Menschen vor Ort bei Planungsprozessen
Die Entwicklung großer Areale in der Stadt ist nicht allein Thema von Stadtverwaltung und Investor*innen. Die Menschen vor Ort müssen auf Augenhöhe und frühzeitig in Planungsprozesse als legitime Kooperationspartner*innen in die Stadtentwicklung einbezogen werden. Es gibt viele Initiativen, die sich mit viel Know-how bei der Entwicklung zum Beispiel des Hafenquartiers, des ehemaligen HSP-Geländes oder der Nordfläche am Hauptbahnhof einsetzen.
Wir wollen die Bürger*innen an städteplanerischen Entwicklungen beteiligen und ihre Anregungen in die weiteren Planungen einfließen lassen – mit der Option, dass sich Pläne auch ändern können.
Wir wollen, dass Bestandserhalt ernst genommen wird und kreative Gestaltungs- und Umnutzungsideen entwickelt werden. Die Einbindung von Baugruppen, die Bereitstellung von Räumen für Gemeinschaftsnutzungen sowie Experimentier- und Freiräume sind wichtige Bestandteile einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. Akteur*innen, die einen sozialen und kulturellen Mehrwert für die Nachbarschaft und Stadtgesellschaft leisten, haben für uns den gleichen Stellenwert wie wirtschaftliche Akteur*innen.

Schaffen öffentlicher Räume
Für uns GRÜNE ist die Erweiterung, Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raums eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Teilhabe und Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern. Hinter dem Begriff „öffentlicher Raum“ verbergen sich nicht nur Parks und öffentliche Plätze.
Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer Schicht und Alter zueinander. Wir wollen Angebote schaffen, die es den Menschen ohne Hürden möglich machen, zusammenzukommen, sich kennenzulernen, Kontakte zu pflegen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.
Nicht zuletzt ist der öffentliche Raum ein wichtiger Ort des politischen Diskurses. Dafür wollen wir Orts- und Stadtteilzentren stärken, eine Stadt der kurzen Wege bieten. Wir wollen im öffentlichen Raum eine hohe Aufenthaltsqualität für alle schaffen: mit Grün und Wasser, guten Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen, Veranstaltungsflächen, Kunst, Trinkbrunnen, Toiletten, Foodsharing-Stationen, Bücherschränken und mehr. Angebote zum kostenlosen und angenehmen Aufenthalt in der Öffentlichkeit sind eine Investition in eine lebendige und gerechte Gemeinschaft, ein wichtiger Beitrag zu Inklusion und Teilhabe.

Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum
Senior*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich sicher und selbstständig in der Stadt bewegen können. Ein barrierefreier öffentlicher Raum mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt Senior*innen und Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu versorgen und zugleich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgänger*innen und Radverkehr
Öffentlicher Raum ist ein Gemeingut und sollte gleichermaßen für alle zugänglich sein. Doch ein großer Teil der Fläche ist derzeit den Autos – fahrenden oder parkenden – vorbehalten. Damit hat sich der Stadtraum vom Bewegungs- und Aufenthaltsraum zu einem Raum für den motorisierten Verkehr entwickelt.
Wir setzen uns dafür ein, dass der Straßenraum wieder zum Raum für den Menschen wird und allen Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt zur Verfügung steht. Er soll zur Begegnungszone nach Schweizer Vorbild werden – attraktiver und sicherer für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Auch wenn es derzeit in Deutschland noch keine rechtliche Grundlage für Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild gibt (eine Begegnungszone ist eine Form der Verkehrsberuhigung, in der Fußgänger*innen Vorrang vor Fahrzeugen haben), wollen wir bei der zukünftigen Stadt- und Straßenplanung den Menschen mit all seinen Mobilitätsbedürfnissen und nicht nur das Auto vorrangig in den Blick nehmen (s. auch Kapitel Mobilität).

Verminderung von Lärm
Lärm beeinflusst nicht nur die Lebensqualität, sondern wirkt sich auch auf die Gesundheit aus. Der Lärmaktionsplan der Stadt muss kontinuierlich weiterentwickelt werden und dazu beitragen, besonders verlärmte Orte vor allem an verkehrsreichen Straßen konsequent zu beruhigen – unter anderem durch die Reduzierung von Geschwindigkeit und Verkehrsaufkommen.
Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h müssen die Regel sein (s. auch Kapitel Mobilität). Dazu gehört auch, dass eine Straße wie die OW IIIa bzw. L 663 n, die eine der letzten großen Ruhezonen in Dortmund durchschneiden würde, nicht weitergebaut wird.
Auch der Dortmunder Flughafen belastet die Anwohner*innen mit zusätzlichem Lärm. Deshalb lehnen wir die Verlängerung der Start- und Landebahn sowie jegliche Aufweichung des Nachtflugverbotes ab. Langfristig fordern wir den Rückbau des Flughafens (s. auch Kapitel Mobilität).

Förderung von nachhaltigem Bauen
Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig herrscht in Dortmund ein Bauboom. Für uns bedeutet das, klimaneutrales und nachhaltiges Bauen nach anerkannten Zertifizierungssystemen zu fordern und zu fördern.
Die Bewertung der Klimaneutralität muss zukünftig bei kommunalen Bauvorhaben obligatorisch sein. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Die Stadt Dortmund sollte die Anwendung des BNB für städtische Bauvorhaben einführen und damit ihrer Vorbildrolle gerecht werden. Auf Landes- und Bundesebene machen wir uns für entsprechende Förderprogramme im kommunalen Sektor stark.
Um nachhaltiges Bauen nach anerkannten Bewertungs- und Zertifizierungssystemen auch in der Privatwirtschaft anzuregen, könnten Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen.

2. Wohnungslosenhilfe

Wie viele Menschen in Dortmund obdach- und wohnungslos sind, weiß niemand so genau. Fakt ist: Es sind viele Hundert, die Zahl liegt höher als offiziell bekannt und sie steigt weiter. Das zeigen die Zahlen der Besucher*innen bei der Wohnungslosen-Initiative Gast-Haus e.V., bei der Kanaa-Suppenküche sowie in der Männer- und in der Frauenübernachtungsstelle. Dazu kommen viele Menschen, die akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. All das ist auch Ausdruck der

grundsätzlichen Armut vieler Menschen in der Stadt. Das im Jahr 2018 verabschiedete Konzept zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe beinhaltet vor allem bereits bestehende Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen und entwickelt sie quantitativ weiter. Wir fordern zusätzlich eine qualitative Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe.

Grün wählen für:

Keine Verdrängung obdachloser Menschen
Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit gehören auch in Dortmund zur gesellschaftlichen Realität und zum Stadtbild. Eine Verdrängung obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ebenso ab wie Ordnungsgelder für den Aufenthalt auf der Straße. Statt einer Bestrafung Obdachloser für ihre Obdachlosigkeit setzen wir uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Hilfsangebote ein.

Weiterentwicklung von Männer- und Frauenübernachtungsstellen
Sowohl die Männer- als auch die Frauenübernachtungsstelle sind erneuert und erweitert worden. Dabei werden konzeptionell auch Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten angeboten. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die vorhandenen Plätze perspektivisch nicht reichen werden. Zusätzlich fehlen Plätze für obdachlose Paare oder auch für obdachlose Menschen mit Hunden. Wir setzen uns dafür ein, bei Bedarf erweiterte Angebote zu schaffen. Der Zugang zu sogenannten Übernachtungsscheinen durch das Jobcenter oder das Sozialamt, um kostenfreie Übernachtungen zu ermöglichen, soll erleichtert werden. Nicht-Dortmunder*innen und EU-Zugewanderte können die Übernachtungsstellen nur eine Nacht nutzen, wenn sie nicht selbst zahlen. Das bedeutet einen faktischen Ausschluss dieser Gruppen von warmen und sicheren Übernachtungsmöglichkeiten. Das wollen wir ändern.

Nothilfeprogramm im Winter
Wir wollen die Hilfen für obdachlose und wohnungslose Menschen im Winter verbessern. Bereits in den letzten Jahren kam es teilweise zu lebensbedrohlichen Situationen, wenn Menschen im Freien übernachtet haben. Eine Öffnung der U-Bahnhöfe ist bis jetzt immer wieder abgelehnt worden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es ein schlüssiges Nothilfeprogramm für die Wintermonate gibt.

Mitternachtsbus
Seit vielen Jahren fordern wir einen Wärme- oder Mitternachtsbus, der obdach- und wohnungslose Menschen ohne Übernachtungsplatz versorgt und ihnen unbürokratische Überlebenshilfen bietet. Seit Ende 2018 gibt es einen Bus, der vom Malteser Hilfsdienst Dortmund, der Katholischen Stadtkirche Dortmund und der Katholischen St.-Johannes-Gesellschaft organisiert wird. Der Bus versorgt mehrmals in der Woche abends in der Innenstadt obdach- und wohnungslose Menschen mit Tee, Kaffee und heißer Suppe, mit Hygieneartikeln, warmer Kleidung und Schlafsäcken. Jeden Abend werden damit bis zu 100 Menschen erreicht, versorgt und unterstützt. Der Betrieb läuft ausschließlich über Ehrenamtliche und wurde bisher ausschließlich aus Spendenmitteln finanziert. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion wird der Bus ab 2020 mit 10.000 Euro jährlich unterstützt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bus perspektivisch ganzjährig fährt und ein fester Bestandteil der Notfallhilfen für obdach- und wohnungslose Menschen wird.

Nothilfeprogramm für EU-Zuwander*innen
Ein großer Teil der Zuwander*innen aus Südosteuropa ist zunehmend von Armut und

Verelendung betroffen oder bedroht, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennungs des Hilfsbedarfs nicht erfüllen. Viele sind obdachlos oder leben in prekären Wohnverhältnissen. Sie besitzen weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch einen Krankenversicherungsschutz und sind größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen ausgeschlossen. So ist zum Beispiel eine Versorgung mit Lebensmitteln bei der Dortmunder Tafel an die Voraussetzung geknüpft, dass für den Erhalt eines Tafelausweises die Bedürftigkeit mit einem amtlichen Bescheid über den Bezug von Sozialleistungen nachgewiesen wird. Diesen Bescheid haben aber viele der Zuwander*innen nicht. Für die betroffenen Menschen bleiben im Fall der Bedürftigkeit meist nur die offenen Tagestreffs, Suppenküchen oder Notfallambulanzen, wo ihnen unabhängig von ihren rechtlichen Ansprüchen geholfen wird. Ein eigenständiges niedrigschwelliges Konzept bzw. Nothilfeprogramm zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen gibt es bis heute nicht. Wir wollen, dass ein solches Konzept erstellt wird, das sich an den konkreten Lebenslagen orientiert. Bestandteil eines solchen Programms muss insbesondere die medizinische Versorgung sein.

Stärken vorhandener Tagesaufenthalte – Schaffen dezentraler Tagesaufenthalte
Die vorhandenen Tagesaufenthalte wollen wir stärken und auch mit kommunalen Mitteln absichern. Notwendig sind aber aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Zahlen wohnungsloser Menschen mehr kleine dezentrale Möglichkeiten des Tagesaufenthalts – vor allem auch für die zunehmende Zahl jugendlicher Obdachloser. In den Einrichtungen sind insbesondere Möglichkeiten des Waschens und der Körperhygiene zu schaffen.

Housing First
Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts haben Menschen in prekären Lebenslagen Probleme, adäquate Wohnungen zu finden. Das gilt besonders für bisher Obdach- und Wohnungslose. Das Housing-First Konzept beendet Wohnungslosigkeit unmittelbar und bietet flexible wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt an. Dabei besteht von Anfang an ein normales, unbefristetes Mietverhältnis mit allen Rechten und Pflichten. Das ist ein entscheidender Unterschied zum derzeit praktizierten System, in dem Betroffene ihre „Wohnfähigkeit“ zunächst unter Beweis stellen müssen. Wir setzen uns dafür ein, das Konzept des Housing First in Dortmund einzuführen.

3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

Der ökologische Umbau, die Digitalisierung und der technologische Wandel in der Arbeitswelt setzen viele Arbeitsplätze unter Veränderungsdruck. Dortmund hat eine lange Geschichte des Strukturwandels hinter sich. In den letzten Jahren konnte gemeinsam mit vielen arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen, darunter die lokale Wirtschaft, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und viele Beschäftigungsträger, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit deutlich verringert werden. Die Stadt Dortmund soll ihren Einsatz für nachhaltige Beschäftigung und gute Arbeit weiter verstärken.

Grün wählen für:

Strategien für die Teilhabe am Arbeitsmarkt
Trotz der Bemühungen der Stadt sind immer noch viele Menschen in Dortmund langzeitarbeitslos und mit ihren Familien und Angehörigen von Leistungen des Staates abhängig. Im Januar dieses Jahres waren es noch über 83.000 in über 42.000 Bedarfsgemeinschaften.

Das Job Center unterstützt bereits Arbeitgeber*innen, die Langzeitarbeitslose über das Teilhabechancengesetz des Bundes in den ersten Arbeitsmarkt eingliedern. Darüber hinaus brauchen wir für Menschen, die langzeitarbeitslos sind und absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, einen öffentlichen geförderten sozialen Arbeitsmarkt, der eine verlässliche Perspektive eröffnet. Dazu müssen nicht nur befristete, sondern auch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dafür setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene ein.
Dortmund hat in den letzten Jahren eigene finanzielle Mittel aufgebracht, um Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln über Projekte vor Ort effektiv und nachhaltig zu verringern. Diese Kommunale Arbeitsmarktstrategie werden wir weiter unterstützen. Statt Arbeitslosigkeit zu verfestigen, wollen wir Teilhabechancen schaffen und die soziale und ökologische Infrastruktur in den Quartieren der Stadt stärken.

Integration von geflüchteten Menschen durch und in Arbeit
Die Integration von zu uns geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine besondere Herausforderung. Klar ist, dass eine echte Integration nur gelingen kann, wenn ein eigenes Einkommen ein eigenständiges Leben und eine Lebensperspektive ermöglicht. Wir setzen uns weiterhin für eine Integration der geflüchteten Menschen in den Dortmunder Arbeitsmarkt ein. Im Rahmen der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie müssen alle arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen entsprechende Schwerpunkte wie zum Beispiel Qualifizierungsangebote, Sprachkurse etc. setzen. Mit der Integration begegnen wir erfolgreich dem zunehmenden Fachkräftemangel bei Dortmunder Unternehmen und Handwerksbetrieben.

Perspektiven für junge Menschen
Die Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Arbeit ist in Dortmund immer noch viel zu hoch. Allein im Januar dieses Jahres waren 2849 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Job. Wer sein Erwerbsleben mit einer Phase der Arbeitslosigkeit und verbunden damit auch mit Perspektivlosigkeit beginnt, hat schlechtere Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Die Grundlagen für einen guten Start ins Erwerbsleben werden schon früh in der Schule gelegt. Ein Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Projekte, die Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen, fördern.

Qualifizierung als Schlüssel zur Beschäftigung
Eine zentrale Rolle für die Überwindung von Arbeitslosigkeit spielt die Qualifizierung insbesondere von langzeitarbeitslosen Menschen. Dabei müssen sich die Lerninhalte und Lernformen den unterschiedlichen Vorkenntnissen und Bedürfnissen der Menschen anpassen: Manche benötigen berufliches Basiswissen, andere brauchen eine gezielte Weiterbildung in ihrem Beruf. Dabei gilt es insbesondere, die digitale Spaltung zwischen Menschen, die die Technik beherrschen, und denen, die sie nicht beherrschen, zu verhindern. Nicht jede Qualifizierung ist für alle Arbeitslosen geeignet und notwendig. Deshalb müssen die Angebote die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitslosen berücksichtigen; sie müssen zudem nachhaltig in dem Sinne sein, dass sie die Chancen auf einen existenzsichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gewähren. Projekte und Initiativen, die nachhaltige und an den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen orientierte Angebote machen, unterstützen wir.

Leistungen des Dortmund-Passes ausweiten
Mit dem Dortmund-Pass erhalten Menschen, die Sozialleistungen beziehen, ermäßigten Eintritt für städtische Freizeit- und Kulturangebote. Wir wollen den Kreis der Anspruchsberechtigten ausweiten auf Bürger*innen mit geringem Einkommen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Leistungen des Dortmund-Passes analog zu den Vergünstigungen durch die Ehrenamtskarte zu erweitern.

4. Alt werden in Dortmund

Auch in Dortmund werden viele Menschen immer älter. Unser Ziel ist es, dass sie dabei so lange wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv sein können. Die meisten Menschen möchten auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und am alltäglichen Leben teilhaben. Deshalb braucht es kurze Wege und Hilfen vor Ort. Dazu gehören eine gute Nahversorgung, ein guter und preiswerter öffentlicher Nahverkehr, eine ausreichende Gesundheitsversorgung sowie gut erreichbare und gut ausgestattete Begegnungs- und Beratungsstellen. Mit ihren Lebenserfahrungen, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten bereichern Senior*innen unsere Stadtgesellschaft. Wir wollen deshalb die Teilhabe älterer Menschen ermöglichen und unterstützen, unabhängig davon, wie viel Geld sie haben, wie es um ihre Gesundheit bestellt ist oder welche Sprache sie sprechen.

4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior*innen

Wir GRÜNE stehen für ein inklusives Dortmund. Wir stehen für eine Stadt, in der Chancengleichheit, gerechte Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen sicherzustellen sind. Für uns ist Inklusion eine Querschnittaufgabe, die alle Lebensbereiche berührt, insbesondere auch die der älteren Menschen.

Grün wählen für:

Inklusives Dortmund – Teilhabe und Barrierefreiheit
Teilhabe braucht unabdingbar ein entsprechendes barrierefreies Wohnumfeld, das allen zugutekommt. Wir setzen uns außerdem ein für den weiteren Ausbau von barrierefreien Haltestellen und von Ampelanlagen für Sehbehinderte sowie die Absenkung aller Gehwege an Kreuzungen. Auch alle Behörden und Ämter müssen barrierefrei sein, genauso die Zugänge zu amtlichen Formularen. Barrierefreiheit muss darüber hinaus bei allen Gebäuden gewährleistet werden, die von der Stadt Dortmund Investitionszuschüsse erhalten, Wir erwarten, dass der Hauptbahnhof nach seinem Umbau grundsätzlich barrierefrei ist und erwarten das auch von anderen Bahnstationen in der Stadt.
Wir setzen uns dafür ein, dass Teilhabe im Alltag selbstverständlich wird.
Städtische Veranstaltungssäle sollen grundsätzlich mit induktiven Höranlagen ausgestattet bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen auch an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können.

Begleitservice für Bus und Bahn
Mobilität ist ein wichtiges Kriterium für eine selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade viele ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfe, aber auch seheingeschränkte, blinde oder gehörlose Menschen fühlen sich bei der Nutzung von Bussen und Bahnen unsicher und benötigen Hilfe. Ein ÖPNV-Begleitservice begleitet Fahrgäste von der Haustür an in allen auf dem Weg erforderlichen öffentlichen Verkehrsmitteln bis zu ihrem Zielort. Er wäre in einer tendenziell alternden Gesellschaft und Stadt eine wichtige Ergänzung und Hilfestellung. Die von uns immer wieder

geforderte Einrichtung eines solchen Begleitservices ist in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. Wir wollen einen ÖPNV-Begleitservice in Dortmund weiterhin realisieren.

Öffentliche Toiletten ausbauen
Ausreichende, barrierefreie und qualitativ gute öffentliche Toiletten gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge einer Stadt. Insbesondere ältere Menschen, aber auch Menschen mit Behinderung sind auf darauf angewiesen, dass ein stadtweites Netz öffentlicher Toiletten zur Verfügung steht. Mit der derzeitigen Anzahl vorhandener öffentlicher Toiletten kann die Stadt Dortmund die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleisten. Wir setzen uns für ein Konzept zum Ausbau öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des Projekts „Nette Toilette“ ein.

Wohnungstauschbörse und Umzugsmanagement
Ein Teil der älteren Menschen lebt in Wohnungen, die nicht altersgerecht, nicht barrierefrei oder inzwischen einfach zu groß sind. Das macht eine eigene und selbstbestimmte Haushaltsführung oft schwierig. Gleichzeitig wollen viele Senioren*innen so lange wie möglich eigenständig leben und in vertrauter Umgebung ihres Stadtteils bleiben. Viele trauen sich aber einen freiwilligen Wohnungswechsel ohne Unterstützung nicht zu. Gleichzeitig gibt es junge Familien mit Kindern, die eine größere Wohnung benötigen. Diese unterschiedlichen Ansprüche wollen wir zusammenbringen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in der Zusammenarbeit von Stadt und Wohnungsbaugesellschaften eine Wohnungstauschbörse und ein Umzugsmanagement entwickelt werden. (siehe auch Kapitel Wohnen und Stadtentwicklung).

Förderung von Mehrgenerationen-Wohnen
Schon jetzt gibt es in Dortmund verschiedene generationenübergreifende Wohnprojekte, in denen jüngere und ältere Menschen, Familien mit Kindern und Alleinstehende zusammenleben, planen und entscheiden. Nachbarschaftliches Miteinander statt sozialer Isolation ist das Motto. Statt in der eigenen Wohnung zu vereinsamen, sind hier ältere Menschen aktiv eingebunden. Wir werden weitere Mehrgenerationen-Wohnprojekte in Dortmund unterstützen und fördern.

Schaffung von Gesundheitskiosken
In einigen Stadtteilen ist die ärztliche Versorgung nicht ausreichend gegeben, weil es nicht genug Arztpraxen gibt. Gerade für ältere Menschen ist das ein Problem. Sogenannte Gesundheitskioske bieten in anderen Städten eine niedrigschwellige ambulante Versorgung und Beratung vor Ort, helfen bei der Suche nach medizinischem Personal, bei Vor- und Nachbereitungen von Arztbesuchen oder auch Aufklärung und Erläuterungen von medizinischen Befunden. Angliedert ist zum Teil auch eine ambulante Pflege für chronisch kranke Patient*innen. Wir wollen die Einrichtung von Gesundheitskiosken in Dortmund prüfen.

Weiterentwicklung Städtischer Seniorenheime
Die Städtische Seniorenheime gGmbH mit acht Seniorenheimen und fast 1.000 Plätzen im Stadtgebiet ist eine wichtige kommunale Daseinsvorsorge für das betreute Wohnen älterer Menschen, die nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung leben können. Wir wollen diese Seniorenheime stärken und weiterentwickeln, gerade hinsichtlich interkultureller Ansätze. Den Bereich der Service-Wohnungen für Senior*innen wollen wir ausbauen. Gleichzeitig befürworten wir den Ausbau ambulanter Dienste.

4.2 Selbstbestimmt alt werden

Seniorenbeirat stärken
Der gewählte Beirat für Senior*innen ist ein wichtiges kommunales Gremium, das den Anliegen älterer Menschen in Dortmund eine Stimme gibt. Wir wollen den Beirat in seiner Arbeit unterstützen und stärken. Dazu zählt auch ein verankertes Rederecht der Mitglieder des Seniorenbeirates in den Bezirksvertretungen

Seniorenbüros stärken
Die zwölf Seniorenbüros in Trägerschaft der Stadt und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Anlaufpunkt in jedem Stadtteil für Hilfen im Alltag, für die Kooperation mit medizinischem Personal und Pflegediensten, für Begegnungsmöglichkeiten und Kommunikation, aber auch für die Vermittlung von bürgerschaftlichem Engagement aktiver Senior*innen. Wir setzen uns dafür ein, die Angebote der Seniorenbüros weiter auszubauen. Notwendig sind dabei gerade vor dem Hintergrund vieler älter Zuwander*innen vermehrt auch kultursensible Ansprechpartner*innen. Die Zusammenarbeit der Seniorenbüros mit vorhandenen Seniorenbegegnungsstätten wollen wir fördern.

Nachbarschaftsprojekte ausbauen
Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken die Qualität des Wohnumfeldes und das soziale Zusammenleben. Das ist insbesondere für ältere Menschen von großer Bedeutung, die möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung und der vertrauten Umgebung ihres Quartiers bleiben wollen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, nachbarschaftliche Projekte in der Stadt zu fördern und zu realisieren.

Kultursensible Senior*innenarbeit, Beratung und Pflege stärken
Alt werden in der Fremde, die aber doch Heimat geworden ist, ist nicht immer leicht. Wir setzen uns dafür ein, Angebote der Senior*innenarbeit, der Beratung und Pflege auf die Bedürfnisse von Senior*innen mit Migrationshintergrund abzustimmen und zu verbessern.

5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen wir stärken, ebenso die wirksame Prävention. Abhängige benötigen Hilfe, Konsument*innen sollten nicht länger kriminalisiert werden. Mit einer Entkriminalisierung insbesondere von Cannabis werden Polizei und Staatsanwaltschaften entlastet und finanzielle Mittel frei für Prävention, Schadensminderung und bessere Therapieangebote.
Prävention und die Hilfen für drogenabhängige Menschen sind in Dortmund an vielen Stellen gut ausgebaut. Und trotzdem gibt es Lücken im System, die gefüllt werden müssen. Wir wollen deshalb das aktuelle Drogenhilfekonzept weiterentwickeln.
Zur besseren Stabilisierung drogenkonsumierender Menschen braucht es unter anderem niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen im Rahmen des Teilhabechancengesetz entsprechende Möglichkeiten anzubieten.

Grün wählen für:

Stärkung der Prävention für Kinder und Jugendliche
Wir setzen uns ein für eine verstärkte und glaubwürdige Drogenprävention. Insbesondere Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen, indem wir z.B. die Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf allen städtischen Werbeflächen ausschließen. Durch das Präventionsprojekt „Klasse 2000“ sind in der Vergangenheit zu wenige Kinder erreicht worden. Wir wollen das Projekt ebenso erweitern und stärken wie andere vorhandene Präventionsmaßnahmen und -angebote.

Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Die Zahl der Konsument*innen ist in den letzten Jahren auch in Dortmund deutlich gestiegen. Verbote führen offensichtlich nicht zu einer Vermeidung des Konsums, sondern fördern stattdessen in mehrfacher Hinsicht eine Kriminalisierung: Durch den illegalen Handel werden Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch verunreinigtes Cannabis und harte Drogen ins Spiel kommen. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis mit einem kontrollierten Wirkstoffgehalt kommt deshalb nicht nur dem gesundheitsrelevanten Aspekt viel näher als ein Verbot, sondern hat auch positive Effekte für den Jugendschutz und schwächt den Schwarzmarkt.
Wir setzen uns deshalb für die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis ein. Damit sollen – im Gegensatz zu heute – der Verbraucher- und Jugendschutz gestärkt werden. Sollte es die Möglichkeit von Modellprojekten zur kontrollierten Abgabe von Cannabis geben, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

Ausweitung der Öffnungszeiten und der Nutzung des Drogenkonsumraums
Das inzwischen zum Grafenhof umgezogene und von der Aidshilfe betriebene Cafe Kick mit dem Dortmunder Drogenkonsumraum ist eine überlebenswichtige Einrichtung für viele Menschen, die aus dem Hilfesystem der Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Drogenabhängige haben dort einen festen Anlaufpunkt, an dem sie sicher, hygienisch und unter ärztlicher Aufsicht ihre Drogen konsumieren können, statt sich in Hauseingängen oder Hinterhöfen zu verstecken. Zusätzlich werden Spritzen und Kanülen gezielt gesammelt und entsorgt, statt auf Spielplätzen oder anderen Orten herumzuliegen. Der Drogenkonsumraum nutzt also auch der gesamten Stadt.
Trotz der auch auf GRÜNE Initiative vorgenommenen Ausweitung der Plätze reichen die Kapazitäten des Drogenkonsumraums nicht aus. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Öffnungszeiten weiter ausgeweitet werden.
Momentan können nur in Dortmund gemeldete Drogenabhängige den Konsumraum nutzen, auswärtige Abhängige nicht. Viele von ihnen kaufen ihre Drogen in Dortmund und konsumieren sie dann zwangsläufig im Umfeld des Konsumraums oder irgendwo in der Stadt – mit allen negativen Begleiterscheinungen bis hin zu weggeworfenen Spritzen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wohnortnachweis für die Nutzung des Konsumraums entfällt.

Ausbau der Hilfsangebote in der Nordstadt
Insbesondere die Nordstadt braucht hinsichtlich der Drogensituation dringend weitere Hilfen. Das Ordnungsamt hat klar beschrieben, wie die momentane Situation aussieht: Auf Spielplätzen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in Grünanlagen oder in Hauseingängen werden weiche und harte Drogen konsumiert und gehandelt.
Der bereits vorhandene Drogenkonsumraum am Grafenhof wird von vielen Abhängigen der Nordstadt aufgrund der Entfernung nicht genutzt. Die Bewohner*innen der Nordstadt haben aber zu Recht die Erwartung, dass die Szene ihre Drogen nicht mehr vor und in ihren Hauseingängen konsumiert. Ordnungspolitische Maßnahmen

allein werden dieses Problem nicht lösen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, zusätzliche niedrigschwellige Hilfsangebote für Abhängige zu schaffen, die auch den Bürger*innen vor Ort helfen. Dazu zählt auch die Ausweitung der Straßensozialarbeit insbesondere rund um den Nordmarkt.
Wir setzen uns dafür ein, einen der geplanten neuen Tagesaufenthalte für Drogenabhängige in der Nordstadt mit Wasch- und Konsummöglichkeiten auszustatten. Außerdem ist die Installierung von Spritzenautomaten zur Versorgung mit sauberen Spritzen und zur sauberen Entsorgung gebrauchter Spritzen zu prüfen.

Intensivierung der Substitutionsbehandlung durch Diamorphin-Vergabe für Schwerstabhängige
Dortmund hat mit über 40 niedergelassen Ärztinnen und Ärzte sowie der Methadonambulanz des Gesundheitsamtes ein breites und gut aufgestelltes Angebot der Substitutionsbehandlung. Dieses Angebot wollen wir erhalten und stärken.
Seit vielen Jahren fordert die GRÜNE Ratsfraktion darüber hinaus eine Diamorphin-Vergabe für Schwerstabhängige. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Insbesondere für hochgradig drogenabhängige Frauen, die seit Jahren und ohne Perspektive in der Nordstadt der Prostitution nachgehen, ist ein Diamorphin-Programm eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu durchbrechen. Viele von ihnen befinden sich in einer schwierigen gesundheitlichen Situation, die sich durch den hohen Kontrolldruck nach der Schließung des Straßenstrichs erheblich verschärft hat. Auch Strafverfahren und Freiheitsstrafen führten in der Regel nicht zu einem Ausstieg aus Prostitution und Sucht. Das zeigt auch, wie wenig repressive Maßnahmen gegen Drogensucht helfen.
Immer wieder ist die Forderung nach einer Diamorphin-Vergabe aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden. Inzwischen hat eine Mehrheit des Rates zumindest einer Machbarkeitsstudie für eine Vergabe in städtischer Trägerschaft zugestimmt. Wir setzen uns dafür, dass schnellstmöglich eine Diamorphin-Vergabe in Dortmund realisiert wird.

Entwicklung eines Konzepts für Drogenkonsumierende im Alter
Durch das verbesserte Hilfesystem erreichen Konsumierende inzwischen ein immer höheres Alter. Dadurch wird das Thema der Pflege für ältere Drogenabhängige aktuell und stellt besondere Anforderungen. Denn viele der Betroffenen leiden an körperlichen und seelischen Folgeerkrankungen, an Mobilitätsstörungen bis hin zur Körperbehinderung. Bereits seit vielen Jahren bietet das Landesmodellprojekt LÜSA (Langzeit Übergangs- und Stützungsangebot) in Unna als niedrigschwellige stationäre Wohneinrichtung stationäre Plätze in verschieden konzipierten Wohnangeboten für mehrfach schwerstgeschädigte chronisch drogenabhängige Menschen an. Wir setzen uns dafür ein, dass ein ähnliches Konzept für ältere Drogenabhängige auch in Dortmund entwickelt und umgesetzt wird.

6. Hilfe für Menschen in Prostitution

In Dortmund arbeiten über 1.000 Frauen und Männer in der Prostitution. Unser Ziel ist es, ihre rechtliche und soziale Situation zu verbessern. Gleichzeitig setzen wir uns für ihren größtmöglichen Schutz ein. Wichtig ist uns, sie vor jeglicher Form von Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Wir stellen uns aber auch gegen alle Bestrebungen, Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu diskriminieren. Es gibt keine Belege dafür, dass durch Repressionen und Kriminalisierung die Prostitution verhindert wird. Ein Verbot der Prostitution

lässt diese nicht verschwinden, wie Erfahrungen anderer Länder zeigen. Prostitution würde verlagert, weniger sichtbar, wodurch Prostituierte weniger geschützt werden können. Stattdessen wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote stärken.

Grün wählen für:

Das Dortmunder Modell – Unterstützung der Beratungs- und Hilfsangebote
Seit vielen Jahren gibt es den „Runden Tisch Prostitution", an dem neben der Verwaltung auch Beratungsstellen, Betreiber*innen der Linienstraße und bordellähnlicher Betriebe, Prostituierte sowie die Polizei teilnehmen. Ziel dieses Dortmunder Modells ist es, die Belange aller Beteiligten zu berücksichtigen und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Auch der Runde Tisch "Kinder und Jugendliche in der Prostitution" verfolgt das Ziel schneller und unbürokratischer Hilfen, um einem Verbleib junger Menschen im Milieu entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeit der Runden Tische fortzusetzen und das Dortmunder Modell weiterzuentwickeln.
Seit 2014 wird im Rahmen der Neuordnung der Hilfen für Prostituierte die Mitternachtsmission als Fachberatungsstelle mit städtischen Mittel gefördert. Inhalt der Arbeit sind neben den psychosozialen Beratungsangeboten auch die aufsuchende Sozialarbeit und Streetwork sowie umfassenden Ausstiegshilfen. Zusätzlich bietet auch die Beratungsstelle KOBER Unterstützungshilfen für betroffene Frauen. Wir wollen die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote erhalten und absichern und sie bei Bedarf mit finanzieller Unterstützung der Stadt ausweiten.

Wahrung der Persönlichkeitsrechte
Das neue Prostituiertenschutzgesetz gilt seit dem 01. Juli 2017 und hat durch die neue Beratungs- und Anmeldepflicht zum Teil gravierende Auswirkungen. Viele Frauen üben die Prostitution im Verborgenen und ohne Kenntnis ihres privaten Umfelds aus. Durch die Anmeldebescheinigung und die Weiterleitung der Daten an die Finanzbehörden besteht die Befürchtung, dass diese Anonymität aufgehoben wird und die Betroffenen im Zweifelsfall erpressbar werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Durchführung der gesundheitlichen Beratung im Gesundheitsamt personell angemessen ausgestattet ist und kostenfrei bleibt. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass im Zuge der Anmeldung die Anonymität bestmöglich geschützt wird.

Hilfe durch eine Diamorphin-Ambulanz
Mit den bestehenden Unterstützungsangeboten wurden bisher nur unzureichend drogenabhängige Frauen in der Prostitution erreicht. Eine Diamorphin-Vergabe bietet eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu durchbrechen. Wir setzen uns dafür ein, dass schnellstmöglich eine Diamorphin-Ambulanz in Dortmund realisiert wird. (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe")

Absicherung und Finanzierung der Arbeit zum Schutz der Kinder und Jugendlichen
Auch Minderjährige prostituieren sich in Dortmund oder werden zum Teil zur Prostitution gezwungen. Die Beratungsstellen gehen von deutlich mehr als 50 Mädchen aus. Viele von ihnen haben den Kontakt zum Elternhaus und Freundeskreis abgebrochen, leben in der Obdachlosigkeit, leiden unter Alkohol- und Drogenkonsum sowie unter gesundheitlichen Problemen. Für ihre Beratung und für Hilfen zum Ausstieg gibt es bisher keine öffentlichen Zuschüsse; auch die Beratung und Prävention gegen das so genannte CyberGrooming, die gezielte Ansprache von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte ist zur Zeit

nicht finanziell gesichert. Die Beratungsstellen sind für diese Teile ihrer Arbeit auf Spenden angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote und Ausstiegsarbeit, Prävention in Schulen und Onlineberatung ausreichend finanziert und abgesichert werden.

Stärkung der Beratungsangebote für männliche Prostituierte
Nach einer wissenschaftlichen Studie ist Dortmund ein Zentrum der männlichen Prostitution im östlichen Ruhrgebiet. Ca. 250 Jungen und Männer gehen in unserer Stadt regelmäßig der Prostitution nach. Zumeist sind sie von massiven psychosozialen und gesundheitlichen Problemen betroffen. Wir setzen uns für die weitere und ausreichende Unterstützung von Präventions-, Beratungs- und Begleitangeboten für männliche Prostituierte ein.

Finanzierung der Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
Insbesondere viele afrikanische Frauen sind während ihrer Flucht Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden – darunter auch Minderjährige. Die Altersfeststellungen durch das Jugendamt sind unter Umständen für die jungen Frauen sehr belastend. Beratungsarbeit wird vom Land nur für die Frauen gefördert, die in Deutschland und nicht auf ihrer Flucht Opfer von Menschenhandel geworden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote für alle Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zur Verfügung gestellt werden. Hier ist insbesondere das Land gefragt.

7. Sicherheit in Dortmund: Bürger*innen-Rechte achten

In den vergangenen Jahren ist die Kriminalität in Dortmund kontinuierlich gesunken. Gleichzeitig werden immer mehr Verbrechen aufgeklärt. Trotzdem leben einige Menschen in Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätze oder auch im ÖPNV. Dieser widersprüchlichen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer nüchternen Analyse. Wir setzen dabei auf städtebauliche und gestalterische Maßnahmen, um Angsträume zu minimieren, und weiter auf eine Stärkung der Nachbarschaft innerhalb der Quartiere sowie auf eine effektive, partnerschaftliche Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit der Polizei. Zu einem sicheren Dortmund gehört für uns auch die Stärkung von Feuerwehr und Katastrophenschutz.

7.1 Polizei, Stadt und Bürger*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

Grün wählen für:

Bürger*innennahe Polizei statt Videobeobachtung
Wir wollen eine Stadt, in der sich die Bürger*innen frei und ungezwungen und gleichzeitig sicher bewegen können. Eine Ausweitung der Videobeobachtung und -überwachung im öffentlichen Raum führt zu mehr Überwachung und eventuellen Verdrängungseffekten ohne Lösung der eigentlichen Probleme. Studien belegen, dass Videobeobachtung Straftaten nicht verhindern kann. Zusätzlich sprechen Datenschutz und Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte gegen ein Mehr an Überwachung. Auch die Landesdatenschutzbeauftragte NRW warnt vor dem Risiko einer nahezu uferlosen Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Dies würde schrittweise auch zu einer Desensibilisierung für die Problematik der Videoüberwachung führen. Wir lehnen deshalb einen Ausbau von Videobeobachtung und -überwachung ab.
Die 2016 aufgrund einer Entscheidung von Innenministerium und Polizei in der

Brückstraße und am Platz von Leeds installierten Kameras haben nicht zu mehr Sicherheit geführt. Im videobeobachteten Bereich kam es sogar zu einem Anstieg von Straßenkriminalität. Gleichzeitig führen die Kameras zu einer Zunahme von Überwachung und Beobachtung unbeteiligter Personen.
Die nun neu geplanten Kameras in der Münsterstraße waren noch 2016 von der Polizei mit der Begründung verworfen worden, dass eine Videobeobachtung dort die Dealerszene und andere Straftäter in umliegende Wohnviertel verdrängen könnte. Während auf dem Weg durch die Einkaufspassagen Alternativen gewählt werden können, ist dies auf dem Weg zur eigenen Wohnung nicht möglich. Daher lehnen wir eine Überwachtung reiner Wohngebiete, die zudem ganze Straßen stigmatisiert, ab. Wir setzen uns stattdessen für regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen Polizei und der kommunalen Ordnungspartnerschaften ein, um auch durch den persönlichen Austausch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und Straftaten durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.

Kommunale Polizei-Beschwerde-Stelle
Seit 1996 erneuert der UN-Menschenrechtsausschuss immer wieder seine Forderung nach einem unabhängigen Mechanismus zur Untersuchung von Beschwerden über widerrechtliche Gewaltanwendung durch Polizeibeamt*innen.
Auch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet ein Verbot von erniedrigender Behandlung (Art. 3) und unterstreicht, dass bei Misshandlungsvorwürfen gegen die Polizei ein effektives und offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet werden muss. Dieses individuelle Recht auf effektive Beschwerde bei innerstaatlichen Instanzen entspricht den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Daher werden wir die Möglichkeiten zur Einrichtung eines effektiven und unabhängigen kommunalen Polizei-Beschwerdesystems prüfen.

Kommunale Ordnungspartnerschaften
Die Kommunalen Ordnungspartnerschaften mit der paritätischen Besetzung der Streifen durch Ordnungsamt und Polizei haben sich seit vielen Jahren bewährt. Die Streifen tragen objektiv zu einer erhöhten Sicherheit bei und steigern gleichzeitig das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger*innen. Seit längerem sind die paritätisch besetzten Ordnungspartnerschaften allerdings nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Die Zahl der beteiligten Polizist*innen hat sich reduziert, gleichzeitig ist die Zahl der rein städtisch besetzten Doppelstreifen gestiegen. Das sehen wir kritisch. Wir setzen uns dafür ein, die Streifen wieder grundsätzlich mit je einem/einer Mitarbeiter*in des Ordnungsamtes und einem/einer Polizeibeamt*in zu besetzen. Das Land ist aufgefordert, die dafür benötigten zusätzlichen Stellen der Polizei zur Verfügung zu stellen. Die Ausrüstung der städtischen Mitarbeiter*innen mit Schlagstöcken oder anderen Waffen lehnen wir ab.

Steigerung des Subjektiven Sicherheitsempfindens
Eine geringe Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöht das Risiko sogenannter „Angsträume“, an denen Menschen Angst haben, Opfer von Kriminalität zu werden. Das führt teilweise dazu, dass viele Menschen bestimmte Wege oder Orte nicht mehr benutzen. Wir setzen uns für eine Stadtplanung und -entwicklung ein, die die Sicherheit öffentlicher Räume und Wege mit in den Mittelpunkt stellt. Plätze und Wege müssen übersichtlich, gut beleuchtet und barrierefrei sein. Wenn Menschen ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier als sicher empfinden, wenn Plätze zu belebten Orten werden, an denen soziale Kontrolle stattfindet, dann sinkt das Risiko für Kriminalität und das subjektive

Sicherheitsempfinden steigt. Wir wollen deshalb eine systematische Analyse zur Erfassung sogenannter „Angsträume“ auf Wegen, Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum und ein Programm zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

Entkriminalisierung von Cannabis
Durch den illegalen Handel mit Drogen – insbesondere mit Cannabis – werden auch in Dortmund Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch harte Drogen ins Spiel kommen. Wir setzen uns deshalb für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis ein. Damit würden nicht nur erwachsene Konsument*innen entkriminalisiert, sondern auch der Schwarzmarkt auf Straßen, Plätzen oder in Parks reduziert. Das führt zu einer erhöhten Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig werden damit auch Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Einsätzen und Verfahren entlastet und stehen für andere Aufgaben zur Verfügung, zum Beispiel für einen bürger*innennahen Streifendienst. (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe).

7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

Grün wählen für:

Solidarische Stadteile und Quartiere
Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken das soziale Zusammenleben, führen zu einer höheren Qualität des Wohnumfeldes und stärken auch das Sicherheitsbefinden. Die Identifikation von Bürger*innen mit ihren Quartieren entsteht u.a. durch die Einbindung in die gemeinsame Planung und Gestaltung von Stadtvierteln, Wegen, Straßen und Plätzen in ihrem Lebensumfeld. Bürger*innen, die den öffentlichen Raum zu ihrer eigenen Angelegenheit machen können, kümmern sich auch verstärkt um ihr Quartier und die dort lebenden Menschen.
Wir wollen deshalb möglichst viele nachbarschaftliche Projekte in der Stadt realisieren, um mehr Bürger*innen in die Gestaltung ihrer Stadt einbeziehen zu können. Die Stadt ist gefordert, selbstinitiierte Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, Freiflächen zu erfassen und zu vermitteln und als Ansprechpartnerin zum Beispiel für ordnungsrechtliche Probleme zur Verfügung zu stehen.
Als Ansprechpartner*innen für Sorgen und Nöte vor Ort möchten wir weiterhin die Arbeit der Quartierskümmerer*innen im gesamten Stadtgebiet fördern. Durch ihre vielfältige Tätigkeit – von kleineren Reinigungsarbeiten über die Konfliktlösung bis hin zur Unterstützung von sozialen Institutionen, Vereinen oder Veranstaltungen – nehmen die Quartierskümmerer*innen eine bedeutende Rolle im Rahmen der Stadtteile ein. Wir befürworten, dass auch zukünftig Langzeitarbeitslose als Quartierskümmerer*in eingesetzt werden, um auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Kommunikatives Konfliktmanagement vor Ort
Wir setzen uns dafür ein, ein so genanntes Allparteiliches Konfliktmanagement (AKIM) für Dortmund einzuführen. Eine derartige Einrichtung gibt es bereits mit Erfolg in anderen Städten. Das AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit rein kommunikativen Mitteln präsent ist.
Die AKIM-Konfliktmanager*innen werden bei Konflikten an öffentlichen Plätzen aktiv, dort, wo andere Stellen nicht zuständig sind oder ihr Einsatz nicht

verhältnismäßig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager*innen agieren vor Ort, um durch ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen, sprechen mit den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im öffentlichen Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder schalten sich direkt ein. Dabei setzen sie sich für die Interessen und Belange aller Nutzergruppen ein und versuchen zwischen ihnen zu vermitteln. In München wurde das Allparteiliche Konfliktmanagements mit dem Eurocities Award 2019 ausgezeichnet, weil es niedrigschwellig und mit wenig Aufwand stadtweit unterschiedliche Konflikte im öffentlichen Raum bearbeitet.
Zusätzlich wollen wir die Einrichtung von Nachtbürgermeister*innen prüfen lassen. In vielen Städten gibt es schon eine solche Stelle zur Vernetzung von Nachtkultur und Nachtökonomie sowie zur Lösung von Konfliktsituationen zwischen Gastronomie, Besucher*innen und Anwohner*innen.

7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

Grün wählen für:

Sicherung der Infrastruktur und finanziellen Mittel
Absehbar werden die Ansprüche an Feuerwehr und Katastrophenschutz weiter steigen: Der Klimawandel führt vermehrt zu Hitzeperioden und Trockenheit, aber auch zu Starkregen mit Überschwemmungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die für diese Aufgaben notwendige Infrastruktur und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist auch die Interkommunale Zusammenarbeit der Feuerwehren zu stärken.
Die dezentral in den Stadtbezirken angesiedelten Standorte der Feuerwehr sind im Katastrophenfall Anlaufstellen für die Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürger*innen umfassend und transparent informiert werden, wie sie sich im Gefahrenfall verhalten sollen und welche Möglichkeiten es zur Information gibt. Die bisherigen Möglichkeiten sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.

Anpassung der Rettungsdienste an eine alternde Gesellschaft
Zusammen mit den Hilfsorganisationen sorgt die Feuerwehr für einen flächendeckenden Rettungsdienst, notärztliche Versorgung und Krankentransporte. In einer tendenziell älter werdenden Gesellschaft steigen die Anforderungen an einen effektiven Rettungsdienst. Der städtische Rettungsdienstbedarfsplan bietet eine gute Grundlage, um im Notfall Leben zu retten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Notfällen auch weiterhin der Einsatzort in der Regel innerhalb von 8 Minuten erreicht wird.

Unterstützung und Anerkennung für die Haupt- und Ehrenamtlichen
Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind gut aufgestellt; die Dienste genießen in der Öffentlichkeit im allgemeinen großes Vertrauen und hohes Ansehen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem hohen Engagement und dem Leistungsstand der haupt- und vor allem auch der ehrenamtlichen Akteuren. . Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Anfeindungen und gewalttätige Übergriffe. unterstützen wir das Engagement von Feuerwehr und Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitwirkender – insbesondere auch von Dortmunder*innen mit Migrationsgeschichte. Ebenso unterstützen wir die Feuerwehr mit Nachdruck bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der Jugendfeuerwehr.

Aktualisierung des Dortmunder Pandemieplans

Das Corona-Virus hat gezeigt, dass eine Pandemie innerhalb kürzester Zeit eine Stadt, ja ein ganzes Land lahmlegen kann – mit massiven Auswirkungen und Konsequenzen. Wir wollen aus Corona lernen und setzen uns dafür ein, den seit 2012 bestehenden Dortmunder Pandemieplan aufgrund der Erfahrungen mit Corona dringend zu aktualisieren.

A7 A4: GRÜN IST … DIE ZUKUNFT!

Antragsteller*in: Stefan Rath (KV Dortmund)

Text

Grün ist … die Zukunft
…wie wir Dortmund mit guter Bildung, nachhaltiger Wirtschaft und einer handlungsfähigen Verwaltung zu einer Stadt von morgen machen wollen…

Inhalt

1. Kinder und Jugendliche
1.1 Unterstützung von Kindern und Familien
1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend
1.3 Queer dir deine Welt
1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

2.Vorschulische Bildung und Erziehung
2.1 Ausbau der Betreuungsplätze
2.2 Qualität in der Betreuung
2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

3. Schule und Bildung
3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft
3.2 Gute Schulen in Dortmund
3.3 Gerechte Schulen

4. Wirtschaft und Beschäftigung
4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün
4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte
4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern
4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden
4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

5. Stadt und Verwaltung
5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund
5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin
5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor
5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest
5.5 Faire Kommune
5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

1. Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind der wichtigste Teil unserer Gesellschaft, sie sind unsere Zukunft. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat das Recht auf Förderung zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz durch Staat und Gesellschaft.
Gerechte Chancen für alle, Bekämpfung von Armut, Freiräume für eine selbstbestimmte Entwicklung, Beteiligungsmöglichkeiten an der gemeinsamen Entwicklung unserer Stadt – das stellen wir in den Mittelpunkt unserer Politik mit und für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

1.1 Unterstützung von Kindern und Familien

Für Kinder und Familien findet der Alltag unter vielfältigen Voraussetzungen statt. In Dortmund ist z. B. jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Kinderarmut geht einher mit einem höheren Gesundheitsrisiko, geringerer Teilhabe sowie geringeren Bildungs- und Zukunftschancen. Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe, auf Dazugehören, auf Bildung, soziale Sicherheit und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Armut steht diesen Rechten oft im Weg: Kinder können ihren Hobbies nicht nachgehen, weil z. B. die Sportausrüstung zu teuer ist. Kinder meiden die Geburtstagsfeier von Freund*innen, weil das Geld für ein Geschenk nicht reicht. Armut ist nicht nur das „sich nicht leisten können", sondern leider auch viel zu oft das „nicht mitmachen können".

Grün wählen für:

Bekämpfung von Kinderarmut
Jedes Dritte Kind unter 15 Jahren ist in Dortmund von Armut betroffen oder bedroht. Wir setzen uns dafür ein, diesen unerträglichen Zustand nachhaltig zu verändern. Auf Bundesebene fordern wir die Schaffung einer eigenständigen und angemessenen Kindergrundsicherung, die vorhandene Leistungen bündelt und sie unbürokratisch auszahlt.

Ungleiches ungleich behandeln
Die Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut ist und bleibt für uns ein vorrangiges Ziel der Dortmunder Stadtentwicklung. Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer (sozialen) Herkunft benachteiligt sind. Wir wollen die sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern und angleichen. Dazu ist es unter anderem notwendig, den vorhandenen Zusammenhang zwischen Armut und Bildungsungerechtigkeit aufzubrechen. Das beginnt schon in der Kita und setzt sich in den Schulen fort. Bei der Schaffung von Bildungsgerechtigkeit muss Ungleiches ungleich behandelt werden. Deshalb müssen Gelder und Ressourcen effektiver in den Kitas und Schulen gebündelt werden, in denen sie am dringendsten benötigt werden.

Bildungseinrichtungen als Schlüssel für Chancengleichheit
Wir wollen mit ausreichend Kita-Plätzen, mit längerem gemeinsamen Lernen sowie mit gebundenen und offenen Ganztagsangeboten in Schulen dazu beitragen, dass alle Kinder und Jugendlichen dieselben Chancen bekommen – unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie. Wir wollen zusätzliche Familien mit geringem Einkommen von den Gebühren für Kindertageseinrichtungen befreien.
Wir setzen uns außerdem für ein kostenloses Ticket ein, mit dem alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien Busse und Bahnen in Dortmund nutzen können (mehr dazu in den Programmteilen „Kinderbetreuung" und „Schule")

Bildungs- und Teilhabepaket – Einführung einer YouCard
Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten nutzen nur dann etwas, wenn sie auch ankommen. Bei den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets war das in den letzten Jahren nicht immer so. In Dortmund sind rund 46.000 Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien anspruchsberechtigt. Bei weitem nicht alle haben die ihnen zustehenden Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz für Mittagsverpflegung, Schulbedarf, Fahrtkosten, Teilhabe am

kulturellen und sozialen Leben oder auch Lernförderung beantragt und bekommen. Das wollen wir ändern. Mit den neuen Regelungen im Starke-Familien-Gesetz werden die Leistungen erhöht und ihr Erhalt erleichtert. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle anspruchsberechtigten Kinder, Jugendliche und ihre Familien unbürokratisch und ohne Umwege die Gelder erhalten, die ihnen zustehen. Dafür wollen wir auch die Einführung einer YouCard prüfen, mit der die Leistungen aus dem Bildungspaket einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.

Familienfreundliche Stadtentwicklung
Familie ist da, wo Kinder leben – egal ob mit oder ohne Trauschein, mit gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchworkfamilie oder Alleinerziehende.
Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Familien ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gut gestalten können. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, der sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Mit verkehrsberuhigten oder autofreien Zonen, in denen sich Kinder frei bewegen können. Familien brauchen wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze, ohne dafür lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen. Familien brauchen Unterstützung auch und gerade in schwierigen Lebenslagen. Wir setzen uns ein für ein Dortmund, in der Familien die Hilfestellungen bekommen, die sie benötigen.

Stärkung frühkindlicher Hilfen
Wir wollen gute Startchancen für alle Kinder von Anfang an. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Kinder so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Vorhandene Angebote und Systeme der frühkindlichen Hilfen wollen wir weiter ausbauen und die Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten stärken.

1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend

Wir Grüne wollen Dortmund nicht für, sondern mit Kindern und Jugendlichen gestalten. Egal ob wahlberechtigt oder nicht: Jede*r in Dortmund soll die Stadt, in der wir alle leben, mitgestalten können. Egal ob Schule, Jugendclub oder Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht mitzureden.

Grün wählen für:

Offene Jugendarbeit – Schule öffnen, Selbstverwaltung unterstützen
Die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind öffentliche Schutzräume für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung für und von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Offene Jugendarbeit als bedeutendes Arbeitsfeld außerschulischer Lernerfahrungen stärken und modernisieren. Dabei sollen auch gendersensible Ansätze gestärkt werden. Neben dem Erhalt der vorhandenen Einrichtungen setzen wir uns dafür ein, die Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu prüfen. Damit können sich Schulen zu einem Begegnungs- und kulturellen Lebensort auch außerhalb des unterrichtlichen Lernens weiterentwickeln – auch für Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der Schulen. Da, wo es Bestrebungen nach selbstverwalteten offenen Einrichtungen und Zentren gibt, werden wir sie unterstützen.

Erhaltung und Schaffung von Freiräumen - Ausprobieren erwünscht
Der öffentliche Raum gehört uns allen, unabhängig von Alter und Einkommen.

Insbesondere Jugendliche benötigen nichtkommerzielle Freiräume für ihre kulturellen, kreativen oder sportlichen Aktivitäten oder einfach nur als informelle Treffpunkte, die sie spontan nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass es entsprechende Freiräume und Flächen in jedem Stadtteil gibt, auf denen sich Jugendliche mit ihren kulturellen, musischen oder sportlichen Aktivitäten ausprobieren können. Das betrifft auch Proberäume für junge Bands. Gerade bei informellen Treffpunkten von Jugendlichen setzen wir bei Konflikten, die aus unterschiedlichen Bedürfnissen – gerade von jungen Menschen gegenüber älteren – entstehen, auf Dialog und Kompromisse anstatt auf Verbote.

Mitbestimmung von Anfang an – Jugendforen und Jugendparlament
Wir wollen die größtmögliche Beteilung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung unserer Stadt. Denn nur, wer früh ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern kann, lernt von Beginn an Demokratie. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können sie am besten dann äußern, wenn sie an allen Orten ihres Aufwachsens mitbestimmen können. Das betrifft ihr tägliches Lebensumfeld in Kitas und Schulen. Das betrifft aber auch Fragen von Stadtplanung und Stadtentwicklung, von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Spielplätzen, kulturellen Angeboten, informellen Treffpunkten, Freiräumen oder auch Mobilität. Die stadtweiten Jugendforen sind dabei ein gutes und bewährtes Instrument. Sie bieten in jedem Stadtteil eine offene Beteiligungsmöglichkeit zu allen Fragen des Stadtteils, des Stadtbezirks und der gesamten Stadt. Es muss sichergestellt werden, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Möglichkeit nutzen können. Dazu braucht es professionelle Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen.

Beteiligung am Kinder- und Jugendförderplan
Der bisherige Kinder- und Jugendförderplan wird für die Jahre 2021-2025 fortgeschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines weitreichenden Beteiligungsverfahrens Kinder und Jugendliche an der Erstellung beteiligt werden. Das betrifft insbesondere die Schwerpunktsetzung des Förderplans für die kommenden Jahre. Um Integration erfolgreich zu gestalten, gehört dabei auch die Situation der vielen neu zugewanderten jungen Menschen und ihrer Familien in den Fokus der Kinder- und Jugendförderplanung. Wichtig ist uns auch die Berücksichtigung genderspezifischer Angebote.

1.3 Queer dir deine Welt

Für viele Menschen ist die Tatsache, dass andere nicht heterosexuell sind, immer noch nicht normal. Die sexuelle Identität darf aber kein Grund sein, Menschen auszugrenzen, sie zu benachteiligen oder sogar anzugreifen. Gerade das Coming-out, das oft während der Jugend stattfindet, ist dabei eine große Herausforderung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Jugendliche.

Grün wählen für:

Akzeptanz und Gleichstellung aller sexuellen Identitäten von Kindern und Jugendlichen
Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen sexuellen Identitäten von Jugendlichen akzeptiert werden und gleichgestellt sind, dass jede Person in ihrer individuellen Entwicklung bestärkt wird. Wir unterstützen das Projekt

SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für junge Lesben, Schwule, bi-, pan- und asexuelle, queere, trans*, inter* und nonbinary Menschen. Auch Schule und Jugendarbeit sind gefordert, dabei uneingeschränkte Unterstützung zu leisten. Wir setzen uns für eine dauerhafte Förderung des SCHLAU-Projekts ein, mit dem Schulen und Jugendeinrichtungen besucht werden, um Workshops zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt durchzuführen.

Gendergerechte Jugendarbeit stärken
Wir wollen, dass gendergerechte Jugendarbeit gestärkt wird. Die Interessen von Mädchen drohen oftmals in der Jugendpolitik und Jugendarbeit übersehen zu werden. Wir wollen Mädchen mit ihren spezifischen Interessen und ihren Bedürfnissen sichtbar machen und ernst nehmen und setzen uns dafür ein, Freiräume zu schaffen, in denen sie ihre eigenen Stärken und Fertigkeiten entwickeln können. Wir unterstützen das Dortmunder Mädchen Netzwerk als kommunales Bündnis für die Belange und Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen.
Auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen sollen in der Jugendarbeit Beachtung finden: Oft fehlen positive Rollenbilder abseits traditioneller Männlichkeitsbilder, die Jungen Orientierung bieten können. Traditionelle Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren klassische Rollenverteilungen und drängen Jungen und Männer zu einem riskanteren Lebensstil.

1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

Wir Grüne wollen eine gut ausgestattete Jugendhilfe, die junge Menschen – und auch die jungen Volljährigen – beim Aufwachsen unterstützt.

Grün wählen für:

Gute Ausstattung von Streetwork
Die Zahl junger Menschen ohne festen Wohnsitz steigt. Wir wollen die Unterstützungsangebote für sie ausweiten. Dazu zählt auch ein konzeptionell und personell gut ausgestatte Streetwork für den Kontakt direkt vor Ort. Auch das bis 2021 laufende Projekt „Rampe II“ im Stadtbezirk Hörde, das sich als Projekt der aufsuchenden Jugendarbeit insbesondere an Jugendliche im Stadtteil richtet, die durch soziale Probleme in ihrer Entwicklung gefährdet sind, wollen wir in ein gesamtstädtisches Streetwork-Konzept aufnehmen.

Langfristige Unterstützung für Care-Leaver
Jugendliche scheiden mit 18 Jahren aus der Jugendhilfe aus. Viele, die vorher eine Unterstützung des Jugendamtes erhalten haben, bekommen sie danach nicht mehr, benötigen sie aber dringend – sei es bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einer Ausbildung oder einem Beruf oder bei alltäglichen Problemen. Wie andere Jugendliche auch sind sie oft mit 18 Jahren noch nicht gut vorbereitet für ein eigenständiges Leben. Wir setzen uns dafür ein, dass solche „Care-Leaver“ auch nach der Beendigung der Jugendhilfe weiter pädagogisch unterstützt werden und sich selbst organisieren können.

Verhindern von Radikalisierung junger Menschen
Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen nicht in menschenverachtende und gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt nur durch eine Kultur des Hinschauens. Mit einer Präventionsstrategie wollen wir Radikalisierung von Anfang an verhindern. Diese

muss sich mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen junger Menschen beschäftigen und Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe im Weg stehen, beseitigen. Um den Nährboden für Radikalisierung trocken zu legen, braucht es eine starke Kinder- und Jugendhilfe und gute Schulen, die Vielfalt und Beteiligung leben. Vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir erhalten und ausbauen.

2.Vorschulische Bildung und Erziehung

Dortmund wächst. In den letzten Jahren ist die Zahl neugeborener Kinder gestiegen. Auch durch den Zuzug von Zuwander*innen und ihren Familien leben viele zusätzliche Kinder in unserer Stadt. Das freut uns. Laut einer Prognose des Deutschen Jugendinstituts wird die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Dortmund weiter steigen – im Jahr 2025 laut Prognose auf über 19.000. Das hat Auswirkungen auf die notwendigen Betreuungsmöglichkeiten bis zur Schulpflicht. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in Dortmund dieselben guten Startchancen für ihr Leben haben – unabhängig von ihrer sozialen oder sonstigen Herkunft. Gleichzeitig ist jedes Kind einzigartig und hat von Anfang an ein Recht auf die bestmögliche individuelle Förderung. Qualitativ gute, verlässliche, ausreichende und finanzierbare bzw. möglichst kostenfreie Betreuungsmöglichkeiten sind dabei ein wichtiger Schlüssel. Trotz der großen Ausbaubemühungen der letzten Jahre und aktuell reichen die geschaffenen Plätze in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege derzeit nicht aus.

2.1 Ausbau der Betreuungsplätze

Für jedes Kind muss bei Bedarf ein qualitativ guter Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es trotz aller bisherigen Bemühungen weiterhin großen Handlungsbedarf. Die bisher geplante Anzahl von Betreuungsplätzen für 41 Prozent der unter Dreijährigen reicht für die steigende Zahl von Kindern einerseits und die Bedürfnisse vieler Eltern andererseits nicht aus.

Grün wählen für:

Ausbau qualitativ guter Betreuungsplätze
Das Betreuungsangebot muss gerade für unter dreijährige Kinder deutlich und schnell ausgeweitet werden. Beim Ausbau sind vorrangig die Stadtbezirke mit den aktuell niedrigsten Versorgungsquoten zu berücksichtigen.
Insbesondere für Kinder von drei Jahren bis zur Schulpflicht muss schnellstmöglich in allen Bezirken eine 100-prozentige Versorgung mit Plätzen gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder mit Behinderung oder von Behinderung bedrohte Kinder auch weiterhin ausreichend Plätze in den Dortmunder Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Ausweitung der Betreuungszeiten
Ob alleinerziehend, berufstätig oder durch flexiblere Arbeitszeiten – die Lebensrealität vieler Familien und Eltern hat sich in den letzten Jahren aus vielen Gründen gravierend verändert. Das hat auch Auswirkungen auf zeitliche Abläufe und Strukturen und damit auch auf Ansprüche an die Kinderbetreuung. Feste Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen werden dem nicht mehr gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betreuungszeiten in Kitas und Tagespflege weiter ausgeweitet und flexibler werden.

Ausbau von Familienzentren
Aktuell gibt es in Dortmund 88 Kindertagesstätten, die als Familienzentren zertifiziert sind, sowie fünf weitere Einrichtungen, die sich in der Zertifizierungsphase befinden. Familienzentren sollen Eltern den Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern und insbesondere in einem Quartier mit besonderen sozialen Problemlagen dazu beitragen, die gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien zu fördern und damit einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, die Zahl der Familienzentren weiter auszubauen.

Ausbau von Kinderstuben
Kinderstuben sind Großpflegestellen, in denen höchstens neun Kinder von drei Tagespflegepersonen betreut werden. Der pädagogische Schwerpunkt liegt dabei in den Bereichen Sprachbildung und Bewegung und soll die Kinder auf den Übergang in die Kindertagesstätte vorbereiten. Gleichzeitig bieten die Kinderstuben ein niederschwelliges Angebot für Eltern und ermöglichen insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Zugangsschwierigkeiten einen leichten Einstieg in das Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem. Wir wollen die Zahl der Kinderstuben insbesondere in den Aktionsräumen Soziale Stadt weiter ausbauen.

Kostenfreie Kitas als langfristiges Ziel
Unser grundsätzliches Ziel ist eine kostenfreie Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege – so wie beim Schulbesuch. Hier steht die Landesregierung in der finanziellen Verantwortung. Es reicht nicht aus, dass durch das Land nur die letzten beiden Kitajahre kostenfrei gestellt werden. Solange es die generelle Kostenbefreiung durch das Land nicht gibt, fordern wir statt der aktuell von Stadt zu Stadt unterschiedlichen Elternbeiträge eine landesweit einheitliche bemessen.
Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der städtischen Beitragssatzung die Einkommensgrenze Stück für Stück angehoben wird. Damit können zusätzlich mehr einkommensschwache Eltern als bisher beitragsfrei gestellt werden. Eine Reduktion des Elternbeitrages darf allerdings nicht auf Kosten einer Verbesserung der Qualität und des dringend benötigten Ausbaus von Kita- und Kindertagespflegeplätzen passieren.

Trägervielfalt beim Ausbau
Wir wollen beim weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen an der bewährten Dortmunder Trägervielfalt festhalten und sie ausbauen. Das betrifft insbesondere auch die Unterstützung von Elterninitiativen. Dabei sollte der Anteil der städtischen FABIDO-Einrichtungen an den gesamtstädtischen Betreuungsplätzen mindestens 30 Prozent betragen. Eine solche Trägerstruktur schafft für alle Eltern die Möglichkeit, eine geeignete Einrichtung ihrer Wahl zu suchen.
Städtische Grundstücke für den Bau neuer Tageseinrichtungen wollen wir möglichst in Erbpacht an Investoren vergeben. Die Vermietung darf anschließend nur an gemeinnützige, nicht-gewinnorientierte freie Träger oder an den städtischen Träger FABIDO erfolgen. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung ist vorrangig eine gesellschaftliche Aufgabe und kein Geschäft. Sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Die Errichtung und den Betrieb privater Tageseinrichtungen sehen wir deshalb kritisch. Zusätzliche erhobene Elternbeiträge lehnen wir ab.
Bei Aus- und Aufbau von Kitas ist darauf zu achten, dass insbesondere die Bedürfnisse von kleineren Kindern (U2) berücksichtigt werden.

Transparente und leichte Anmeldung
Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Betreuungsangeboten transparenter und leichter wird. Erstmals konnte für die Anmeldung zum Kindergartenjahr 2020/21 das digitale Anmeldeverfahren des KITA Plus-Portals genutzt werden. Wir wollen das Verfahren evaluieren und weiterentwickeln, insbesondere auch im Hinblick auf die Vergabe von Plätzen in der Kindertagespflege. Das Kita-Portal muss für Familien zu einer spürbaren Erleichterung bei der Suche nach einem Betreuungsplatz führen.

2.2 Qualität in der Betreuung

In Kitas und anderen Einrichtungen geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch um Bildung. An diesem Anspruch orientiert muss jede Einrichtung ausgestattet und ausgestaltet werden. Wie wollen eine kindgerechte Bildung von Anfang an. Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Je früher ein Kind Zugangschancen zu Bildung erhält, desto weniger wirkt sich der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg aus. Diesem Anspruch muss die Ausstattung unserer Kindertageseinrichtungen als frühkindliche Bildungseinrichtungen gerecht werden.

Grün wählen für:

Kindergerechte Bildung von Anfang an
Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Betreuung in den Einrichtungen mit der verbindlichen Umsetzung pädagogischer Qualitätskriterien ein. Kitas an sozialräumlichen Standorten mit besonderem Bedarf benötigen eine zusätzliche Ausstattung an Personal. Wir setzen uns dafür ein, kulturelle Angebote in den Einrichtungen auszubauen.
Wir wollen die interkulturelle Ausrichtung der Kindertagesbetreuung und die Sprachbildung zum Nutzen aller Kinder stärken und fördern.

Bewegung in die Kita
Unseren Kindertageseinrichtungen kommt eine besondere Bedeutung bei der Förderung einer gesunden Entwicklung und ausreichenden Bewegung von Kindern zu. Immer mehr Kinder leiden an Haltungsschäden, Übergewicht, Koordinationsstörungen und Beeinträchtigungen der Wahrnehmungsfähigkeit. Bewegung muss deshalb selbstverständlicher Teil der Arbeit in Kitas sein.
Schon jetzt wird der Bewegungsförderung in den Kindertagesstätten eine große Bedeutung beigemessen, einige verstehen sich explizit als Bewegungskitas. Der Landesportbund verleiht das Gütesiegel „Anerkannter Bewegungskindergarten“ an Kitas, die gezielt mit örtlichen Sportvereinen zusammenarbeiten. Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern und den Anteil von Bewegungskitas ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kitas über eigene Bewegungsräume verfügen und die Kooperationen mit Sportvereinen ausgebaut und intensiviert werden.

Gesunde KITA – gesundes Essen
Immer mehr Kinder bleiben tagsüber immer länger in ihren Kitas. Ein frisches gesundes, abwechslungsreiches und frisches Essen gehört für uns mit dazu – mit Lebensmitteln überwiegend aus der Region und bio. Das haben wir für die städtischen Kitas bereits vor Jahren beantragt. Wir unterstützen, dass für die Verpflegung in allen Kitas das „optiMIX“-Gütesiegel des Forschungsinstitutes für Kinderernährung angewendet wird.
Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Einrichtungen über eigene Küchen verfügen, in denen die Mahlzeiten frisch zubereitet und die Kinder daran

beteiligt werden können. Damit wollen wir schon Kinder für eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung begeistern. Für Neubauten von Kindertageseinrichtungen sind ausreichend ausgestattete Küchen fest einzuplanen. Bei Bestandseinrichtungen wollen wir durch An- und Umbauten vorhandene Küchen optimieren und Gruppenküchen einrichten.

Waldkitas, Faire Kitas und Bildung für nachhaltige Entwicklung
Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder schon im frühen Alter mit der Natur in Kontakt kommen. Das ist gut für die Gesundheit und stärkt die Verbindung mit der Natur. Wir wollen deshalb die Gründung von Waldkitas fördern.
Neben Grundwerten und Fähigkeiten lernen Kinder in der Kita vor allem, dass sie gestalten können und ihre Handlungen Auswirkungen auf andere und ihre Umgebung haben. Dieser Gedanke wird in den Grundsätzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aufgriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit schon in der Arbeit der Kitas verankert wird. Bis 2021 werden sich bereits alle städtischen Tageseinrichtungen zu „Fairen Kitas“ zertifizieren lassen.

Guter Übergang von der Kita in die Schulen
Der Übergang von Kita und Tagespflege in das erste Schuljahr ist für viele Kinder und Eltern ein gravierender Schritt. Mit einer engen Kooperation der Einrichtungen soll der Übergang erleichtert und verbessert werden. Das betrifft insbesondere auch die Zeit zwischen dem letzten Tag in der Kita und dem ersten Schultag. Diese mehreren Wochen der Sommerferien ohne reguläres Betreuungsangebot stellen viele Eltern vor große organisatorische Probleme. Wir setzen uns für die Schaffung eines koordinierten Übergangsmanagements zwischen Kitas und Schulen ein, in das auch Betreuungsmöglichkeiten durch Kitas und Schulen einbezogen werden.

2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Die Arbeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen steht und fällt – sowohl qualitativ, als auch quantitativ – mit den Menschen, die dort arbeiten. Sie verdienen Respekt für ihre Arbeit.
Mit diesem Grundsatz wollen wir in Dortmund Politik im Bereich Kinderbetreuung machen.

Grün wählen für:

Aufwertung von Bildungs- und Betreuungsarbeit
Die Ansprüche an die Betreuungs- und Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und damit auch an die Beschäftigten steigen. Wir setzen uns für eine gerechte und faire Entlohnung und vermehrte Investitionen in die Ausbildung von Erzieher*innen ein. Auch dadurch soll die Betreuungsarbeit in Kitas und Tagespflege aufgewertet und attraktiver werden. Um den Anteil der männlichen Erziehenden in den Kitas zu steigern, setzen wir uns für die Entwicklung eines Konzeptes ein, das für pädagogische Berufe wirbt. Die praxisintegrierte Ausbildung wollen wir weiter ausbauen. Gendersensible Erziehung soll weiter gefördert werden.

Sozialarbeit in Kindertageseinrichtungen
Wir wollen besonders benachteiligte Kinder und Familien schon in den Kindertageseinrichtungen frühzeitig erreichen und begleiten. Neben den schon vorhandenen Strukturen kann insbesondere Sozialarbeit in Kitas effektiv dazu

beitragen. Damit sollen Kindern schon im Kindergartenalltag gute Teilhabeperspektiven geboten, familiäre und soziale Notlagen frühzeitig erkannt sowie Kompetenzen von Kindern und ihren Familien gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, zunächst in bestimmten Stadtteilen feste Stellen für Sozialarbeiter*innen in Kindertageseinrichtungen einzurichten und damit ein zusätzliches Unterstützungsangebot für Familien mit Kindern von der Geburt bis zum Schuleintritt zu schaffen.

3. Schule und Bildung

Dortmund ist ein vielfältiger Bildungsstandort. In unserer Stadt gibt es über 150 Schulen aller Schulformen in öffentlicher sowie 26 Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen unsere Schulen weiter stärken, verbessern und gerechter machen.
Denn die Zukunftsperspektiven unserer Kinder sind uns GRÜNEN ein Herzensanliegen. Ihre gemeinsame Bildung in gut ausgestatteten Schulen ist ein Schlüssel, um ihnen ein freies, erfolgreiches, erfülltes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zu einer solidarischen gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Wir wollen ein Bildungssystem, das Kindern Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes einzelne Kind unabhängig von seinen Startvoraussetzungen bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann. Ein gutes Bildungssystem muss deshalb für uns immer auch ein gerechtes Bildungssystem mit realen Chancen für alle sein.

3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft

Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte, sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen muss.

Grün wählen für:

Ausbau und Sanierung unserer Schulen
Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte, sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen muss. Wir wollen die bestmöglichen Schulen, barrierefrei mit ausreichendem Platz, mit einer zeitgemäßen und modernen technischen Ausstattung für Schüler*innen und Lehrer*innen, mit einer Mensa für die Verpflegung bei Ganztagsangeboten, mit sauberen Toiletten, mit eigenen Schulgärten, mit Platz zum Spielen, Toben und Abhängen.
In den letzten Jahren sind zusätzlich 4.000 Schüler*innen an den Dortmunder Schulen aufgenommen worden. Und die Zahlen werden absehbar weiter steigen. Geplant sind deshalb in den kommenden Jahren Investitionen von rund 880 Millionen Euro für Neu- und Ausbauten sowie für Sanierungen. Wir wollen, dass alle Schulformen davon möglichst schnell und zielgerichtet profitieren. Das wollen wir mit einem Sonderbudget Schulbau sicherstellen.

Grundschulen ausbauen und zu Familienzentren weiterentwickeln
Die Grundschulen sind das Fundament der Schulbildung unserer Kinder. Sie verdienen deshalb unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Die Anzahl der Schüler*innen an den Grundschulen wird in den kommenden Jahren um ca. 3.000 auf dann 25.500 steigen.
In fast allen Stadtbezirken steigt der Bedarf an Schulplätzen stark an. Wir

setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Neu- und Ausbauten kontinuierlich und schnellstmöglich realisiert werden. Alle vorhandenen Grundschulstandorte sind vor dem Hintergrund der steigenden Kinderzahl zu erhalten. Bei Planungen von Neubaugebieten ist die Notwendigkeit neuer Schulen bzw. des Anbaus vorhandener Schulen zu berücksichtigen. Die Schulentwicklungsplanung muss kontinuierlich und zeitnah fortgeschrieben werden.
Wir wollen unsere Grundschulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Damit soll die bewährte Arbeit der Familienzentren in Kindertageseinrichtungen auf die Grundschulen ausgeweitet werden. Das erleichtert Eltern den Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, holt verschiedene Akteure aus dem Stadtteil in die Schulen und stärkt präventive Netzwerke. Dazu braucht es auch ein gutes und koordiniertes Übergangsmanagement zwischen Kitas und Grundschulen.

Starke weiterführenden Schulen und längeres gemeinsames Lernen
Die steigende Zahl der Schüler*innen an den Primarstufen hat auch Auswirkungen auf unsere weiterführenden Schulen. Sowohl bei den Gymnasien als auch bei den Gesamtschulen besteht akuter Handlungsbedarf, das zeigen die Anmeldezahlen der letzten Jahre.
Im gemeinsamen Lernen liegt die Zukunft. Auch in Dortmund wählen immer mehr Eltern aus diesem Grund die Gesamtschulen für ihre Kinder. Das begrüßen und unterstützen wir. Seit Jahren reichen gesamtstädtisch die Plätze allerdings nicht aus, perspektivisch fehlen mehrere hundert Plätze. Die bereits beschlossenen Erweiterungen an drei Gesamtschulen sowie die Umwandlung der Reinoldi-Sekundarschule in Westerfilde in eine Gesamtschule können nur ein erster Schritt sein, um die fehlenden Kapazitäten zu schaffen. Wir setzen uns bei einem weiteren Anstieg der Nachfrage für eine zusätzliche neue Gesamtschule ein.
Auch bei den Gymnasien steigen die Anmeldezahlen. Zusätzlich führt die begrüßenswerte Rückkehr zu G9 stadtweit zu zusätzlichem Raumbedarf. Notwendig ist deshalb ein Ausbau der Kapazitäten der vorhandenen Gymnasien sowie eventuell die Errichtung einer zusätzlichen Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass noch vorhandene Schulcontainer schnellstmöglich durch die notwendigen Ausbauten der Gymnasien ersetzt werden. Dabei ist zum Ausbau der Ganztagsangebote auch der Bau notwendiger Mensen zu berücksichtigen.
Auf dem Weg hin zu einem inklusiven Bildungssystem brauchen wir bis auf weiteres auch die Unterstützung durch Förderschulen. Eltern, die sich für ihre Kinder für eine Förderschule entscheiden, müssen dazu ausreichende Möglichkeiten haben. Vor dem Hintergrund der prognostizieren Steigerung der Kinderzahlen ist bei den Förderschulen kontinuierlich der Bedarf an Schulplätzen zu überprüfen.
Wir wollen unsere acht städtischen Berufskollegs weiter stärken. Sie nehmen verschiedene Aufgaben im Bildungssystem wahr und sind unverzichtbar bei der dualen Ausbildung. Berufskollegs bieten die Möglichkeit nachholender Schulabschlüsse bis hin zu Abitur und Fachabitur, sind wichtig als Fachschulen, sorgen für Orientierung und Ausbildungsreife, leisten wertvolle Arbeit bei Integration und Inklusion. Wir setzen uns dafür ein, die Entwicklungsplanung der Berufskollegs kontinuierlich fortzuschreiben und die Weiterentwicklung zu Regionalen Berufsbildungszentren zu prüfen. Ähnlich wie für die Sekundarstufe I wollen wir ein Übergangsmonitoring für die Übergänge aus Berufskollegs, Gesamtschulen und Gymnasien entwickeln.

Ausweitung qualitativ hochwertiger Ganztagsangebote
Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz

in den Grundschulen und den Sekundarstufen der weiterführenden Schulen in Dortmund möglichst zügig umgesetzt wird, um schon vor 2025 alle Kinder mit Bedarf versorgen zu können.
Jedes Kind soll bei Bedarf einen Ganztagsplatz in seiner Schule erhalten – in einer gebundenen Ganztagsschule oder im Offenen Ganztag. Dabei wollen wir die klassische Trennung zwischen Unterricht und anschließender Betreuung an den Schulen durchbrechen. Das gilt für die Inhalte und die Teamarbeit mit multiprofessionellen Fachkräften ebenso wie für ein gemeinsames Raumkonzept. Eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung nach dem Unterricht ist nicht nur familienfreundlich, sondern bietet auch Raum für gemeinsames formelles und informelles Lernen. Im Ganztag können sich Kinder erproben, ihre Kreativität entwickeln und erleben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ganztagsangebote grundsätzlich kostenlos angeboten werden.

Eine gebundene Ganztagsschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk
In Dortmund sind momentan 14 Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie alle neun Gesamtschulen gebundene Ganztagsschulen, in denen alle Schüler*innen verbindlich an den Ganztagsangeboten teilnehmen. Wir wollen die Zahl dieser Schulen bedarfsgerecht und in partizipativen Prozessen ausweiten. Ein erstes Ziel ist eine gebundene Ganztagsschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk.

Schneller Ausbau der OGS-Plätze
Auch die Plätze im Offenen Ganztag (OGS) wollen wir massiv ausbauen – an den Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen für die Schüler*innen der Sekundarstufe I. Stadtweit stehen nur für etwas mehr als 50 Prozent der Grundschüler*innen OGS-Plätze zur Verfügung. Die aktuellen Planungen sehen einen Ausbau bis 2022/23 auf dann ca. 15.000 Plätze vor. Gleichzeitig steigt stadtweit die Zahl der Kinder weiter stark an, der Bedarf vieler Eltern für einen OGS-Platz wächst. Die Ausbauplanungen müssen deshalb beschleunigt und erweitert werden. Dabei sind für den Ganztag neben notwendigen Um- und Anbauten auch die bereits vorhandenen Schulräume in den Schulen zu nutzen. Allein mit kommunalen Mittel ist das nicht zu schaffen. Wie setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bundesregierung neben dem notwendigen Ausbau auch die Betriebskosten über die Länder bedarfsdeckend finanziert.

3.2 Gute Schulen in Dortmund

Wir wollen eine schulische Bildung, die Kindern Selbstvertrauen, Sicherheit und Geborgenheit, gibt. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind mitbringt, erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert. Nur so kann es sich in einem anregenden und geschützten Rahmen entfalten und Leistung erbringen kann. Wir wollen dafür in Dortmund die Rahmenbedingungen schaffen.

Grün wählen für:

Digitale Bildung in unseren Schulen
Die Digitalisierung verändert massiv die Art und Weise, wie wir leben, lernen und arbeiten. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der digitale Medien und das Internet gewöhnlich und jederzeit verfügbar sind. Dies erfordert neues Wissen, vor allem aber neue Kompetenzen.
Dazu zählen für uns nicht nur die Technik des Programmierens, sondern auch die Beschäftigung mit Risiken, Funktionsweisen und Chancen sowie eine umfassende Medienkompetenz. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Schulen dafür bestmöglich

ausgerüstet sind. Entscheidend sind dabei nicht nur eine funktionierende Hardware, sondern insbesondere die Unterstützung durch medienpädagogisches Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrer*innen. Die für die Dortmunder Schulen durch den Digitalpakt Schule zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind vollständig und fristgerecht für die Ausstattung mit digitaler Präsentationstechnik sowie für digitale Arbeitsgeräte und Tablets zu verwenden. Der städtische Masterplan „Digitale Bildung" ist unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Inklusive Schulen

Die größtmögliche Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben – dafür steht der Grundgedanke der Inklusion. Das gilt auch für den Zugang zu Bildung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Kinder an allen Schulen und allen Schulformen willkommen sind. Wir stehen für das Recht auf die bestmögliche soziale und schulische Entwicklung aller Schüler*innen, für ein inklusives Schulsystem, für gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Beeinträchtigungen.

Am Gemeinsamen Lernen an den allgemeinbildenden Schulen in Dortmund nehmen momentan ca. 2.400 Schüler*innen mit Förderbedarf teil. Wir wollen durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen Eltern, Lehrer*innen und Kinder zur Teilnahme am gemeinsamen Unterricht ermutigen. Insbesondere die Gymnasien wollen wir ermuntern, sich für das Gemeinsame Lernen zu öffnen.

Für einen Ausbau des gemeinsamen Lernens muss das Land die Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung an den Schulen zur Verfügung stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die benötigten räumlichen Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen geschaffen werden. Unsere Schulen sind dabei grundsätzlich barrierefrei zu gestalten bis hin zur Raumausstattung und -gestaltung.

Kostenloses Ticket für alle Schüler*innen

Der Zugang zu Bildung und Teilhabe darf nicht durch Mobilitätsschranken erschwert werden. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einer umweltfreundlichen Mobilität mit Bussen und Bahnen erleichtern, sie dafür begeistern – und das möglichst kostenlos. Das sehen wir auch als ersten Schritt auf dem Weg zu einem grundsätzlich kostenlosen ÖPNV. Das Schokoticket für Schüler*innen ist aktuell an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle Kinder erfüllen. Das liegt vor allem an der Entfernung zur jeweiligen Schule.

Insbesondere Familien mit geringen Einkommen, die keine Transferleistungen beziehen, sowie nicht anspruchsberechtigte kinderreiche Familien sind zusätzlich benachteiligt.

Daher wollen wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

Gesunde und naturnahe Schulen

Gute Schule heißt für uns auch: Gesunde Schule. Das betrifft insbesondere die Mittagsversorgung in Schulen mit einem Ganztagsangebot. Wir setzen uns dabei für eine qualitativ gute Ernährung ein, bei der überwiegend regionales und Bio-Essen angeboten wird. Und: Kein Essen ohne Mensa. Im Rahmen verstärkter Ganztagsangebote wollen wir ein Ausbauprogramm von Mensen an den Schulen auf den Weg bringen. Darüber hinaus fordern wird die kostenlose Versorgung an den Schulen mit Waser, zum Beispiel durch Trinkbrunnen.

Wir wollen an unseren Schulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken. Damit sollen Schüler*innen befähigt werden, die Auswirkungen des eigenen Handelns zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige

Entscheidungen zu treffen – gerade auch bei Umwelt- und Klimaschutz. Das auf GRÜNEN Antrag beschlossene Schulgärtenprogramm ist dazu ein wichtiger Beitrag. Wir wollen vorhandene Schulgärten unterstützen und neue Schulgärten schaffen. Dazu sollen auch Kooperationen mit schulnahen Kleingartenvereinen initiiert werden, insbesondere dort, wo Schulen kein eigenes Gelände zur Verfügung stellen können.

Schulbiologisches Zentrum für nachhaltige Entwicklung
Wir wollen das Schulbiologische Zentrum im Botanischen Garten Rombergpark und dem Zoo Dortmund zu einem Schulbiologischen Zentrum für nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln. Immer mehr, gerade auch junge Menschen beschäftigen sich mit den Auswirkungen ihrer Lebensweise und ihres Konsums auf Andere und auf nachfolgende Generationen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll dabei helfen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen, zu einem zukunftsfähigen Denken und Handeln zu befähigen und verantwortungsvolle, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Die bisherige gute Arbeit des Schulbiologischen Zentrums als außerschulischer Lernort soll deshalb entsprechend konzeptionell ausgebaut werden.

Sichere Schulwege
Kinder und Jugendliche müssen sicher zu ihren Schulen und auch zu ihren Kitas kommen – mit dem Bus, dem Rad, dem Roller oder auch zu Fuß. Wir wollen die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen fördern und stärken. Dazu braucht es Mobilitätskonzepte an Schulen und Kitas mit und für Kinder, Eltern, Lehrer*innen und Erzieher*innen. Das Programm „So läuft das“ zur Förderung von Kinder- und Jugendmobilität hat in den vergangenen Jahren entsprechende Konzepte für erste Grundschulen erarbeitet. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm „So läuft das“ Schritt für Schritt auf alle Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie für Kitas ausgeweitet wird.

Öffnung von Schule - Entwicklung von Bildungskooperationen
Zur stärkeren Vernetzung und dem Ausbau von Themen im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele (Nachhaltigkeit, Klima, Umweltpädagogik, Fair Trade) setzen wir uns dafür ein, dass projektbezogene Bildungskooperationen mit Bildungsträgern der Umweltpädagogik und/oder Kultureinrichtungen entwickelt werden.

Schulhöfe neu denken
Schulhöfe sind mehr als nur ein Pausenraum. Sie sind Raum für Erholung, aber auch der Bewegung und der Kommunikation. Schulhöfe sollen Neugier wecken, Lernmöglichkeiten bieten, Phantasie und Kreativität fördern, zu Spiel und Bewegung einladen, Raum für Rückzug und Entspannung bereithalten, das soziale Zusammenleben fördern, die Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Viele Schulhöfe erfüllen diese Anforderungen nicht. Das wollen wir mit einem eigenen Programm zur Umgestaltung von Schulhöfen ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulhöfe gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen der Schule, aber auch aus dem Stadtteil geplant werden. In zahlreichen Wohngebieten und Stadtteilen gibt es nur wenige Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Daher ist es wichtig, Schulhöfe in der unterrichtsfreien Zeit für Kinder und Jugendliche der Nachbarschaft zu öffnen und sie als wertvolle Spielressourcen mit anderen Spielplätzen und Grünflächen zu vernetzen.

3.3 Gerechte Schulen

Grüne Bildungspolitik hat Bildungsgerechtigkeit zum Ziel. Wir wollen Bildungsbenachteiligung in Folge unterschiedlicher Voraussetzungen bekämpfen. Frühzeitige Selektion muss verhindert und der sozialräumlichen Spaltung einen Riegel vorgeschoben werden. In Dortmund ist jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Wer arm ist, hat schlechtere Bildungschancen. Wir wollen diesen Zustand nachhaltig verändern und die sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern. Deshalb gilt beim Zugang zu Bildung für uns: Was ungleich ist, wird ungleich behandelt.

Grün wählen für:

Sozialindex für Dortmunder Schulen
Die Schulen mit den größten sozialen und pädagogischen Herausforderungen benötigen die größte Unterstützung. Das Land ist aufgefordert, die Zuweisung von Lehrer*innenstellen unter der Zielsetzung von Bildungsgerechtigkeit mit einem Sozialindex besser und effektiv zu steuern. Die Stadt als Schulträgerin muss materielle Ressourcen verstärkt an jenen Schulen bündeln, an denen der Bedarf am größten ist. Dazu wollen wir die Erarbeitung eines schulscharfen Sozialindex in Dortmund als Steuerungsinstrument

Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit
Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, die von starken Veränderungen geprägt ist. Schulsozialarbeiter*innen unterstützen sie bei der Verbesserung ihrer Lern- und Lebenssituation. Das dient auch der Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Dortmunder Schulen mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten. Land und Bund werden wir weiterhin auffordern, die Finanzierung der Schulsozialarbeit sicherzustellen.

Schulbegleitung – Gerechter Zugang zur Bildung für alle
Schulbegleitung – die Unterstützung der betroffenen Kinder im Unterricht, im Schulalltag und bei Ganztagsangeboten – ist ein wichtiges und unverzichtbares Instrument für einen gemeinsamen Unterricht von Schüler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen. Über 1.000 Schüler*innen in Dortmund nutzen inzwischen dieses Unterstützungsangebot.
Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind bei Bedarf Unterstützung durch eine Schulbegleitung erhält. Und auch für die Schulen gilt: Dort, wo Hilfe bei der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung benötigt wird, muss sie gewährt werden. Dort, wo veränderte Rahmenbedingungen des Unterrichtens Unterstützungsleistungen für Schulen notwendig machen, soll die Kooperation von Schulen und Jugendhilfe gestärkt werden. Der Handlungsrahmen zur Schulbegleitung in Dortmund ist kontinuierlich zu evaluieren und weiter zu entwickeln

Schule als Lebens- und Bildungsort für alle
Wir wollen unsere Schulen über den Unterricht hinaus als Lebens- und Bildungsorte öffnen. Denn die Zeiten, in denen Schulen hermetisch abgeschlossene Systeme waren, gehören der Vergangenheit an. Schon jetzt haben viele Ganztagsschulen Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern getroffen, kooperieren mit Jugendhilfe, Inklusionsexpertinnen und -experten, Sportvereinen und Einrichtungen der kulturellen Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Schulen für ihren Stadtteil zu Begegnungs- und kulturellen Lebensorten auch außerhalb des schulischen Lernens weiterentwickeln. Dazu zählt für uns auch, die Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu

prüfen. Schulen rücken dadurch in das Bewusstsein der Bürger*innen und es entsteht ein Gemeinschaftsgefühl, das die Identifikation mit der ‚eigenen' Schule erhöht und damit auch zur Reduzierung von Vandalismus und Gewalt beitragen kann.

4. Wirtschaft und Beschäftigung

Wirtschaftliche Strukturen unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Dortmund hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem Bier-, Kohle- und Stahlrevier zu einem vielfältigen Wirtschaftsstandort mit einer gesunden Mischung aus kleinen und großen Unternehmen aus Handwerk, Handel, Dienstleistung, Gewerbe und Industrie entwickelt. Das stellt den Standort in Zeiten des Strukturwandels gut auf.
Florierende Stadtteile mit vielen innovativen Betrieben können große Wirkung entfalten und Standortvorteile schaffen, die auch für andere nützlich sind. Wir wollen das Profil einer dynamischen Stadt mit guten Arbeitsbedingungen schärfen, Kooperationen und Verbünde fördern, Beteiligung bei der Standortentwicklung sicherstellen, alte Industrieareale umnutzen, einzigartige Produktions- und Lebensorte gemeinsam mit den Unternehmen und Anwohner*innen vor Ort schaffen.
Nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften sollten aus GRÜNER Sicht der Normalfall sein. Wir wollen ökologische Gewerbegebiete, innovative Lösungen bei Digitalität und Mobilität sowie gute Arbeit mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und Ausbildungs- oder Betreuungsangeboten.
Wir wollen Dortmunder Unternehmen stärken und sie auf ihrem Weg in die digitale und auf Klimaschutz ausgerichtete Zukunft unterstützen. Wir wollen innovative Betriebe mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und mit langfristiger wirtschaftlicher Profitabilität für Dortmund gewinnen.

4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün

Die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu gestalten, ist eine große Herausforderung. Dazu gehört insbesondere, die vorhandenen Unternehmen in ihrem Bemühen um mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Denn der Erfolg ansässiger Unternehmen hängt zukünftig stark davon ab, wie nachhaltig sie ihre Arbeitsbedingungen, ihre Produktionsprozesse und ihre Produkte gestalten.

Grün wählen für:

Neunutzung von Industriebrachen
In der Grünen Wirtschaft gibt es viel Potenzial für Neuansiedlungen, deshalb soll sich die Dortmunder Wirtschaftsförderung verstärkt um die Ansiedlung von Unternehmen mit ökologischem und sozialem Bewusstsein bemühen. In künftigen Gewerbegebieten müssen Klima- und Umweltschutz eine deutlich größere Rolle spielen als bisher.
Ansiedlungspolitik beginnt mit dem Bereitstellen von Gewerbeflächen. Dafür wollen wir aber keine wertvollen Freiflächen wie Groppenbruch, Buddenacker und Osterschleppweg versiegeln.
Unternehmen sollen sich primär in vorhandenen Gewerbegebieten und auf Industriebrachen ansiedeln. Nachverdichtung ist auch hier ein wichtiges Stichwort. Phoenix-West und die ehemalige Kokerei Hansa sind gute Vorbilder dafür, wie Industriekultur und innovative Wirtschaftsunternehmen zusammengebracht werden können.
Altlasten stellen häufig ein Problem für die Vermarktung der Flächen dar. Hier ist das Land gefordert, Dortmund bei der Sanierung belasteter Flächen mit den

nötigen Fördergeldern zu unterstützen. Eine Ausweitung von Gewerbegebieten soll erst dann diskutiert werden, wenn alle zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale ausgeschöpft sind.

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen
Der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen ist ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Wirtschaft. Als Teil der Metropole Ruhr kann Dortmund mit seiner Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen, dass Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und Entwicklungsperspektiven für die Region geschaffen werden. Über die gezielte Ansiedlung und Förderung regionaler Unternehmen werden Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen ressourcenschonender gestaltet.
Wir setzen uns deshalb für eine regionale, branchenübergreifende Vernetzung sowie Regionalvermarktung ein. Dafür wollen wir z.B. im Bereich der Lebensmittel die Zusammenarbeit regionaler Vermarktungsinitiativen mit Öko-Anbauverbänden und mit Unternehmen, die in der Regionalvermarktung aktiv sind, stärker unterstützen.

Bessere Nutzung digitaler Möglichkeiten
Wir GRÜNE wollen in Zusammenarbeit mit den Dortmunder Wissenschaftseinrichtungen unsere Stadt als digitalen Standort zum Vorteil der hier lebenden und arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Dabei wollen wir vor allem die Chancen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine nachhaltige Entwicklung nutzen. Wir wollen einen Arbeitsschwerpunkt zur Energie- und Nachhaltigkeitsberatung bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, um Unternehmen dabei zu unterstützen, durch den Einsatz innovativer Technologien ihre Umweltverträglichkeit zu verbessern. Dazu gehört auch eine flächendeckende Versorgung mit Breitband.

4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte

Wichtige Standortfaktoren für Unternehmen sind ein großes Potenzial hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die Einbindung in eine leistungsfähige Infrastruktur – sowohl beim klimafreundlichen Verkehr als auch bei der Kinderbetreuung und bei kulturellen Angeboten – sowie ein weltoffenes Klima, in dem sich Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen gleichermaßen wohlfühlen können. Sie machen die Attraktivität unserer Stadt als Arbeits-, Wirtschafts- und Wohnstandort aus.

Grün wählen für:

Eine gute Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV und das Radwegenetz
Der Weg zur Arbeit ohne Auto muss zeitlich und finanziell attraktiv sein. Bei der Ausweisung und Nutzung von Gewerbeflächen müssen umweltfreundliche Mobilitätskonzepte deshalb von Beginn an mitgeplant werden (s. auch Kapitel Mobilität).
Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Nutzung umwelt- und gesundheitsfördernder sowie kostenbewusster Verkehrsmittel unterstützen, reduzieren damit die Belastungen für Umwelt und Klima. Sie müssen bei der Radwege- und Nahverkehrsplanung mitberücksichtigt werden.

Eine intelligente und ressourcenschonende Transportlogistik
Güter werden in Dortmund immer noch hauptsächlich per Lkw transportiert, was

wesentlich zur Verstopfung unserer Straßen beiträgt. Dabei hat Dortmund im Gegensatz zu anderen Städten die Möglichkeit, zu einer ökologisch sinnvollen Transformation des Güterverkehrs beizutragen. Dortmund hat einen der größten Kanalhäfen Europas, ist mit der Hafen AG an Eisenbahnunternehmen beteiligt und hat ein international bekanntes Fraunhofer-Institut, das über jahrzehntelange Erfahrung mit Logistikplanung verfügt.
Wir GRÜNE stehen für die konsequente Nutzung dieser Potenziale zur Förderung des Schienengüterverkehrs und der Nutzung der Wasserstraßen zur Bündelung von Transporten. Unter einer intelligenten Transportlogistik verstehen wir aber auch die Vermeidung unnötiger Einzeltransporte, denn der Weg, der erst gar nicht stattfindet, trägt am meisten zum gesunden Klima bei. Für die Lieferverkehre in die City wollen wir die Nutzung von Cargo-Fahrrädern und emissionsfreien Lkw unterstützen.

Förderung von betriebsnahen Kinderbetreuungsangeboten
Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein entscheidender Standortfaktor für die Attraktivität von Unternehmen als Arbeitgeber. Wir möchten Unternehmen bei der Einrichtung betriebsnaher Angebote zur Kinderbetreuung unterstützen, die die städtischen Betreuungsangebote ergänzen. Entscheidend für ein gutes Angebot sind Kita-Öffnungszeiten, die sich an die Betriebszeiten der Unternehmen anpassen, um vor allem alleinerziehende Elternteile zu unterstützen. Dabei sind auch die Arbeitszeiten von Eltern in Schichtdiensten zu berücksichtigen.

Vernetzung der lokalen Wirtschaft mit den Wissenschaftseinrichtungen
Wir wollen den Austausch der Stadt mit der Wissenschaft stärken und mehr Gelegenheiten schaffen, bei denen die Hochschulen mit ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen in einen konstruktiven Dialog mit der Industrie und dem Handwerk treten. Dafür wollen wir den Masterplan Wissenschaft kontinuierlich fortschreiben und um Aspekte praxisnaher sozialer Innovation ergänzen. Die Kooperationen der Hochschulen im Ruhrgebiet sollen erhalten und weiter gefördert werden. Die Zusammenführung der FH-Standorte auf dem ehemaligen HSP-Gelände unterstützen wir.

4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern

Für Gründer*innen wird in Dortmund schon jetzt viel getan. Wir wollen, dass der Start in die Selbstständigkeit ohne Hürden beginnt. Dazu gehört für uns ein Ort, an dem alle Informationen für die verschiedenen Zielgruppen gebündelt zur Verfügung stehen: von der Geburt einer Geschäftsidee über die Entwicklung eines Businessplans, die Beschaffung von Venture Capital, die Gewerbeanmeldung bis zur Gesellschaftsgründung und der weiteren Beratung. Das beinhaltet auch die Beratung zu Förderprogrammen über die Gründungsphase hinaus. Dies kann mit dem neu geplanten Gründungs- und Innovationscampus in der Speicherstraße entstehen. Dafür muss sichergestellt werden, dass alle Gründungsangebote der Stadt dort unter einem Dach zusammengeführt und dauerhaft gesichert werden.

Grün wählen für:

Gründer*innenzentrum
Das Gründerinnenzentrum fördert heute vor allem weibliche Solo-Selbstständigkeit, diese birgt jedoch oft die Gefahr späterer Altersarmut. Daher wollen wir den Fokus des Angebots auf nachhaltig wachsende Unternehmen verlagern und besser mit den anderen Angeboten der Gründungsförderung verzahnen. Zudem kann eine stärkere Zusammenarbeit des Gründerinnenzentrums mit dem Centrum für

Entrepreneurship und Transfer der TU Dortmund (CET) dazu beitragen, technikaffine Gründungen von Frauen zu fördern.

Migrantische Ökonomie
Neben dem Erhalt des Gründerinnenzentrums haben wir uns immer wieder für die Wertschätzung und Unterstützung migrantischer Unternehmer*innen eingesetzt. Ihre Unternehmen sind ein untrennbarer Bestandteil der lokalen Ökonomie – nicht nur in der Nordstadt. Diese Entwicklung muss als Bereicherung eines vielfältigen Dortmunds gefördert werden.
Am Gründungscampus sollen die Angebote für alle Zielgruppen gebündelt werden – auch für migrantische Unternehmer*innen. Das Deutsch-Internationale Wirtschaftszentrum Nordstadt (DIWN), dessen Bestand zunächst nur bis 2021 gesichert ist, soll deshalb dauerhaft finanziert und im Gründungscampus angesiedelt werden, damit diese Gründer*innen nach Bedarf eine migrationsspezifische Beratung erhalten können.

Kreativwirtschaft
Neue Ideen brauchen Räume, Infrastruktur, Fördermaßnahmen und Starthilfen. Auch für Start-up-Ideen im Bereich der Kreativwirtschaft ist mehr städtische Infrastruktur notwendig. Im neu geplanten Hafenquartier soll deshalb Raum für ein entsprechendes Gründungszentrum mitgedacht werden.
Wir Grüne wollen mit einem kreativwirtschaftlichen Zentrum in Dortmund einen Treffpunkt schaffen, wo sich Start-ups aus der Kreativwirtschaft austauschen, Ideen weiterentwickeln und sich gegenseitig inspirieren können.

Pop-up-Stores und Zwischennutzungen
Wir wollen kreative Ansätze von Zwischennutzungen und Angebote wie Pop-up-Stores, also kurzfristige Einzelhandelsgeschäfte in leer stehenden Geschäftsräumen, weiterverfolgen. Dortmunder Start-ups und Menschen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft können in diesem Rahmen ihre Produkte vorstellen und ihren möglichen Erfolg erproben. Auch die Wirkung auf die Stadtteile ist positiv, wenn Läden nicht leer stehen und wechselnde Angebote die Zentren beleben.

4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden

Das Wohl von Mensch und Umwelt muss mit den ökonomischen Zielen in Einklang gebracht werden. Wir GRÜNE wollen in Dortmund Unternehmen ansiedeln, die sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungen bieten. Zusätzlich wollen wir Umweltschutz, soziale Aspekte und wirtschaftliche Dynamik in ein neues Gleichgewicht bringen. Unsere Zukunft hängt unmittelbar davon ab, ob es gelingt, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Wirtschaftliche Aktivitäten können z.B. durch Billiglöhne und CO2 Emissionen negative Auswirkungen auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt haben. Wir möchten, dass Wachstum und Wettbewerb nachhaltig und fair gestaltet wird. Daher sollen insbesondere bei der Auftragsvergabe der Stadt Unternehmen, welche verantwortungsvoll mit der Umwelt, den Menschen und der Gesellschaft umgehen, bevorzugt behandelt werden.

Grün wählen für:

Gemeinwohlbilanz für städtische Betriebe
Wir wollen auf der Grundlage des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt, in dem die Grundsätze guter Unternehmensführung definiert sind, zunächst für

alle städtischen Betriebe eine Gemeinwohlbilanz erstellen. (s. Kapitel Stadt-Verwaltung)
Bei der Wirtschaftsförderung müssen die nötigen Kompetenzen geschaffen werden, um interessierte Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu unterstützen.

Existenzsichernde Beschäftigung durch qualifizierte Ansiedlungspolitik fördern
Wir GRÜNE wollen, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund ihre Leistungsfähigkeit gezielt dazu nutzt, durch eine qualifizierte Ansiedlungspolitik dauerhafte und existenzsichernde Beschäftigung für alle Qualifikationen nach Dortmund zu holen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung von Bedeutung, die nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze schaffen wird.

Gute Ausbildung
Als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben und Unternehmen soll die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Fachbereichen Schule und Jugend verstärkt Ausbildungsplatzangebote insbesondere für bildungsferne Zielgruppen erschließen. Vorhandene Brückenprogramme im Übergangsfeld Schule/Beruf sollen ausgebaut werden. Dabei sollen zielgerichtete Programme insbesondere die Ausbildung im Handwerk fördern.
Nicht alle Abiturient*innen wollen an die Hochschule. Wir möchten das Potenzial dieser Schüler*innen nutzen, um Programme wie „Meister statt Master“ voranzubringen.

4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region – und damit auch der Stadt Dortmund – muss das Kirchturmdenken zugunsten eines regionalen Wirtschaftsstandortes und eines regionalen Arbeitsmarktes überwunden werden. Eine überregionale Zusammenarbeit, wie auf Ebene der Business Metropole Ruhr (BMR) oder des Regionalverbands Ruhr (RVR) vorgesehen, vermindert den Konkurrenzkampf der Kommunen, dient der neuen Nutzung industrieller Brachflächen und ist damit auch ein ökologischer Beitrag zur Verminderung des Freiflächenverbrauchs. Regionale Kooperationsstandorte sind dafür ein wichtiger Beitrag und sollen verstärkt entwickelt werden. Ansiedlungswillige Unternehmen sollen auch regional vermittelt werden, wenn in der jeweiligen Kommune keine geeignete Fläche bereitgestellt werden kann.

Grün wählen für:

Aufträge für die regionale Wirtschaft
Aktivitäten der kommunalen Unternehmen, die weitere Existenzgründungen vor Ort stützen und neue Arbeitsplätze in innovativen mittelständischen Unternehmen zur Folge haben, sehen wir positiv. All das dient direkt und indirekt den Dortmunderinnen und Dortmundern. Wir GRÜNE unterstützen es deshalb, wenn die Stadt und die städtischen Unternehmen ebenso wie private Unternehmen ihre Aufträge an lokale oder regionale Mittelständler*innen vergeben. Es ist ein Beitrag, Arbeitsplätze in der Stadt wie der Region zu schaffen und Investitionen vor Ort zu fördern.

Regionale abgestimmte Ansiedlung von Einzelhandel
Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Eine gute Entwicklung des Einzelhandels ist dafür ein wichtiger Baustein und die Basis für ein pulsierendes öffentliches Leben. Neben einem zunehmenden Onlineangebot schwächen

uniforme Geschäftstypen die Entwicklung der Stadtzentren. Wir wollen, dass sich die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der Belebung ihrer Innenstädte unterstützen.
Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Wir wollen, dass sich die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der Belebung ihrer Innenstädte unterstützen. Statt uniformierter Einkaufspassagensoll sich die Einzigartigkeit jeder Stadt und jedes Stadtteils auch in Läden einer Einkaufspassage widerspiegeln. Wir setzen uns gegen große Einzelhandelsansiedlungen in nicht integrierten Lagen ein und befürworten eine Stadt der kurzen Wege mit einer vielfältigen und guten Nahversorgung.

Einheitliche Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet
Wir wollen die Vereinheitlichung der Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet, um den Wettbewerb der Städte in der Region mit einer Subventionierung ansiedlungswilliger Unternehmen zu beenden. Dies dient auch der Stärkung interkommunaler Gewerbegebiete.

5. Stadt und Verwaltung

Dortmund ist nicht nur der Ort, an dem über 600.000 Menschen leben. Dortmund ist auch Verwaltungszentrum, Arbeitgeberin und eine kommunalwirtschaftliche Organisation. Als Kommune ist Dortmund dem Wohlergehen einer und eines jeden Einzelnen innerhalb dieser Gemeinschaft verpflichtet. Ziel der städtischen Unternehmenstätigkeit ist damit vor allem die Daseinsvorsorge, aus der sich besondere Ansprüche sowohl an das eigene Handeln als auch an den Umgang mit Bürger*innen oder anderen Kommunen sowie an die Eigenbetriebe und Tochterunternehmen ableiten.
Der wichtigste Punkt für uns: Die Unternehmen im Bereich der Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge bleiben unter demokratischer Kontrolle. Sie gehören nicht in private Hand – auch nicht in Teilen.Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung, eine Politik- und Verwaltungskultur, die auf Mitsprache ausgerichtet ist und eine Beteiligung der Bürger*innen aktiv fördert. Wir verstehen Verwaltung als Serviceangebot an die Dortmunder*innen. Und wir wollen eine Stadt, die fair, integrativ und nachhaltig handelt, die sich der Verantwortung gegenüber ihren rund 10.000 Mitarbeiter*innen bewusst ist und die den Ausbau digitaler Angebote zum Nutzen der hier lebenden Menschen vorantreibt.

5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund

Wir unterstützen den von der Stadt begonnenen Prozess zum Aufbau einer transparenten und bürgernahen Stadtverwaltung. Die Verwaltung soll ihre Kompetenzen verstärkt dafür einsetzen, den Dortmunder*innen die Erledigung weiterer Anliegen – neben der Vor-Ort-Beratung – auch online zu ermöglichen. In beiden Fällen müssen die Formulare für alle verständlich und nutzbar, also sowohl barrierefrei als auch mehrsprachig sein. Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und dabei die Bürger*innen und die städtischen Mitarbeiter*innen mitnehmen.

Grün wählen für:

Weiterentwicklung des Service für die Bürger*innen
Die Arbeitsweise von Verwaltungsstellen muss den Bedürfnissen und Lebenslagen der Bürger*innen entsprechen. Wer vormittags Kinder betreut, nur am Wochenende in Dortmund ist oder tagsüber arbeiten muss, kann derzeit die Bürgerdienste

nicht ohne Weiteres nutzen. Wir wollen deshalb die Öffnungszeiten für die Kund*innen und damit auch die Arbeitszeiten der Mitarbeiter*innen flexibler gestalten, auch an Nachmittagen und einzelnen Samstagen. Für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir die barrierefreie Erreichbarkeit sämtlicher Verwaltungsstellen. Alle Informationen müssen für jede und jeden klar verständlich sein: in allen häufig vorkommenden Fremdsprachen und in leichter Sprache. Wichtige politische Entscheidungen werden nach dem Beispiel des jüngst beschlossenen Klimabarometers in verständlich aufbereiteter Form kommuniziert.

Digitalisierung von Rathaus und Verwaltung
Das Onlinezugangsgesetz (OGZ) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 einen Großteil der Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Auf kommunaler Ebene müssen wir die Digitalisierung jetzt konsequent umsetzen – unter Beachtung des Datenschutzes. Deshalb wollen wir die Einführung barrierefreier digitaler Verwaltungsverfahren beschleunigen. Dazu gehört, das Bürger*innen-Portal im Internet weiter auszubauen, um mehr Dokumente und Anliegen online abwickeln und so Wartezeiten verkürzen zu können. Wir wollen, dass Behörden- und Verwaltungsangelegenheiten wie etwa die Ummeldung des Wohnsitzes oder die Beantragung von Kindergeld schnell und einfach über das Internet erledigt werden können. Die sichere Identifizierung über den elektronischen Personalausweis bei Behördengängen via Internet ist dafür die Voraussetzung.

5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin

Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgebende gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bieten.
Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe die Arbeitszeit soweit flexibilisieren, dass sich Familie und Beruf noch besser vereinbaren lassen. Frauen und Männer sollen generell gleiche Berufschancen und Karrieremöglichkeiten haben, das ist eins der grundsätzlichen GRÜNEN Ziele. Verwaltung und Stadttöchter haben Vorbildcharakter. Dementsprechend sollen sie insbesondere den nach Dortmund geflüchteten Menschen berufliche Perspektiven bieten. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie sichere Arbeitsplätze machen die Stadt Dortmund auf dem immer enger werdenden Markt der Fachkräfte attraktiv.

Grün wählen für:

Vorbildfunktion der Stadt in der Ausbildung
Die Stadt Dortmund leistet schon jetzt durch ihr Ausbildungsangebot für Schulabgänger*innen aller Schulformen und Abschlüsse einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und übernimmt Vorbildfunktion für andere Unternehmen. Einen Großteil ihres Personalbedarfs deckt sie durch eigene Nachwuchskräfte. In diesem Jahr gründete die Stadt mit dem Zentrum für Ausbildung und Kompetenzen (ZAK) eine zentrale Einrichtung für Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Sie folgt damit dem zunehmenden Bedarf an zusätzlichen Kenntnissen und Kompetenzen, nicht nur für Auszubildende. Schon jetzt wird eine Vielzahl von Ausbildungsgängen für unterschiedliche Schulabschlüsse angeboten. Diesen Weg unterstützen wir und wollen insbesondere das Angebot für Schüler*innen mit eingeschränkten Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter ausbauen. Dafür wollen wir nicht nur das schon bestehende Projekt zur

Förderung von Hauptschüler*innen ausweiten, sondern auch weitere Sonderformen zusätzlich zum geplanten Ausbildungsangebot einführen

Frauen in Führungspositionen
Noch immer gibt es in der Verwaltung zu wenig Frauen in Führungspositionen, obwohl ein Großteil der Mitarbeiter*innen bei der Stadt weiblich ist. Wir GRÜNE wollen, dass Frauen auch auf den oberen Ebenen adäquat vertreten sind. Deshalb wollen wir sie ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Dies geschieht z.B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir wollen, dass die Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen geschlechterstereotype Berufswahl aufgelegt werden.
Von einer geschlechtergerechten Verteilung der Positionen in den Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführungen sind auch die städtischen Eigenbetriebe und Tochterunternehmen nach wie vor weit entfernt. Ein Blick in den Beteiligungsbericht zeigt, dass die dort ausgewiesenen Vorstände hauptsächlich männlich besetzt sind. Wir wollen, dass die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetz NRW in den Eigenbetrieben und städtischen Töchtern Anwendung finden und Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführung jeweils zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.

Mehr Väter in Elternzeit
Noch ist es bei vielen Arbeitgeber*innen eher verpönt, wenn Väter Elternzeit nehmen – vor allem, wenn sie mehr als die ihnen zugedachten zwei Monate ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Wir wollen Unternehmen davon überzeugen, dass wirklich gute Arbeitgeber*innen Väter in ihrem Vorhaben unterstützen, die Hälfte der Elternzeit zu nehmen. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Töchtern wollen wir eine Kampagne anstoßen, die Väter dazu motiviert. Studien zeigen, dass hier für Männer Vorbilder im beruflichen Umfeld von besonderer Bedeutung sind. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Vorbilder in Dortmund sichtbar und mehr werden.

Fortschreiben des Personal- und Organisationskonzeptes
Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs- und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis 2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden.
Wir GRÜNE haben uns früh für die Einführung eines detaillierten Personal- und Organisationskonzepts in der Verwaltung eingesetzt. Dies muss kontinuierlich fortgeschrieben werden, um auf veränderte Aufgaben und Herausforderungen wie z. B. den Fachkräftemangel im Ingenieurswesen reagieren zu können. Das Konzept muss insbesondere die Entwicklungen durch den Masterplan „Digitale Verwaltung – Arbeiten 4.0“ berücksichtigen.
Wir wollen, dass durch Weiterbildung und Zusatzausbildung Karrierepfade – auch auf rein fachlicher Ebene ohne Personalverantwortung – ermöglicht werden. Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ müssen durch entsprechende Fortbildungsangebote ermöglicht und unterstützt werden. Das Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle (u. a. Homeoffice) soll unter Beteiligung der Personalvertretung kontinuierlich ausgebaut werden.

Gesunde Mitarbeiter*innen für die Stadt
Um die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu erhalten und die Krankenquote

abzusenken, wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter fördern. Der Arbeitsmedizinische Dienst der Stadt Dortmund ist personell deutlich unterbesetzt, was zu Ausfallzeiten bei den städtischen Mitarbeiter*innen und zu Verzögerungen bei den Einstellungsuntersuchungen führt. Wir setzen uns dafür ein, dass die nötigen arbeitsmedizinischen Leistungen für die Stadtverwaltung z. B. vom Klinikum Dortmund zentral übernommen und so verbessert und professionalisiert werden

5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor

Kommunale Erfolge müssen nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen Kennzahlen bewertet werden. Neben der klassischen Wirtschaftsbilanz müssen auch Werte einbezogen und verglichen werden, die den gesellschaftlichen Nutzen des unternehmerischen Handelns bilanzieren. Dazu gehören Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit oder auch Lebensqualität. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

Grün wählen für:

Besondere Kriterien für kommunale Kapitalanlagen
Mit der Anlage öffentlicher Gelder können die Städte direkten Einfluss auf eine nachhaltige Produktion und sozial gerechtes Handeln nehmen. Investitionen in umweltschädliche Energieformen müssen ausgeschlossen werden. Ebenso sollte kein Geld der Stadt in Firmen fließen, die Kinderarbeit zulassen, Kriegswaffen herstellen oder anders gegen Menschenrechte verstoßen.

Stadt als Vorbild: Gemeinwohlbilanz für städtische Unternehmen
Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen oder in den Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien darstellen. Neben den klassischen Kennzahlen, wie Umsatz oder Rendite, soll die Bilanz um Gemeinwohlfaktoren erweitert werden, um die gesamtheitliche Wirkung der Organisation auf Umwelt und Gesellschaft abzubilden. Damit wird der Erfolg eines Betriebes an seinem tatsächlichen Beitrag zum Wohlergehen und der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft gemessen

5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest

Kommunen brauchen für die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, ausreichend finanzielle Mittel. Den Städten wurden in den vergangenen Jahren immer mehr Daueraufgaben z. B. in der Eingliederungshilfe oder bei der Flüchtlingsaufnahme und -integration übertragen, ohne dass Bund und Land für die nötige Gegenfinanzierung gesorgt haben. Damit werden die Spielräume für die eigenen kommunalpolitischen Akzente von Jahr zu Jahr geringer.
Der Dortmunder Haushalt weist für das Jahr 2020 ein Defizit von 54,3 Mio. Euro aus, für das Jahr 2021 sogar 57,2 Mio. Euro. Und die Stadt benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzlich Kassenkredite, deren Höhe sich 2019 auf rund 1,6 Mrd. Euro summierten. Schon bei einem moderaten Zinsanstieg oder einer sich verschlechternden Konjunktur wäre Dortmund in der Haushaltssicherung. Für eine politische Gestaltung der Stadt wäre dann kein Geld mehr da.

Grün wählen für:

Entlastung der Kommunen bei den Schulden
Über einen Altschuldenfonds wird den verschuldeten Kommunen ein Neustart ermöglicht, indem sie von sogenannten unechten Liquiditätskrediten befreit werden. Das sind die Kredite, die nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger Engpässe aufgenommen wurden, sondern zum Ausgleich dauerhafter, struktureller Defizite benötigt werden. Sie sollen in einen Entschuldungsfonds eingebracht werden, der die vollständige Tilgung nach 30 Jahren ermöglicht. Wichtig ist uns, dass sich neben den Kommunen auch Bund und Länder an der Entschuldung beteiligen. Denn schließlich sind es vor allem die steigenden Aufgaben im sozialen Bereich, die den Kommunen aufgegeben werden, ohne sie mit den dafür benötigten Finanzmitteln auszustatten.
Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen: Wir setzen uns deshalb für eine deutliche Stärkung des Konnexitätsprinzips ein. Wenn Bund oder Land ein neues Gesetz erlassen, müssen sie auch die Mehrkosten tragen

Verbessertes Konzept für Bürger*innen-Haushalt
Das Ziel, die Dortmunder*innen über einen Bürger*innen-Haushalt an der finanziellen Prioritätensetzung der Stadt zu beteiligen, hat in der Vergangenheit nicht gut funktioniert. Dennoch ist der Bürger*innen-Haushalt ein wichtiges und in anderen Kommunen erfolgreich eingesetztes Instrument, um eine eigenständige Bürgerschaft zu stärken.
Die Bürger*innen müssen erleben, dass sie über die Beteiligung Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen und konkrete Veränderungen erreichen können. Wir wollen deshalb ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bis zum Umgang mit den Ergebnissen. Unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der Bürger*innen (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und Zielgruppenvertretungen), die stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten und eine Ausweitung der Inhalte sollen die Akzeptanz und die Teilnahme erhöhen.

5.5 Faire Kommune

Die Stadt trägt Verantwortung. Ihr Handeln als Beschafferin von Waren und Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob Klimaschutzziele erreicht werden, ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige Entwicklungen fördert, oder auch, ob Migration als Chance oder als Problem wahrgenommen wird.Auf GRÜNEN Antrag werden zukünftig bei Ausschreibungen und der Vergabe städtischer Aufträge auch Kriterien der Frauenförderung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt. Damit wird das Engagement von Unternehmen anerkannt, die z. B. flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, ihre Mitarbeiter*innen bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger unterstützen oder Frauen explizit ermutigen, sich auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in männerdominierten Berufsbereichen zu bewerben.

Grün wählen für:

Dauerhaftes Engagement für mehr Nachhaltigkeit
Seit 2007 setzt sich Dortmund für eine faire und nachhaltige Beschaffung ein, seit 2009 trägt sie den Titel „Fairtrade Town“. Wir wollen, dass bei allen Ausschreibungen und Beschaffungen die in der Vergabesatzung verankerten sozialen, ökologischen und fairen Kriterien konsequent angewendet werden. Wir unterstützen ausdrücklich den Dortmunder Weg, der die Tariftreue in der strengen Form des alten Tariftreue- und Vergabegesetzes beibehält.
Auf GRÜNEN Antrag hin wurden auch Kriterien zur Gleichstellung und

Familienfreundlichkeit in die Richtlinien aufgenommen. Wir wollen, dass zukünftig auch Lokalität und der Umwelt-Footprint des Anbieters berücksichtigt werden. Auch bei der Versorgung von Kitas, (Hoch-)Schulen, Altenheimen oder Kliniken soll die Verwaltung verstärkt auf die Verwendung regionaler Öko-Produkte setzen.
Im Fachbereich Vergabe und Beschaffung soll vor dem Hintergrund dieser Anforderungen ein Beurteilungskonzept für bevorzugte Lieferanten (Preferred-Supplier-Konzept) erarbeitet werden.
Wir wollen, dass die Stadt zukünftig verstärkt Programme und Projekte der nachhaltigen Bildung und Entwicklung unterstützt und in ihren eigenen Einrichtungen durchführt (s. auch Programmabschnitt Schule).

Stärkere Beteiligung der Bürger*innen
Bürgerbeteiligung ist für uns GRÜNE ein selbstverständlicher Bestandteil von Kommunalpolitik und auch in Dortmund an vielen Stellen institutionalisiert. Ob es um die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung oder die städtebauliche Entwicklung von Flächen geht: Konflikte entstehen vor allem dann, wenn Bürger*innen den Eindruck haben, dass Politik und Verwaltung sich nicht mit ihnen über Ziele und Mittel der Stadtentwicklung verständigen.
Wir wollen, dass die Stadt bei konfliktbehafteten Entscheidungen aktiv das Gespräch mit betroffenen Bürger*innen und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen sucht. Wir wollen „das Wissen der vielen“ rechtzeitig für Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen, damit besser durchdachte, akzeptierte und damit auch schnellere Lösungen herauskommen.
Die Beteiligungsformate sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen und ihre Teilnahme ermöglichen. Zudem sollen Zeit und Ort der Veranstaltung so gewählt werden, dass möglichst viele Bürger*innen teilnehmen können.
Um Transparenz und Beteiligung zu intensivieren, fordern wir die Einrichtung der Stelle eines*r Beteiligungsbeauftragten. Die Person kann die Arbeit der Bezirksvertretungen und des Rates koordinieren, aber auch als Ansprechpartner*in für die Bürger*innen fungieren. Alle Beteiligungsformate sollen gesammelt und zentral veröffentlicht werden, sodass möglichst viele Menschen die Möglichkeit haben mitzubestimmen.

5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

Wir Grüne sehen die Digitalisierung als Chance, die verantwortungsbewusst von der Politik gestaltet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren. Um die vielfältigen Chancen des digitalen Wandels nutzbar zu machen, müssen wir diesen Wandel gestalten. Im Mittelpunkt stehen für uns eine zukunftsfähige, digitale Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle, der Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten beispielsweise über höchste IT-Sicherheitsstandards sowie eine modernisierte Verwaltung. Dies ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.
Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, die keinen digitalen Zugang haben. Ihnen müssen wir den „analogen“ Zugang zu öffentlichen Diensten und Leistungen weiterhin garantieren.

Grün wählen für:

Ausbau des Open-Data-Portal und Nutzung von Open Source Software
Durch die Stadtverwaltung Dortmund werden große Mengen an nicht

schutzbedürftigen Daten erhoben: statistische Daten, Umwelt-, Infrastruktur-, Verkehrs- oder Geodaten. Der offene und strukturierte Zugang zu diesen frei verfügbaren Datenbeständen ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung einer Wissensgesellschaft und ein zunehmender Standortfaktor für Wirtschaftsansiedlungen. Dortmund hat schon 2018 in Zusammenhang mit dem Masterplan Digitale Verwaltung die Einführung von Open Data beschlossen, u.a. um den Demokratiegedanken durch eine Öffnung der Verwaltung zu stärken. Open Data kann aber auch die Erstellung und Nutzung von Anwendungen für das tägliche Leben erleichtern sowie Möglichkeiten zur Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen schaffen.
Wir wollen, dass die Stadt diesen Weg konsequent weiterverfolgt und das Open-Data-Portal kontinuierlich ausbaut. Wir setzen uns zudem für die Nutzung von freier Software und offene Standards in der Datenverarbeitung ein.

Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer*innen
Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist für alle eine große Herausforderung. Wir GRÜNE wollen sie aktiv und zum Nutzen der Menschen gestalten. Wir wollen die Chancen der Flexibilisierung nutzen und dabei die Arbeitnehmer*innen- und Arbeitsschutzrechte nicht aus den Augen verlieren. Der Chance, seine Arbeit am frühen Abend zu erledigen, weil es besser in den eigenen Tagesablauf passt, steht die Gefahr gegenüber, dass wie selbstverständlich am frühen Abend Mails abgerufen werden müssen.
Wir sehen durch die neue Technologie die Chance, Sozial- und Arbeitsstandards weiterzuentwickeln. Die begonnene Digitalisierungsstrategie begrüßen wir und werden sie unter Beachtung der gesetzlichen Mitbestimmungsregeln und der Einbeziehung der Personalvertretungen aktiv begleiten. Erwerbstätigkeit ist nicht nur ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Instrument sozialer Teilhabe. Sie muss bei der fortschreitenden Digitalisierung besonders berücksichtigt werden.
In Zeiten großer Veränderung ändern sich auch die Anforderungen ständig. Um eine menschgerechte Arbeitsgestaltung in einer digitalisierten Welt zu garantieren, wollen wir einen modernen Beschäftigtendatenschutz und wirksame Rahmenbedingungen für gesunde Arbeitsplätze. Auch in einer digitalisierten Welt muss es einen analogen Feierabend geben. Um den Wünschen nach beruflicher Weiterentwicklung gerecht zu werden, wollen wir eine Weiterbildungsstrategie definieren.

Weiterentwicklung der Smart-City Dortmund
Die Stadt ist Teil der Smart City Allianz. Ihre Rolle dort ist die der Sachwalterin der Bürger*innen-Interessen. Sie soll die vielfältigen kommerziellen Interessen der Beteiligten kanalisieren und Fehlentwicklungen abwenden. Als Teil des Prozesses soll sie diesen kreativ gestalten und steuern.
Im Umfeld von Smart City und in Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Ombudsmann für Datenwert und Datenethik muss die Stadt sicherstellen, dass sensible Daten geschützt und nicht von Interessengruppen „vermarktet“ werden

Nachhaltige Gestaltung von Digitalisierung
In vielen Bereichen wie z.B. Mobilität und Logistik oder Strom und Wärme können digitale Innovationen helfen, die Klimaziele zu erreichen. Doch gleichzeitig sorgt die digitale Information und Kommunikation für einen rapide wachsenden Anteil der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen und einen hohen Ressourcenverbrauch.
Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns deshalb für die Aufstellung ökologischer

Leitplanken ein: Serverfarmen müssen auf Ökostrom umgestellt und Anbieter digitaler Lösungen zur Datensparsamkeit, d.h. keine unnötige Erhebung und Speicherung, verpflichtet werden. Es müssen Anreize für die Reduktion des IT-bedingten Stromverbrauchs geschaffen werden. Digitale Endgeräte dürfen keine Einwegprodukte mehr sein, sondern müssen auch repariert werden können.
Auf kommunaler Ebene wollen wir vor allem über Vorgaben in der Ausschreibung und Beschaffung den Energie- und Ressourcenverbrauch von Soft- und Hardware berücksichtigen und reduzieren. Im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses muss das Thema Green IT dauerhaft verankert und im Hinblick auf die neuen Herausforderungen weiterentwickelt werden.

6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger*innen. Viele Projekte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und Inklusion wären ohne das vielfältige Engagement vieler Dortmunder*innen undenkbar. Wir GRÜNE sind selbst aus Bürger*innen-Initiativen entstanden und unterstützen Menschen, die Verantwortung übernehmen und die Stadtgesellschaft mitgestalten wollen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Beteiligung von Bürger*innen in der Kommunalpolitik verbessert wird. Gleichzeitig müssen politische Prozesse transparenter werden. Das Ehrenamt wollen wir weiter stärken.

Grün wählen für:

Live-Stream einführen
Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats live im Internet zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht politische Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz zwischen den Bürger*innen und ihren gewählten Vertreter*innen.
Eine Instrumentalisierung der Sitzungen des Rates durch rechtsextreme und rechtspopulistische Ratsvertreter*innen bekämpft man durch kluge Strategien abgestimmt mit anderen demokratischen Parteien und eine offensive Auseinandersetzung in den Sitzungen – auch im Stream.

Beteiligungsrechte in den Sitzungen ausbauen
Wir wollen Beteiligungsrechte der Bürger*innen in den Sitzungen der Ausschüsse ausbauen statt sie einzuschränken. In den Bezirksvertretungen gibt es bereits jetzt in jeder Sitzung eine Bürger*innen-Sprechstunde. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitglieder des Integrationsrates, des Seniorenbeirats sowie des Behindertenpolitischen Netzwerks ein festes Rederecht in den Bezirksvertretungen bekommen.
Die Möglichkeiten des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden sind zu wenigen Bürger*innen bekannt. Das zeigt die geringe Anzahl von Eingaben. Wir setzen uns dafür ein, über die Möglichkeiten für Anregungen und Beschwerden offensiv zu informieren. Wir setzen uns für die Einführung einer Bürger*innen-Sprechstunde im Ausschuss analog zu den Bezirksvertretungen ein.

Bezirksvertretungen – Stadtbezirksparlamente wertschätzen
Die Bezirksvertretungen leisten wichtige, kommunalpolitische Arbeit in den zwölf Dortmunder Stadtbezirken. Sie haben den direktesten Zugang zu vielen Bürger*innen. Ihre Kenntnisse über die Situation vor Ort ist bei vielen Entscheidungen des Stadtrats, der Ausschüsse und der Stadtverwaltung von großer Bedeutung. Allerdings werden Entscheidungen der Bezirksvertretungen oft nicht

ausreichend berücksichtigt oder nicht nachvollziehbar abgelehnt. Wir wollen den Bezirksvertretungen mehr Gewicht verleihen und für die gewählten Bezirksvertretungen bessere Möglichkeiten für ihre Arbeit schaffen. Dazu zählen die entsprechende Ausrüstung mit digitalen Geräten und ein besserer Zugang zu den Informationsmöglichkeiten der Verwaltung.

Digitale Beteiligung einführen, Jugendparlament prüfen
Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung unserer Stadt. Die stadtweiten Jugendforen sind dabei ein gutes und bewährtes Instrument. Die zusätzliche Einrichtung eines Jugendparlaments in der nächsten Wahlperiode wollen wir mit allen demokratischen Parteien und unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen diskutieren (siehe auch Kapitel „Kinder und Jugendliche“).
Wir setzen uns dafür ein, insbesondere für Jugendliche weitere moderne Beteiligungsformen einzuführen. In anderen Städten gibt es dafür bereits das Projekt „aula“. Es ermöglicht in erster Linie Schüler*innen der weiterführenden Schulen, mit Hilfe einer Online-Plattform und didaktischer Begleitung eigene Ideen für die Gestaltung ihres Schulumfelds zu entwickeln, Mehrheiten dafür zu finden und die Umsetzung zu beschließen. Damit vereint „aula“ mediale Bildung mit politischer Bildung und fördert die mündige politische Beteiligung in einer digitalisierten Welt. Wir wollen das Modell auch für kommunale Zusammenhänge außerhalb von Schulen prüfen.

Bürger*innenbeteiligung stärken
Dortmund hat 600.000 Gehirne – nutzen wir sie. Wir stehen für eine aktive Zivilgesellschaft, deren Rat und Mitentscheidung wir noch stärker einbeziehen wollen. Dazu braucht es frühzeitige Information und Einbeziehung bei allen Planungsprozessen, neue Formen der Beteiligung und die Modernisierung traditioneller Formate. Wir wollen neue Verfahren entwickeln und ausweiten, die möglichst viele Menschen einbinden und nicht nur die bereits in der Stadtgesellschaft Engagierten. Onlinebeteiligungsplattformen, Bürger*innen-Gutachten, Zukunftswerkstätten, Online-Petitionen und Beteiligungshaushalte sind dabei ebenso mögliche Formen wie die Modernisierung von Bürger*innen-Versammlungen mit Vorabdiskussionen auf Onlineplattformen. Die Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen zeigen, dass sich mehrheitlich politiknahe Bevölkerungsgruppen beteiligen. Wir wollen, dass auch Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden, die nicht so artikulations- und beteiligungsstark sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, projektbezogen sinnvolle Formen zu finden, die eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen.
Für eine kontinuierliche Bürger*innen-Beteiligung ist es notwendig, alle relevanten Informationen und Dokumente zugänglich zu machen und praxisgerechte Beteiligungsinstrumente zu schaffen. Und: Beteiligungsprozesse dürfen nicht im Nichts verlaufen, sondern müssen Konsequenzen haben, über die transparent und kontinuierlich informiert wird. Das bereits beschlossene Klimabarometer auf der Homepage der Stadt ist dafür ein erstes Beispiel.

Frag die Stadt – Informationsfreiheitsgesetz stärken
Informationsfreiheit ist das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen und ein Mittel zur Kontrolle politischer Prozesse. Sie kann Korruption vorbeugen und erhöht die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Politik und Verwaltung. Der freie Informationsfluss vom Staat an die Bürger*innen stärkt und belebt die Demokratie, weil er Partizipation möglich macht. Ob Umweltauswirkungen von Bauvorhaben, Lärmmessungen, CO2-Daten, Gutachten zum öffentlichen Nahverkehr

oder Ergebnisse von Hygienekontrollen – auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetz muss die Stadt auf Antrag Informationen und auch Protokolle zur Verfügung stellen. Dabei sollte die Stadt proaktiv vorgehen und Informationen auf dem Open Data Portal der Stadt zur Verfügung stellen (siehe auch Kapitel Verwaltung). Wir stehen für eine offene und transparente Verwaltung und setzen uns dafür ein, dass alle Bürger*innen in Dortmund auf der Grundlage des Gesetzes problemlos freien Zugang zu städtischen Informationen bekommen.

Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken

Das ehrenamtliche Engagement vieler Dortmunder*innen in ganz unterschiedlichen Bereichen von sozialen Projekten bis hin zum Umweltschutz trägt viel dazu bei, unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten und zu einem offenen und demokratischen Miteinander zu entwickeln. Das gilt insbesondere auch für das große Engagement der vielen Ehrenamtlichen bei der Integration der zu uns Geflüchteten und Zugewanderten. Wir unterstützen und fördern weiterhin das Ehrenamt als wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Gemeinwohl und zur Integration. Deshalb haben wir der Einführung der Ehrenamtskarte des Landes in Dortmund zugestimmt. Die damit möglichen Vergünstigungen wollen wir erweitern. Gleichzeitig ist uns eine Unterstützung derjenigen Ehrenamtlichen wichtig, die nicht die Voraussetzungen für die Ehrenamtskarte erfüllen. Gerade diesen Bereich wollen wir in der kommenden Wahlperiode ausbauen. Durch Online-Plattformen wollen wir die Vernetzung unter den Ehrenamtlichen als auch den Austausch mit professionell helfenden fördern. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass keine Aufgaben aus bezahlten Bereichen ins Ehrenamt ausgegliedert werden, um Kosten zu sparen.

A8 NEU: Junge Menschen zum Bleiben bewegen

Antragsteller*in: Hannah

Text

JUNGE MENSCHEN ZUM BLEIBEN BEWEGEN

Die große Gruppe junger Erwachsene in Dortmund unterscheidet sich mit ihren Bedürfnissen klar von den älteren. Junge Menschen befinden sich meist noch in ihrer Berufsausbildung oder am Anfang ihrer beruflichen Karriere. Ihre zukünftige Entwicklung hängt wesentlich von den jetzigen Gegebenheiten ab. Wir wollen, dass Dortmund ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort für Junge Menschen wird, dazu gehören neben entsprechenden Arbeitsmarktchancen insbesondere auch Kultur- und Freizeitangebote. Kinder des Ruhrpotts und Menschen, die für Ihre Ausbildung zu uns kommen, sollen Dortmund als Heimatstadt erleben und gestalten. Junge Menschen werden die Geschicke Dortmunds zukünftig mitbestimmen.

Strukturwandel vorantreiben und berufliche Perspektiven schaffen

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt dabei insbesondere junge Menschen mit ihrem technischen Know-How und neuen Denkansätzen in die Realisierung des Strukturwandels mit einzubeziehen, um die Zukunftsfähigkeit Dortmunds zu sichern. Ausgebildeten Fachkräfte aus den Hochschulen, Berufsschulen und Universitäten sollen im Ruhrgebiet Berufschancen geboten werden, damit sie die Zukunft Dortmunds gestalten und nicht abwandern.

Wohnraum für Junge Menschen

Am Wohnungsmarkt konkurrieren junge Menschen mit älteren erwerbstätigen Menschen um Wohnraum. Insbesondere bei knappen Mengen werden Menschen mit geringem Einkommen verdrängt. Dem gilt es politisch etwas entgegenzusetzen. Für Studierende, Menschen in Ausbildung und junge Berufsanfänger sollen ausreichende Mengen bedarfsgerechten Wohnraums bereitgestellt werden. Falls entsprechende Räume nicht verkehrsgünstig liegen, sollen sie mit neuen ÖPNV-Angeboten erschlossen werden. Dies gilt auch insbesondere für Nachtbusverbindungen.

Kultur und Nachtleben fördern

Junge Menschen legen Wert auf eine vielseitige Freizeitmöglichkeiten. Nicht nur der BVB ist ein wesentliches Stück Kultur, auch die Kunstszene, verschiedenste Sportarten und das industrielle Erbe prägen die Stadt. Die Stadt sollte sich verstärkt selbst als Akteurin der freien Kunst und Kulturszene einbringen und demonstrieren, wie wichtig der Erhalt dieser Kultur für ihre jungen Mitbürger*innen ist. Dazu gehört auch der Schutz der Kneipenkultur, insbesondere in der aktuellen Coronapandemie. Die Einrichtung einer Nachtbürgermeisterin oder eines Nachtbürgermeister, zur Vernetzung der verschiedenen Akteure des Dortmunder Nachtlebens, gilt es dafür zu prüfen.